

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER  
 VEREINIGUNG VON  
 FREUNDEN U. FÖRDERERN  
 DER JOHANN WOLFGANG  
 GOETHE - UNIVERSITÄT  
 FRANKFURT AM MAIN E. V.

4. Jahrgang — Heft 2 Preis 10 Pfg.      Februar 1954      Verlagsort Frankfurt a. M.

### Vier Barrikaden

Ist die Hochschulgemeinschaft wirklich bedroht, oder — radikalere Frage — existiert sie überhaupt? Darf es sie geben? — Der Versuch des DISKUS, die ängstlich bewegte, halb schon resignierende Auseinandersetzung über das Verhältnis der farbentragenden Verbindungen zur Hochschule mit dem kritischeren, kaum noch formulierten Verhältnis des Akademikers im Beruf zu seinen nichtakademischen „Kollegen“ in Beziehung zu setzen, hat uns zahlreiche Zuschriften eingetragen. Was wir zusammenbrachten, klappt hier wieder auseinander. Immerhin, die Sache ist zur Sprache gebracht, und es könnte sich einiges daraus ergeben. Hier sind die wichtigsten Äußerungen:

#### Gegen politische Abstinenz

Wer auch nur etwas von der wenig rühmlichen Geschichte der deutschen studentischen Selbstverwaltung in der Endphase der todwunden Weimarer Republik weiß, wird sich trotz Herrn Gruppens berechtigter Warnung vor schiefen Vergleichen angesichts der treffend geschilderten Situation vor der „legalen Macht ergreifung“ lebhafter Erinnerung an jene Vorgänge kaum erwehren können. So verschieden im einzelnen die heutigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten von denjenigen der 30er Anfangsjahre sein mögen, das Ausmaß des Versagens ist dasselbe. Und beide Male ist das Versagen ein politisches in einem elementaren Sinne! Das sollte vielleicht noch stärker hervorgehoben werden.

Damals ist der Restbestand der studentischen Hochschulgemeinschaft dadurch zerstört worden, daß in der zur Wartehalle degradierten Hochschule die Stuhlbeinpolitiker ungehindert agieren durften. Darf man auch bezweifeln, daß diese Kräfte für die damalige Studentenschaft repräsentativ waren, so hat das Schweigen der anderen sie doch letztlich mit ihren radikalisierten Vertretungskörperschaften identifiziert. Möglich war das nicht zuletzt deswegen, weil das Interesse und die Bildung des durchschnittlichen Studenten in politischen Dingen bestenfalls auf dem Niveau des Volksschülers stehengeblieben waren.

Nach dem Kriege haben die besonderen Verhältnisse, die durch die starken Kriegsteilnehmerjahrgänge bedingt waren, zunächst eine sichere Bestandsaufnahme erschwert. Jetzt zeigt sich, daß wir vor dürrigsten Ansätzen zur Wiederbelebung einer politischen Hochschulgemeinschaft stehen — die also nicht eigentlich „bedroht“, sondern noch gar nicht vorhanden ist! „Man“ studiert, um Spezialist, um gehobener Facharbeiter oder gehobener Buchhalter zu werden, um als Jurist „in die Wirtschaft“ zu gehen; und wenn schon der Staatsdienst unvermeidlich sein sollte, so will man — um bei dem Beispiel Juristen zu bleiben — etwa Richter werden, um der politischen „Drecklinie“ nach Möglichkeit auszuweichen. Man besteigt vom ersten Tage des ersten Semesters an das Examensrad, geht in die Arena und legt sich in die Pedale, ohne rechts oder links zu schauen. Politische Enthaltensamkeit, von gutmeinenden, selbst mehrfach gebrannten Vätern empfohlen, deren Generation zwei Kriegskatastrophen und ihre Folgen zum Teil mitverschuldet, zum Teil nicht aufgehalten hat, führt nicht zu politischer Reife sondern zu politischer Sterilität und damit zur Selbstausschaltung der „Akademiker“ aus dem politischen Prozeß im demokratischen Staat.

Man läßt der Schlaueit einen zu großen Vorsprung vor der Klugheit. Man ist Anstaltsbenutzer und verlangt, daß die technischen Einrichtungen der Hochschule, die Seminare usw., leidlich funktionieren, lehnt aber auch kleinere Exercitia der Selbsthilfe, ohne die bei den antiquierten staatlichen Hochschuletats vorerst keine Besserung erreicht werden kann, meist kategorisch ab, da man nicht gewillt ist, für die Nachfolgenden zu arbeiten. — Sicherheit gibt es neben dem atomisierten Heer der an den westdeutschen Hochschulen inskribierten bloßen Anstaltsbenutzer, die die Froschperspektive und die gemeinschaftsfeindliche Emsigkeit von Fachschulabsolventen nie recht überwinden, auch noch eine beträchtliche Anzahl von Studenten. Aber auch sie üben in der Mehrzahl politische Abstinenz — mindestens innerhalb der Hochschule. Die demokratische Legitimation und die Repräsentationsfunktion der studentischen Vertretungskörperschaften und Selbstverwaltungsorgane sind damit fragwürdig.

Hätte gegen diese Mißstände seitens der Dozenten-schaft, insbesondere seitens der engeren Fakultäten, die der einzige perpetuierliche Faktor der heutigen Hochschulen sind, etwas unternommen werden können oder müssen? Die Frage rührt an die Frage der Hochschulstruktur.

Die aus der Humboldtschen Reform hervorgegangenen deutschen Universitäten, nach deren Modell in vielem auch die moderneren Hochschulen aufgebaut worden sind, hatten in großen Letzern WISSENSCHAFT und nichts als Wissenschaft über ihre Pforten geschrieben. Unmittelbare Erziehungs- und Bildungsaufgaben schrieb sie sich nicht zu; aber praktisch erfüllten sie diese Aufgaben. Sie vermochten den Übergang von der Schule oder dem Privatlehrer übernommenen Studenten durch die Ausstrahlung des wissenschaftlichen, auf das Zielgut der objektiven Wahrheit gerichteten Ethos auch politisch auf die Höhe der Zeit zu führen. Bis über die Paulskirche hinaus haben sie ihre akademische Jugend zum politischen Gewissen der Nation

machen können, indem sie den inbrünstigen Glauben an die politische Macht des Wahren entfachten und lebendig hielten. Die politisch aktivistische und zukunftsfrüchtige Burschenherrlichkeit entstand zunächst im Umkreis der von den Universitätslehrern selbst, besonders in den Kernfächern der Historie und der Staatswissenschaften, begründeten, unbefangenen liberalen und elitär repräsentativen politischen Postulate sozusagen von selbst.

Die diesen Verhältnissen zugeordnete Struktur der Hochschule ist im wesentlichen bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Geblieben ist auch über ihrer Eingangspforte unico loco die Inschrift WISSENSCHAFT. Entschwunden ist das liberale Repräsentativsystem; und verändert haben sich ihre Disziplinen. Die Politik der modernen Demokratie verlangt von ihren Akteuren, daß sie in dem geistigen Zwiespalt zwischen der mehr oder weniger vollkommenen Erkenntnis der objektiven Wahrheit und dem ehrlichen Dienst an der salus rei publicae existieren und arbeiten und dabei weder verzweifeln noch zynisch werden. Die aufsteigenden naturwissenschaftlichen Fächer distanzieren ihre Adepten vom Politicum. Die alten Kerndisziplinen sind „kritischer“ und damit technisch schwieriger und ebenfalls abständiger geworden. Sie tragen weiterhin das Stigma eines „katalogisierenden“ Zeitalters; sie leben mehr aus der Sekundärliteratur als aus den Quellen; Geschichte und Staatswissenschaften können nicht mehr mit dem Pathos der Göttinger Sieben vortragen werden.

Vielleicht sind die Studenten überfordert, wenn man von ihnen verlangt, daß sie trotzdem noch „von selbst“ im Zentrum der Hochschule einen echten politischen Gemeinsinn neu entwickeln. Hilfe dazu kann ihnen von den Lehrern nur in bescheidenem Umfang geboten werden, solange die alte Struktur der Hochschulen besteht. Der Kontakt über das Seminar fällt nur noch in wenigen Fächern und auch bei diesen in dem Massenbetrieb der Gegenwart nicht mehr erheblich ins Gewicht. Immerhin sollte man, obwohl die Zeit drängt, wohl noch etwas zu warten, bevor man sich dazu entschließt, die alte Form über Bord zu werfen, weil mit ihr Freiheiten preisgegeben würden, deren Verlust ein erwachsener Mensch schmerzlich empfinden muß. Gelingt es freilich den auf sich selbst gestellten Studenten von heute in absehbarer Zeit nicht, die Sünden eines halben Jahrhunderts gutzumachen, unter den gegenwärtigen erschwerten Bedingungen eine lebendige Gemeinschaft in der Hochschule zu bilden, und um das zu erreichen, einerseits die wenig glanzvolle Isolierung der Anstaltsbenutzer zu opfern, andererseits auf „Kostüm und Brimborium“ zu verzichten, „das für ihre Urgroßväter in den Gründerjahren gedacht war und schon ihren Vätern in den zwanziger Jahren zu Gesichte stand wie die Regimentsmusik einem Sozialdemokraten“ (Helmuth, Offene Welt 28 S. 50) und das gleichrangig mit Schönheitskonkurrenzen, König Faruks Amouren und ähnlichen Absentigkeiten der wirklichen Welt nur noch die Traumfabrik der Boulevardpresse interessiert, so bleiben nur folgende Möglichkeiten: Die Hochschule tritt als solche endgültig von ihrem Platz auf der politischen Bühne ab und bescheidet sich mit ihrer Rolle als Fachschule — oder sie bekennt sich auf Grund staatlichen Auftrags explicite zu der Aufgabe der Erziehung und Bildung und wird zu einer Kadettenanstalt der Demokratie. In beiden Fällen wird die Selbstverwaltung der Studenten innerhalb der Hochschule und wird wahrscheinlich auch die Selbstverwaltung der Hochschule innerhalb des Staates mit Recht in Frage gestellt sein.

Diese energischen Äußerungen des Frankfurter Rechtslehrers Professor Helmut R i d d e r zeugen von der faktischen Existenz einer Hochschulgemeinschaft, allerdings einer sehr bedrohten. Sie müßte politisch sein — also nicht etwa ein Wolkenkuckucksheim der voraussetzungslosen Wissenschaft; eine Gemeinschaft, der die Dozenten doppelt verbunden sind: aus den Erfahrungen ihrer Studentenzeit und aus ihrer aktuellen Verantwortung. Sollte es etwa so sein, daß die Studenten zu wenig von dieser Verantwortung, von ihrer Praxis also verspüren? Die nachfolgenden Zuschriften von Studenten erwähnen nichts davon, ja sie tun auf verschiedene Weise so, als ob diese Gemeinschaft mit den Dozenten mit unserm Problem gar nichts zu tun hätte. Es sei nur beiläufig bemerkt, daß es hier anscheinend so etwas wie eine Rivalität zwischen Alten Herren und Dozenten — von den Studenten aus gesehen — gäbe. Die Differenz wäre nur, daß die einen mit beiden keine Gemeinschaft wünschen, die andern nur mit den Alten Herren. Nicht überwinden wäre also die Distanz aus Schulzeiten, zum Klassenlehrer. Was mehr entfremdet, die Examensvorgefühle oder der Massenbetrieb, sei hier vorderhand unbesprochen.

Lebensangst und Ordnungsgefüge — so heißen die Pole, zwischen denen das Bedürfnis nach studentischer Gemeinschaft sich realisiert. Auffällig ist in den nachfolgenden Ausführungen eines katholischen Verbindungsstudenten, daß die Alten Herren keine ausdrückliche Funktion in diesem

20. Februar      20.30 Uhr  
 in allen Räumen des Studentenhauses

*Quartier Latin*  
**- Winterball -**  
 der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität  
 Ehrenprotector Oberst Kolb

Es spielen:  
 Robby Spier mit seinem Ensemble  
 Rolf Meissner-Combo  
 Horst Ulmer-Trio  
 New Orleans Ramblers

FILMBAR  
 STANDESAMT  
 DIXIELAND-KELLER  
 KOSTÜME ERWÜNSCHT!

Veranstalter: Senat und Asta unter Mitwirkung aller studentischen Vereinigungen und Verbände

Karten im Vorverkauf: Nanda Stock, Telefon 93738, DM 5.—, für Studenten 2 Karten auf Studentenausweis à DM 3.— im Geschäftszimmer des Asta.

Gemeinschaftsleben haben. Seinen Worten nach handelt es sich eher um eine Selbsterziehung durch Ideale, an Stelle der völlig ausfallenden Erziehung durch die alma mater:

#### Für den Lebensbund

Man sollte bei einer Bewertung der studentischen Korporationen in ihrer Verschiedenheit und des Zulaufs, den sie zu verzeichnen haben, zunächst folgende ganz nüchternen Tatsachen nicht ganz aus dem Auge verlieren:

Dem Kommilitonen, der sich einer studentischen Gemeinschaft anschließen will, bieten sich heute nur ganz wenige mit sogenannten neuen Formen an; dagegen stellen die Korporationen an unseren Universitäten und Hochschulen das Gros der Vereinigungen. Den Rückgang der neuen studentischen Gemeinschaften allein mit der größeren materiellen Hilfe der Alten Herren für ihre traditionellen Korporationen erklären zu wollen, halte ich für eine Vereinfachung. Es wird also eine Folge der tatsächlichen Verhältnisse sein, wenn die meisten Kommilitonen auf traditionsgebundene Korporationen stoßen und dann dort auch Mitglied werden.

Sodann darf nicht vergessen werden, daß die restriktive Politik der Besatzungsmächte und der Hochschulseenate insbesondere gegenüber den waffenstudentischen Verbänden diese zwingen, sich im Verhältnis zu anderen studentischen Gemeinschaften stark im Hintergrund zu behalten. Diese Stellung im Hintergrund muß nicht notwendigerweise auch eine geringere Mitgliederzahl, Aktivität und dergl. beinhalten. Tatsache ist nur, daß erst verschiedene Umstände (z. B. das Urteil des Bundesgerichtshofs zur studentischen Mensur) die Waffenverbände an die Hochschulöffentlichkeit treten ließen. Natürlich muß die Zahl der verschiedenen Verbände, ihre Mitgliedsstärken, ihre innere Konsolidierung usw. alle die überraschen, die glaubten, die „Korporationsfrage“ durch Senatsbeschlüsse oder gar Resolutionen studentischer Arbeitstagungen lösen zu können.

Aber abgesehen von diesen Dingen, die nur auf Tatsächlichkeiten hinweisen sollen, erscheint die Verbindung zwischen der veränderten Stellung des Akademikers und der daraus „ideologisierten Selbstisolierung“ in Herrn Gruppens Artikel einigermaßen konstruiert. Die natürliche Reaktion auf die soziale und wirtschaftliche Schlechterstellung wäre eine gewerkschaftsähnliche Bewegung innerhalb der Studentenschaft gewesen. Und erst ein Fehlschlag so angesetzter Bemühungen hätte dann den Weg in die Selbstisolierung gewiesen. Nun wird man sich vergeblich nach einer solchen Entwicklung umschauen. Nicht einmal das Interesse an den Studentenvertretungen, das wohl zunächst ein Barometer dafür ist, stieg. Die Bildung der Hochschulgruppen des DGB gehört in eine ganz andere Ebene, weil sie des studentengewerkschaftlichen Charakters entbehrt und ihr Anstoß gelenkt von außen kommt.

(Fortsetzung Seite 2)

Untermainka  
 104 Bibliothek

## Man sagt in Bonn

Bonn sieht nach Berlin, denn Berlin ist wieder zum echten Mittelpunkt deutscher Politik geworden. Die Bundesregierung wird zwar von den Westmächten konsultiert, aber es ist für Bonner Politiker doch ein beklemmendes Gefühl zu wissen, daß die Entscheidungen jedenfalls durch andere getroffen werden. Mehr oder weniger sind sie doch wieder zu Zuschauern geworden. Wenn auch einige als Souffleure oder gar als Hilfsregisseure mitarbeiten dürfen, agieren tun die andern.

Es ist kein Wunder, daß dieses Zuschauernmüssen für viele zu aufreibend ist. So hielt es Herrn Ollenhauer (er wird ja nicht einmal konsultiert) nicht mehr in Bonn. Er flog nach Berlin und gab dort die Erklärung ab, der Molotowplan sei gar nicht durchweg indiskutabel, die Westmächte müßten nur die EVG aufgeben, dann würde man sich einigen können. — Darob herrschte nun eine große Erregung in Bonn. Selbst diejenigen, die Ollenhauers Standpunkt an sich für erwägenswert halten, fragten sich, ob das Vorgehen Ollenhauers zu diesem Zeitpunkt zu bejahen sei. Es ist ja eine alte Weisheit, daß die Russen (also auch die Sowjets) nur nach langen zähen Verhandlungen bereit sind, sich Zugeständnisse abringen zu lassen. Jeder, der den Sowjets schnell und ohne großes Widerstreben etwas anbietet, erhält nicht nur keine Gegenleistung, sondern macht die Sowjets auch mißtrauisch. Die Sowjets sagen sich nämlich, wenn jemand so schnell Zugeständnisse macht, um zu einer Vereinbarung zu kommen, dann tut er das nur, weil er sich sowieso nicht an die Vereinbarung halten will. Das Mißtrauen ist seit jeher ein beherrschender Zug der sowjetischen Politik gewesen, und Hitler hat ihrem Mißtrauen in schnelle Zugeständnisse nur allzu recht gegeben.

So sehr die Viererkonferenz also unsere Nerven belastet, so sehr müssen wir doch sagen: Wer mit einem schnellen Abbruch rechnet, denkt viel zu westlich. Die Konferenz müßte sehr lange dauern, wenn sie zu einem Ergebnis führen soll — und die Sowjets werden uns noch mit vielen neuen Vorschlägen überraschen. Der Russe liebt das Verhandeln. Deswegen ist die Konferenz noch lange nicht gescheitert, wenn der Westen ein oder mehrere sowjetische Vorschläge ablehnt (oder umkehrt). Wie beweglich die Sowjets dabei sind, zeigt der Vorschlag Molotows, einen Volksentscheid abzuhalten. Seine Fragestellung „Friedensvertrag oder EVG“ ist natürlich absurd, weil sie gar keine echte Alternative ist. Das klingt so, als ob man Studenten fragen würde: „Wollen Sie den Dr. oder das Staatsexamen machen?“ — Aber Molotows Vorschlag macht doch deutlich, daß sich die Sowjets etwas einfallen lassen. Auch der Westen wird sich hier also anstrengen müssen.

Genau so deutlich wurde in Berlin, daß die Sowjets nichts mehr fürchten, als freie deutsche Wahlen. Das ist das Thema, um das Molotow immer wieder herumgeht. Dabei benutzt er die merkwürdigsten Argumente. In seiner Eröffnungsrede beschimpfte er das deutsche Volk: Es sei ein kriegslüsterndes, ewig aggressives und undemokratisches Volk. Das hinderte ihn nicht, freie Wahlen unter der Kontrolle der Westmächte oder neutraler Staaten mit der Begründung abzulehnen, man könne es den demokratischen Kräften in Deutschland nicht zumuten, sich von Ausländern kontrollieren zu lassen.

Andererseits hat man den Eindruck, daß es Molotow gar nicht so sehr um Deutschland und das deutsche Volk geht. In allen Reden wendet er sich eigentlich immer wieder nur an das französische Volk. Für die Sowjets ist die Sowjetzone gar nicht so interessant. Sie würden sie wahrscheinlich gern aufgeben, wenn dafür Frankreich aus der westlichen Front herausgebrochen werden könnte. Das klingt seltsam, ist aber gar nicht so abwegig. Molotow schlägt eine deutsche Nationalarmee vor, wobei Deutschland keine Bindungen nach dem Westen (lies: Frankreich) eingehen dürfe. Molotow weiß auch, wie stark Deutschland in fünf Jahren sein wird. Dieses Deutschland mit einer Nationalarmee, ohne feste Bindungen zu Frankreich, muß ja Frankreich (das nach zwei Kriegen ein übergroßes Sicherheitsbedürfnis hat) den Sowjets in die Arme treiben. Deswegen attackiert Molotow die EVG. Er weiß genau, daß die EVG die UdSSR nicht bedroht. Er muß aber fürchten, daß die EVG den deutsch-französischen Gegensatz und damit die europäischen Spannungen beseitigt („Und wo bleiben dann die Kommunisten?“, fragt er sich wahrscheinlich).

Das ist — wenn überhaupt — sicher nicht der einzige Gedanke, den Molotow hat. Die Sowjets spielen auf vielen Tasten. Eine davon ist die provisorische deutsche Regierung (vor freien Wahlen), die natürlich paritätisch zusammengesetzt wäre. Ihrer 50% sind die Sowjets sicher, vielleicht fällt aber doch einmal einer von den westdeutschen 50% um ... Eine Lösung, die für die Sowjets völlig risikolos wäre. Schlimmstenfalls einigt sich die „Regierung“ nicht, dann bleibt eben alles beim alten.

Die Tatsache, daß die Bühne der Politik von Bonn nach Berlin verlegt wurde, veranlaßt einige bundesrepublikanische Amateure, Privatvorstellungen zu geben. Unter ihnen befand sich der Familienminister, der feststellte, daß in Norddeutschland mehr Ehen geschieden würden als in Süddeutschland. Darau schloß er („messerscharf“), daß die norddeutschen Richter scheidungsfreudiger als ihre süddeutschen Kollegen seien, was wahrscheinlich durch die Religion der Richter bedingt sei. — Auf den Gedanken, daß vielleicht die norddeutschen Ehepaare eher an eine Scheidung dächten, als die süddeutschen, kam der Minister anscheinend

## Vier Barrikaden (Fortsetzung von Seite 1)

Die Anziehungskraft der traditionsgebundenen Korporationen wird man auch mit folgenden Beobachtungen erklären können. Weithin in unserem Volk sucht man der Lebensangst, die den einzelnen erfaßt hat, dadurch zu begegnen, daß man sich in Organisationen, Verbänden usw. zusammenschließt. Dort findet man sich zusammen und hofft, persönliche, wirtschaftliche und sonstige Schwierigkeiten überwunden zu bekommen. Warum soll dieser Trend, der an allen Lebensbereichen unseres Volkes zu beobachten ist, nicht auch für einen Teil der Kommilitonen gelten, die Mitglieder der traditionsgebundenen Korporationen werden? Und noch ein weiteres kommt dazu: Aus einer Reihe von Beispielen ließe sich belegen, daß heute Halt und Ausgleich an — oder besser in — gewissen Ordnungsgefügen von vielen Menschen gesucht wird. Diese Ordnungsgefüge brauchen nicht normativer Art zu sein, sondern können durchaus faktisch begründet sein. Wie auch immer man zu den traditionsgebundenen Korporationen steht, man wird nicht leugnen können, daß sie solche — zwar unter sich sehr verschiedene — Ordnungsgefüge darstellen. Wichtig ist nur, daß das Suchen nach Ordnungsformen nicht im akademischen Raum zu beobachten ist, sondern alle Kreise unseres Volkes umfaßt. —

Die Feststellung von Herrn Gruppe, daß sogar in den Gewerkschaftsverwaltungen die Akademiker regelmäßig versuchen, unter sich zu sein, ist insofern wichtig, als damit gesagt ist, daß nicht nur bei den Korporationen die Ideologie der Selbstisolierung Eingang gefunden hat und praktiziert wird.

Die Unterstellung, daß sich das korporative Leben abgekapselt von den tatsächlichen Verhältnissen vollzieht und somit existenziell unwahrhaftig ist, brauche ich nicht mehr im einzelnen zu widerlegen, weil hierfür zu viele nachprüfbar Beispiele inzwischen allgemein bekannt sind. Aber die Erziehung insbesondere in den katholischen Korporationen als eine Frontstellung gegen die Welt, die als materialistisch deklariert wird, zu bezeichnen, ist eine gefährliche Vereinfachung. Es wird nun eben unumgänglich sein, daß das Festhalten an bestimmten Idealen, die heute in der „Welt des man“ so wenig bedeuten und daher unpopulär sind, auch zur Erziehung gehört. Das hat aber mit einer Frontstellung nicht das geringste zu tun. Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, die Erziehung in den katholischen Korporationen im einzelnen darzulegen. Wohl aber soll gesagt werden, daß das Festhalten an Idealen notwendigerweise zur Erziehung gehört.

Nun zu der Frage, ob das korporative Leben eine Fiktion ist und als „eigene Lebensform“ keine Berechtigung hat. Dadurch, daß Herr Gruppe in seinen Ausführungen wesentlich auf soziologische und psychologische Fragen Bezug nimmt, wird der Anschein erweckt, als sei seine Betrachtungsweise umfassend und vollständig. Aber das ist nur der Anschein. Man wird immer zu schiefen Ergebnissen in der Korporationsfrage kommen, wenn man nicht auch geschichtliche und institutionelle Fragen berücksichtigt: z. B. wird in keinem anderen Lebensbereich die Feststellung zu treffen sein, daß die intellektuelle Ausbildung junger Menschen in einem solchen Mißverhältnis zur menschlich-persönlichen Formung steht wie an unseren Universitäten. Dies und vielleicht auch Gründe, die sich aus dem Studium, der autonomen Stellung der Hochschule, ergeben usw. wird man zu berücksichtigen haben, wenn man die Frage einer „eigenen Lebensform“ näher untersucht. Interessanterweise wird man das Lebensbündprinzip — vielleicht als Folge der eben genannten Gründe — in anderen soziologischen Schichten unseres Volkes kaum finden.

Zusammenfassend wäre also zu den Ausführungen von Herrn Gruppe zu sagen, daß sie zwar einen neuen und sehr interessanten Aspekt in die Diskussion bringen, aber für sich allein keine Erklärung der Korporationen bedeuten. Die von mir angeführten Beispiele und Gegenargumente sollen keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wie überhaupt im menschlichen Leben, so wird auch in den Fragen des studentischen Gemeinschaftslebens die ganze Breite menschlicher Wünsche und Erwägungen, Motive und unbewußten Verhaltensweisen zum Tragen kommen. Und sicher werden wir auch verschiedene Wertungen vorzunehmen haben.

Unser Hauptziel muß es sein, in der Korporationsfrage von der Demonstration weg wieder zur Diskussion zu kommen. Teilnehmer an diesem Gespräch müssen sehr wohl die verschiedenen studentischen Verbände sein, weil sie primär die aktiven Faktoren im Hochschulraum bilden. Selbstverständlich sollen die sogenannten freien Studenten nicht ausgeschlossen werden, zumal sich in letzter Zeit Anzeichen ergeben haben, daß sie trotz des Generationswechsels an diesen Fragen interessiert und auch bereit sind, ihre Meinung zu vertreten. Für alle diese Partner sollte gelten, die notwendige Offenheit und Lockerheit zum Gespräch zu praktizieren und nicht durch organisatorische Verfestigungen die bestehenden Gegensätze zu versteinern. Schließlich sollte es im guten Willen aller Beteiligten liegen, dieses Gespräch nicht hitzig und spitz sondern sachlich und nüchtern zu führen. Uns allen kann nur ein Gespräch ohne Schlagworte helfen.

Hans-Eberhard Roesch, Bonn

Anvisiert, aber unbehandelt blieb die Frage nach der Zweckdienlichkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Akademiker. Zu bemerken ist hierzu nur in aller Kürze, daß ein solcher Zusammenschluß Sache der beruflich Tätigen wäre, die dann allerdings als ein nicht nur unausweichliches, sondern auch in der Steuerung des Nachwuchses

nicht. Aber Eheleute gehen doch erst dann zum Richter, wenn sie schon die Absicht haben, sich scheiden zu lassen. Diese Absicht aber ist das eigentliche Übel, und für sie kann man den Richter wirklich nicht verantwortlich machen. Eine Besserung dieses Zustandes, der allerdings erschreckend ist, kann deshalb nicht über die Richter oder das Gesetz erreicht werden. Bei der Ehe selbst, und das heißt bei den Eheleuten, muß jeder Versuch, die Scheidungsfreudigkeit einzudämmen, ansetzen. Das ist aber auch ein soziales Problem.

Der Protest der Öffentlichkeit, selbst die Distanzierung des Bundesinnenministers von der Äußerung seines Kollegen, konnte den Familienminister nicht entmutigen. Kurze Zeit später erklärte er, der deutsche Film sei verdorben und lasterhaft. Er wolle zwar keine Staatszensur, befürworte aber eine „echte Volkszensur“. — Nun, daß der deutsche Film schlecht ist, wissen wir alle, aber besonders lasterhaft? Langeweile kann zwar ein Laster sein, aber das hat der Minister sicher nicht gemeint. Und was mag er mit „echter Volkszensur“ gemeint haben? Vielleicht gibt es das wirklich. Dann aber eher gegenüber Sonntagsreden als gegenüber Filmen.

Bruno

sehr unerbittliches Gremium Alter Herren in Erscheinung treten dürften. Zugrunde liegt also jeder Studentengemeinschaft auch ein Generationenproblem, eine unausgesprochene, nicht offen einbrechende permanente Revolution der Jugend. Doch davon erst später. Vorerst die radikale Absage an jede Besonderung der Hochschüler, soweit sie nicht das zeitlich mit dem Studium abgegrenzte Interesse verbindet, von einem sozialistischen Studenten:

## Gegen die Korporationen

Es wäre ein Anachronismus, wollte man die Universität heute noch isoliert von der Gesamtgesellschaft betrachten. Wenn die Hochschule aber keine Eigenwelt mehr darstellt, ist es auch sinnlos geworden, von einer akademischen Einheit zu sprechen, denn sie würde eine gesellschaftliche Einheit voraussetzen müssen, die nicht gegeben ist. Die Hochschulgemeinschaft vermag also nur solange ihren Sinn und Zweck zu erfüllen, wie gemeinsame Interessen aus der spezifischen Lage des Studentenseins heraus zu vertreten sind. Alles darüber hinaus würde zu einer unberechtigten Absonderung führen.

Die Institutionalisierung des bündischen Prinzips hat eine Absonderung zur Folge, die mit schönen Redensarten nicht wegzudiskutieren ist. Es werden damit Unterschiede zwischen den Menschen gesetzt, die allein mit einer formalen Gruppenzugehörigkeit begründet werden können. Damit aber entsteht die Gefahr, daß es wieder einmal Studenten ersten und zweiten Ranges geben soll. Darum tut man nichts für die Einheit, wenn man — angeblich um der Einheit willen — Korporationen in dieser Einheit anerkennt, sondern man bereitet im Gegenteil einem Spalt den Boden.

Warum aber haben die Verbindungen an den Hochschulen wieder Fuß fassen können? Ihre Parole heißt meist: gegen Kollektivismus und Materialismus. Dabei wissen sie genau, daß

## FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

diese These zündet, und daß geflissentlich übersehen wird, daß die Korporationen selber vom Kollektivismus und Materialismus (in dem Sinn, wie der Begriff gewöhnlich falsch verstanden wird) leben; bedeuten doch das Ritual und die Beziehungen die wichtigsten Bindemittel.

Nun macht der Verfasser des Artikels mit Recht darauf aufmerksam, daß ein wichtiger Grund für die wiederentstehende „akademische Solidarität“ (besonders in praktischen Einzelfällen häufig zu beobachten) die heute mangelnde Anerkennung geistiger Tätigkeit im öffentlichen Leben ist. Das Ansehen geistiger Tätigkeit steht allerdings gegenwärtig in keinem Verhältnis zu den dafür gemachten Investitionen und zu ihren möglichen Auswirkungen. Aber man sollte nicht vergessen, daß dieses Versehen unter anderem auch darauf beruht, daß die Repräsentanten dieser geistigen Tätigkeit keineswegs immer zu menschlichen Anerkennung anregen. Wenn also die „aggressive Defensive“ des „Einheitsakademikers“ die Folge der Unterbewertung geistiger Tätigkeit ist, so zeigt das nur, daß diese „Akademiker“ ihrer akademischen Aufgabe nicht gewachsen sind. Sie erreichen so nur das Gegenteil von dem, was erreicht werden müßte. Und darum sollte man nie übersehen: akademische Einheit mit den Korporationen bedeutet Einheit auf Kosten der Allgemeinheit.

Hans Tietgens, Hamburg

Bei aller Schärfe der letzten Sätze — die instinktive Abwehr dagegen allein wäre schon ein Stück Isolierung gegen die Gesellschaft der „Nichtakademiker“. Mögen sie ungerecht sein, so sind sie vielleicht doch der Ausdruck einer Stimmung, die weiter verbreitet sein kann, als uns lieb ist, und die man eher in Rechnung stellen, als schlankweg Front gegen sie bilden sollte. — Dies „offene Gespräch“, das wir auch nach außen wünschten, um Spannungen abzubauen, richtet nun die letzte hier veröffentlichte Zuschrift zunächst an den näheren Partner. Wir beschränken uns darauf, auf seine Voraussetzung hinzuweisen — die Toleranz:

## Gegen die Tübinger Beschlüsse

In dem Artikel von Herrn Gruppe über die bedrohte Hochschulgemeinschaft ist die Rede vom „offenen und ehrlichen Gespräch“. Was nun, wenn jemand kühn die These vertreten würde, nicht die auf dem Titelbild der letzten DISKUS-Nummer in abwartender Stellung verharrenden Korporationen seien die wahren Bedroher der Hochschulgemeinschaft, sondern diejenigen Rektoren, die vor einigen Jahren in Tübingen das Verbot des Farbenragens und Mensurschlagens ausgesprochen haben? Es wäre übertrieben, so zu sprechen. Aber waren diese sogenannten „Tübinger Beschlüsse“ wirklich ein pädagogisches Meisterstück?

Zu solchen Beschlüssen gehören zwei Dinge: ihre Erzwingbarkeit (vom Standpunkt der Hochschulbehörde aus gesehen) und ihre Zumutbarkeit (vom studentischen Standpunkt aus gesehen). Vielleicht haben die Rektoren damals nicht geglaubt, daß ihre Beschlüsse einmal durch Verwaltungsgerichte nachgeprüft werden. Noch weniger haben sie damit gerechnet, durch die Rechtsprechung ständig ins Unrecht gesetzt zu werden. So haben wir an vielen Universitäten das Paradoxon eines theoretischen Fortbestehens und einer praktischen Suspendierung dieser Beschlüsse. Natürlich gab es auch Ansätze einer Durchführung, wobei man sich in verschiedenen Universitätsstädten die Fronleichnamprozession zum Versuchsfeld auserwählt hatte. Es ist nicht allein ein psychologischer Fehler, wenn man statt unbequemer „Razzien“ auf vermeintliche Paukböden den disziplinarrechtlichen „Fangzug“ dorthin unternimmt, wo man die Über-treter der Tübinger Beschlüsse leichter feststellen kann. Daß man hierbei in kirchliche Bereiche eindrang, die in ihrer Eigengesetzlichkeit geschützt sind, wurde erst offenbar, als man sich auf dem Wege des Kompromisses von dieser „Kulturkampfstimmung“ rasch wieder entfernte.

Bleibt das Problem der Zumutbarkeit. Es ist wohl mit der Freiheit der privaten Rechtssphäre des einzelnen Studenten nicht zu vereinbaren, wenn Bestimmungen, die im wesentlichen das Hausrecht des Rektors umschreiben, über das Gelände der Hochschule hinaus ausgedehnt werden. Es geht nicht an, eine Hausordnung zum Grundgesetz des studentischen Ge-

(Fortsetzung Seite 7)

## DISKUS

### FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Günther Gruppe, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Ernst Schneiderei.

Verantwortlich für Marburg: G. Mehnert

Korrespondenten:

Darmstädter Ausgabe: Heinz Jockel

Korrespondent in Bonn: Hans W. Nicklas

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1953/54 und Sommersemester 1954 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

## Schlechtes Gewissen

In einer auch hier erhältlichen Studentenzeitung konnte man Folgendes zum abgesagten Gastspiel der „Amnestierten“ in Frankfurt lesen:

„Aktuell wurde ... der alte Beschluß des Frankfurter Studentenparlaments jetzt im Dezember wieder, als die „Amnestierten“ ein neues Auftreten in Frankfurt ankündigten. Das Gastspiel war durch private Beziehungen zu einem Studenten, der von dem Parlamentsbeschluß nichts wußte, vereinbart worden ... Und niemand entsann sich noch eines Parlamentsbeschlusses, der den „Amnestierten“ einmal vor anderthalb Jahren jegliches weitere Auftreten in Frankfurt untersagt hatte.“

Bis schließlich der wachsame DISKUS darauf kam, und ... Hausverwalter und geschäftsführenden Ausschuß des Studentenhauses an den bestehenden Beschluß erinnerte. Diese fühlten sich als Bürger der Universität an verbindliche Beschlüsse ihres Studentenparlaments gebunden und sagten das Gastspiel deshalb kurzerhand ab. In dem zitierten Artikel wird weiter ausgeführt, daß kurz nach dem mißglückten Auftritt der „Amnestierten“ der „Studentenhaus e. V.“ in Frankfurt gegründet worden sei; „eine Institution ... an die man auch rechtliche Ansprüche stellen“ könne. Der erste rechtliche Anspruch werde wohl ein Schadenersatzanspruch der „Amnestierten“ sein.

Daß die „Amnestierten“ sich selbst am besten an den Parlamentsbeschluß entsannen, der ihr Auftreten als Studentenkabarett an der Universität verbot und nicht wieder aufgehoben war, wird in diesem Bericht hinter dem Wörtchen „niemand“ verborgen, damit man DISKUS, Hausverwalter und geschäftsführenden Ausschuß besser zu Sündenböcken stempeln kann. Die „Amnestierten“ kannten den Beschluß sogar sehr genau. Denn warum hätten sie sonst „private Beziehungen zu einem Studenten, der von dem Parlamentsbeschluß nichts wußte,“ bemüht, um das Gastspiel zu vereinbaren?

Das Studentenparlament hat sich selbst so wenig um Fortbestand und Ausführung seiner Beschlüsse gekümmert, daß es dem Hausverwalter überlassen blieb, das Gastspiel abzusagen. Aus dieser Absage aber — wie der zitierte Artikel vorschlug — Schadenersatzansprüche herleiten zu wollen, verriet ein tiefes juristisches Unverständnis. Wenn jemand beim Einbruch in ein Haus durch Selbstschüsse verletzt wird, kann er keinen Schadenersatz vom Hausbesitzer verlangen. Die „Amnestierten“ werden aber ermuntert, ähnliche begründete Ansprüche an eine Institution zu stellen, die zur Zeit der Absage noch gar nicht bestand.

Der ehrlichste Weg ist nicht der über die Hintertreppe. Das scheint aber nicht ganz die Meinung der jetzt in neuer Gestalt erscheinenden „Deutschen Studentenzeitung“ zu sein, die eine Lanze für die Hintertreppenakrobatik der „Amnestierten“ bricht.

Nachträglich hat das Studentenparlament versucht, den

Beschluß vom Jahre 1952 aufzuheben. Daß dieser Versuch vorläufig scheiterte, ist den unberechenbaren Zuckungen einer mangels Beteiligung kaum arbeitsfähigen Parlamentsmaschine zu verdanken: 26 waren anwesend, zur in diesem Fall erforderlichen absoluten  $\frac{2}{3}$  Mehrheit hätten 25 Stimmen gehört; nur 19 stimmten für die Aufhebung. Die Studentenversammlung hat jetzt eine Empfehlung an das Parlament gerichtet, das Verbot der „Amnestierten“ aufzuheben. Diese Entscheidung des Parlaments steht noch aus.

Vorläufig bleibt den „Amnestierten“ also noch das Auftreten in der Universität Frankfurt verwehrt. Ein besserer Weg hätte sich vielleicht finden lassen, wenn sie rechtzeitig statt „privater“ Verbindungen die offiziellen zu Asta und Parlament gefunden hätten.

Udo Kollatz

## Beispiele

„Even the most soft-headed and fuzzy-minded cannot help but realize that a witness' refusal to answer on the ground that his answer would tend to incriminate him is the most positive proof obtainable that the witness is a Communist...“

Um darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr eine solche Diffamierung für den Ruf einer Universität, für Professoren und Studenten bedeutet, und daß dieser „moralische“ Druck die Universitäten zu einer Personalpolitik nötigen könnte, die sich mit ihrer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aufgabe nicht vereinbaren läßt, haben Studenten unserer Patenuniversität Chicago kürzlich aus eigener Initiative eine besondere Zeitung geschaffen. Sie heißt „ACADEMIC FREEDOM Newsletter“. Sie sammelt und verbreitet Informationen, Material und Vorschläge für die Arbeit der an den einzelnen Hochschulen gegründeten „Freedom-commissions“, „Liberty-committees“ usw.

Das positivste Zeichen der Aktion ist der unkonventionelle Optimismus, mit dem sie gestartet wurde. Man hat nicht lange theoretische Erörterungen angestellt, ob z. B. künftig überhaupt Übergriffe der Untersuchungsausschüsse McCarthys vorkommen würden, und zwar so zahlreich und gewichtig, daß man damit eine besondere regelmäßig erscheinende Zeitung füllen könne usw., sondern man hat ganz einfach festgestellt „We have been expressive — now we must be effective“ und mit der Herausgabe der Zeitung begonnen: ein Verfahren, mit dem man auch in Deutschland mehr erreichen könnte als mit der Weiterleitung von Resolutionen auf dem studentischen Dienstweg.

K. Walter

## Nicht linientreu?

Vor einigen Wochen führte die Frankfurter Rundschau in einem Leitartikel einen scharfen Angriff gegen den Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte Dr. Walther Pahl. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er habe während des Dritten Reiches ein Buch geschrieben, in dem er die Politik des Naziregimes rechtfertigt und verherrlicht. Wie jetzt bekannt geworden ist, hat der Bundesvorstand des DGB Pahl genötigt, seinen Posten aufzugeben, und gleichzeitig wurde beschlossen ihn auch sonst nirgends mehr in der gewerkschaftlichen Arbeit zu verwenden. Auf eine Anfrage nach den Gründen dieser Beschlüsse verweigerte der Gewerkschaftsvorstand die Auskunft, da es sich angeblich um eine interne Angelegenheit handle.

Nun, ganz so intern ist die Sache nicht. Walther Pahl, der eine recht öffentliche Stellung bekleidete, ist ebenso öffentlich angegriffen worden. Gerade in dem Augenblick, wo er es hätte tun müssen, ist ihm die Möglichkeit, sich auch öffentlich zu rechtfertigen durch sein erzwungenes Ausscheiden aus der Redaktion der Gewerkschaftlichen Monatshefte genommen worden. Hier sollte wenigstens der Gewerkschaftsverband eine ausführlichere Erklärung abgeben. Dies gebietet schon die Klugheit. Die Vorwürfe gegen Pahl waren längst nicht so gewichtig, wie die Art in der sie vorgebracht wurden. Die Annahme, daß die Gewerkschaften im Falle Pahl fast neun Jahre nach dem Zusammenbruch eine Privatentnazifizierung in eigener Sache durchführen, dürfte kaum

glaubhaft sein. Zumal ja die Publikationen Pahl im Dritten Reich nicht erst seit heute bekannt sind und seine Beiträge in den Gewerkschaftlichen Monatsheften ganz gewiß keine neonazistischen Tendenzen aufweisen. Oder sollte der Angriff nur ein Vorwand sein, um für einen längst geplanten Abschluß eine sichere Zielscheibe zu haben? Dann ist es naheliegend anzunehmen, daß der Gewerkschaftsführung die vorurteilsfreie und vom politischen Tagesopportunismus unabhängige Diskussion in den Gewerkschaftlichen Monatsheften mißfiel. Die Blätter waren bisher das Forum einer sachlich-kritischen Auseinandersetzung mit den Fragen der Gewerkschaften und des Sozialismus und keine parteidogmatische Kampfschrift. Dabei zeigten sie ein beachtliches Niveau, und es wäre zu wünschen, daß das so bleibt. Gut wäre es, wenn die Gewerkschaftsleitung die Öffentlichkeit über die wirklichen Gründe des Ausscheidens von Walter Pahl unterrichten würde, damit sie nicht in ein schiefes Licht gerät.

Friedrich Poorten

## Kleines Kolossalgemälde

Der zweite Weltkrieg braucht für die deutsche Jugend keine Probleme mehr aufzuwerfen, nachdem Vizeadmiral a. D. Ruge alles geklärt und markig umrissen hat — im Deutschen Soldatenkalender 1954, der nach den Worten Exfeldmarschalls v. Manstein „auch zu den Herzen unserer Jugend finde“.

Ein historische Ursache kann in der Frontsoldatenhistoriker-Sprache nur eine Wurzel sein. Und so „wurzelt der zweite Weltkrieg in Versailles“. Gleichzeitig aber war Versailles „die Grundlage für den Aufstieg Hitlers, der, für den Frieden gewählt (hört, hört!), zum Schwert griff“ — welcher Soldatenschriftsteller wird auf dies schlichte Bild je verzichten, das so für sich selbst spricht. Also wäre Versailles doch nicht die einzige, zwingend zum Krieg führende Ursache? Allerdings kommt es auf die Festlegung politischer Verantwortlichkeit gar nicht an: „In der Sudetenkrise 1938 wurde Europa an den Rand des Krieges gebracht.“ Wie bequem, daß es ein Passiv gibt, und dazu die ehemals so bewährten Nazi-Termini: „Der Einmarsch in die Rest-Tschechei warnte die Welt“. Wer weiß denn noch, durch welches verbrecherische, vertragsbrecherische Hazardspiel es zu dieser „Rest-Tschechei“ gekommen war, und daß der Einmarsch für ein weiteres europäisches Volk das Ende der Freiheit bedeutete — es kommt ja nur auf das Wort „Einmarsch“ an. Erhebend ist der Gleichschritt der die Grenze überschreitenden Kolonnen und die Parade in Prag, die „warnte die Welt“, aber daß die Welt schließlich begriff und sieben Jahre später eine gemeinsame Parade in Berlin abhielt — so ist es kaum gemeint. Nicht auf die historische Wahrheit kommt es an, sondern auf rauscherzeugende Worte wie „Blitzkrieg“, wie die „glänzenden Feldzüge in Norwegen, Frankreich, Nordafrika und dem Balkan“; auf den Kitzel, den simple Menschen beim Schauspiel brutaler Machtentfaltung gern verspüren, wenn sie Zuschauer sein dürfen, und es vom Gegner heißt „zerschlagen“ oder „ausgelöscht“.

„Nach gewaltigen Umfangsschlachten erschöpfte sich die deutsche Kraft im russischen Raum“. (Denn immer wo Begriffe fehlen, da stellt der Raum zur rechten Zeit sich ein). Aber vor allem der böse Westen war schuld an der Katastrophe. „Westliche Seemacht hinderte Deutschland, sich voll gegen den Osten einzusetzen.“ Es kommt eben sehr darauf an, wer die glänzenden Feldzüge führt. Daß der Soldatenstand in irgendeiner Weise mit Verantwortung belastet war, das klingt in keiner Zeile auch nur andeutungsweise an. Man war „Soldat und brav“ — Schluß, aus.

„Zwei riesige Mächtigkeitsgruppen ringen jetzt um die Vorherrschaft. Es ist bedrückend, daß die Politik noch weniger imstande war, Frieden zu schaffen“ — als die glänzenden Feldzüge vermutlich, welche die deutsche Politik nicht verstand „für den Frieden auszunutzen“. Dann wäre alles viel einfacher und hätte nicht solche Mühe gebraucht, um das Wissen der deutschen Jugend über den zweiten Weltkrieg auf dem Umweg über einen Soldatenkalender auf Vordermann zu bringen.

Friedrich Dahlhaus



# RHEIN-MAIN BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

## FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

### Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



# Von Berlin nach Potsdam?

Betrachtungen zur Viererkonferenz

Von Hermann Mosler

Seit der letzten Januarwoche haben die jahrelangen Bemühungen, die Außenminister der Großen Vier zur Erörterung der Deutschland-Frage um den Konferenztisch zu versammeln, endlich dazu geführt, daß an die Stelle des Fernbombardements durch diplomatische Noten das unmittelbare Gespräch getreten ist. Die Innenpolitik in der Bundesrepublik hält den Atem an. Die Forderung, daß freie Wahlen in ganz Deutschland der erste Schritt zur Wiedervereinigung sein müssen, ist allgemein ohne Unterschied der Parteien und Gruppen unbestritten. Die Diskussion, welche Wirkungen der Zusammentritt einer frei gewählten Nationalversammlung und die Errichtung einer von ihrem Vertrauen getragenen gesamtdeutschen Regierung auf die staatliche Ordnung der Bundesrepublik und auf das Sowjetzonenregime haben solle, ist verstummt. Seitdem die Mächtigen sprechen, von denen wir abhängen, erinnert man sich daran, daß die Nürnberger keinen hängen, sie hätten ihn denn zuvor. Sicherlich wird man, wenn wirklich der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die konstituierende Körperschaft ihre Beratungen über die politische Lebensform unseres Volkes beginnt, nicht vergessen dürfen, daß die auf Volkswahlen beruhende und vom Volkswillen getragene Ordnung in Westdeutschland auch für die Deutschen in der Sowjetzone während der Übergangszeit den deutschen Staat überhaupt verkörpert, daß die Gewalten in der Sowjetzone dagegen keine demokratische Legitimierung aufweisen können und daß das Grundgesetz erst unwirksam wird, wenn eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Zur Zeit aber ist es angemessen, das Verlangen nach Gewährung einer unabhängigen Entscheidung aller Deutschen in allgemeinen freien, gleichen und geheimen Wahlen einmütig zu erheben und alle anderen Sorgen ruhen zu lassen.

Die ersten Tage der Konferenz haben weder den wenigen Optimisten noch den zahlreichen Skeptikern recht gegeben. Überraschende Vorstöße und unerwartetes Nachgeben wechselten einander ab. Die vom Bundeskanzler den Westmächten übermittelten deutschen Auffassungen haben deren Haltung beeinflusst; ein Zurückgehen auf das Potsdamer Abkommen von 1945 lehnen sie ab. Demgegenüber haben die Sowjets in den Notenwechseln der letzten Jahre immer wieder auf die Potsdamer Beschlüsse Bezug genommen und in ihren „Grundlagen des Friedensvertrages für Deutschland“, die sie den Westmächten am 10. März 1952 vorschlugen, die These verfochten, die Grenzen Deutschlands seien in Potsdam endgültig festgelegt worden. Das Grotewohl-Memorandum wiederholt diese Ansicht. Der gegenwärtige Moment, in dem wir zum Zuschauen verurteilt sind und in dem die Erregung, mit der die Berliner Zusammenkunft erwartet wurde, einer stilleren Atmosphäre gespannter Aufmerksamkeit gewichen ist, ist dazu angetan, daß wir uns Rechenschaft über das Verhältnis der Siegermächte untereinander und gegenüber Deutschland geben.

Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 haben die vier Mächte, deren Armeen unser Land besetzt hielten, gemeinsam die Verantwortung für seine Verwaltung in der Übergangszeit bis zur Bildung einheimischer Regierungsorgane übernommen. Trotz der landläufigen irrigen Vorstellungen ist das Potsdamer Abkommen nicht allein und nicht einmal in erster Linie die Basis der interalliierten Beziehungen in der Nachkriegszeit. In mehreren Deklarationen und Abkommen haben sie ihre Politik gegenüber dem Besiegten und ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten in der Ausübung der Regierungsbefugnisse in Deutschland festgelegt. Die Grundlage ist die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945, in der die vier Mächte aus der totalen Niederlage die Folgerung zogen, die „oberste Gewalt“ gemeinsam auszuüben. Außerdem gehören dazu die Abmachungen vom gleichen Tage über die Einrichtung und Aufgaben des Kontrollrats und die Verteilung der Besatzungszonen. Auf der Potsdamer Konferenz (Ende Juli — Anfang August 1945) errichteten sie einen Rat der Außenminister, der vor allem die Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten übernehmen sollte, und einigten sich über die Grundsätze, denen Deutschland in der Anfangsepoche der alliierten Kontrolle unterworfen werden sollte. Frankreich war zur Teilnahme an der Konferenz nicht aufgefordert worden. Es erklärte sich bereit, im Rat der Außenminister mitzuwirken, beschränkte sich aber im übrigen, wie Bidault auf die Anfrage eines Abgeordneten der französischen Nationalversammlung erklärte, darauf, von den Vereinbarungen Kenntnis zu nehmen und eine Anzahl von Vorbehalten zu machen. Es ist nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß von den Großen Drei, die ein halbes Jahr zuvor in Jalta ihr gemeinsames Vorgehen für die Zeit nach der als unmittelbar bevorstehend angese-

henen Niederlage vereinbart hatten, nur Stalin die ganze Konferenz in der alten Machtstellung erlebte.

Die Grenzbestimmungen, auf die sich die Sowjetunion beruft, sehen vor, daß die USA und Großbritannien bei der Friedensregelung den sowjetischen Vorschlag auf Annexion des nördlichen Ostpreußens durch die Sowjetunion unterstützen werden. Die Festlegung der Westgrenze Polens ist ausdrücklich auf den Friedensvertrag verschoben. Hinsichtlich der vorläufigen Beherrschung dieser Gebiete durch Polen hatte die Sowjetunion zwischen der Berliner Erklärung und der Potsdamer Konferenz ein *fait accompli* geschaffen, das die Westmächte nicht beseitigen konnten, aber nur in der Form einer Verwaltung bis zum Friedensschluß hinnahmen. Von einer endgültigen Festlegung der Grenzen kann also, selbst wenn man die Potsdamer Beschlüsse zur Grundlage der jetzigen Regelung machen wollte, nicht die Rede sein. Daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das Regime der Sowjetzone die völkerrechtliche Lage nicht geändert hat, ist schon um deswillen selbstverständlich, weil dies nur die Parteien des Potsdamer Abkommens hätten tun können.

Über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze von Potsdam ist die Zeit hinweggeschritten. Die Entwicklung nahm nach der anfänglichen Zeit großer Notlage und einer Periode der Durchführung der Wirtschaftspolitik im Sinne der alten Kriegsziele in den Westzonen eine völlig andere Entwicklung als in dem sowjetisch beherrschten Gebiet. Die Politik gegenüber dem deutschen Volk hat gewechselt. Aus der Besetzung zur Sicherung der Sieger ist der Schutz der Besiegten geworden. Der Generalvertrag erkennt diesen tatsächlich seit langem bestehenden Zustand ausdrücklich an. Die Rückkehr zu den wirtschaftlichen Bestimmungen von Potsdam wäre also, falls sie von irgendeiner Seite erstrebt werden sollte, nicht mehr möglich. Wer dennoch auf dem Buchstaben beharren sollte, müßte sich entgegenhalten lassen, daß der III. Teil der Potsdamer Prinzipien für die Anfangsperiode der alliierten Kontrolle vorgesehen war.

Die Basis der Berliner Zusammenkunft kann Potsdam auch um deswillen nicht sein, weil Frankreich, dessen Außenminister auf der Konferenz das klare Profil gezeigt hat, das ihn seit einiger Zeit in der Deutschlandfrage auszeichnet, nicht Partner der Vereinbarungen von 1945 war und ihnen nicht beigetreten ist. Das neueste Heft der Zeitschrift „Außenpolitik“ macht mit Recht auf diesen Umstand aufmerksam.

Worin aber besteht jene ominöse „Viermächtebasis“, von der bei den Debatten über die Bonner Verträge so oft die

Im Sommer 1942 beauftragte der Erzbischof von Paris, Kardinal Suchard, den Abbé Godin, eine Missionierung des Proletariats in seinem Bistum zu versuchen. Neun Jahre darauf hat der römische Kardinal Pizzardo, Präfekt der Studienkongregation, den Bischöfen Frankreichs in einem vertraulichen Schreiben die Mitteilung gemacht, daß es den Theologiestudenten in Zukunft verboten sei, während ihrer Ferien in den Fabriken zu arbeiten. Bald danach hat sich auch der Heilige Stuhl mit dem Problem der Arbeiterpriester beschäftigt. Die Aufgabe, eine Missionierung des Proletariats zu versuchen, bestehe fort, jedoch müsse die Kirche nach anderen Wegen und Formen suchen, sie erfolgreich zu lösen. Das war die Meinung des Heiligen Stuhls.

Von 1943 bis 1953 stieg die Zahl der Arbeiterpriester in Frankreich von sieben auf etwa hundert. In Belgien waren es sieben Kleriker, die in Kohlengruben, in der Glasindustrie oder am Hochofen mit den Arbeitern lebten und arbeiteten, um genau wie ihre französischen Kollegen eine ganze soziale Klasse, das Proletariat, für das Christentum zu „erfassen“. Kapuziner, Jesuiten, Franziskaner und Dominikaner hatten sich ebenfalls zu Staudammarbeiten, in der Automobilindustrie oder als Hafenarbeiter und Seeleute zur Verfügung gestellt. Die Presse nannte die Arbeiterpriester „Stoßtrupp-Christen“, „Fallschirmjäger der Kirche“ oder „Partisanen des Himmels“. Die ersten Reportagen über den apostolischen Wert ihres Werkes brachte die französische Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“ bereits 1946. Die zweite Welle der Publikationen über die Arbeiterpriester setzte ein mit dem Erscheinen von G. Cesbrons Buch „Die Heiligen gehen in die Hölle“. In fast allen Publikationen ist von den Schwierigkeiten die Rede, denen sich die Arbeiterpriester innerhalb des Proletariats gegenübersehen.

Diese Schwierigkeiten bestehen in der Diskrepanz zwi-

Rede war? Die Westalliierten haben im Generalvertrag erklärt, daß sie die von ihnen beanspruchten Rechte hinsichtlich der Truppenstationierung, der Stellung Berlins und der Deutschland als Ganzes angehenden Fragen, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und der friedensvertraglichen Regelung beibehalten wollen. Nur sie sind in der Lage, gemeinsam mit der Sowjetunion die Teilung zu beenden und den Abschluß eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland herbeizuführen. Das Band, das sie mit ihrem einstigen Alliierten verbindet und das zu zerschneiden sie sich hüten, ist die gemeinsame Siegersituation von 1945, die nach Kriegsvölkerrecht gemeinsame Rechte und Pflichten untereinander und im Verhältnis zu Deutschland zur Folge hatte. Die Reste der damals in Anspruch genommenen Besatzungsgewalt müssen liquidiert und normale Friedensbeziehungen zu Deutschland hergestellt werden. Die französische Regierung, die an der Besetzung und der Übernahme der obersten Gewalt gemeinsam mit den drei Großen beteiligt war, ist hier mitspracheberechtigt.

So stehen wir vor der Situation, daß zwar das Potsdamer Abkommen nicht mehr unser Schicksal bestimmt, daß wir aber zur Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland einer gemeinsamen Maßnahme der vier Mächte bedürfen. Ein Zurück hinter das von den Deutschen in der Bundesrepublik erreichte Maß an Freiheit und Selbstregierung darf es allerdings dabei nicht geben. In einem Notenwechsel



**Jdeen,**

*kluge Gedanken, Wachsamkeit, wiegen oft schwerer als Reichtum. Kola Dallmann beschwingt Geist und Körper und macht Müde in wenigen Minuten wach und gedankenfrisch.*

**Kola DALLMANN**  
macht Müde mobil.  
SCHACHTEL MIT 24 TABLETTEN. NUR M. 1,95  
MIT LECITHIN/M. 1,50 IN APOTHEK. U. DRUG.

zwischen dem Bundeskanzler und den drei westlichen Hohen Kommissaren, der Bestandteil des Bonner Vertragswerks ist, wird dies ausdrücklich bestätigt. Da der Vertrag bisher nicht in Kraft getreten ist, fehlt uns ein förmlich anerkanntes Recht. Wir werden indes darauf vertrauen dürfen, daß nicht der Versuch gemacht wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

## Für Heilige off limits

schen „Arbeiter“ und „Priester“. Zu Tage traten sie in der Verhaftung von zwei Arbeiterpriestern am 28. Mai 1952 in Paris, die an Demonstrationen kommunistischer Arbeiter gegen General Ridgway teilgenommen hatten. Aber auch gegen die C.F.T.C. (Christliche Gewerkschaften) nahmen einige Arbeiterpriester durch eine Erklärung Stellung. „Wir halten es“, so heißt es u. a. in dieser Erklärung, „vom Glauben her gesehen für unzulässig, daß eine Arbeiterzentrale, die unentwegt politischen Sonderinteressen gefolgt ist und die sich in ihrem Handeln von einer „eigenen“ Konzeption des Klassenkampfes leiten läßt, sich der Masse der Arbeiter als Ausdruck des Christentums hinstellt und den Glauben in eine Gewerkschaftszentrale einsperrt“... „Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Ringes zeigt uns heute wieder einmal, daß die C.G.T. (kommunistisch beherrschte Gewerkschaft, d. Red.) zu den wahren Interessen des Proletariats steht“. Es ist verständlich, daß eine solche priesterliche Erklärung für eine pro-kommunistische Gewerkschaft die Arbeiter, und zumal die christlich organisierten, in Verwirrung brachte.

Einige Arbeiterpriester sind während der großen Vorjahresstreiks sogar von den Arbeitern zu Führern gewählt worden. Sie übten diese Funktion auch aus, weil sie erkannten, daß das Hauptinteresse der Arbeiter der Politik galt. Um ihr Vertrauen nicht zu verlieren, mußten sie „mitmachen“. Damit aber sah die Kirche das Priestertum in seiner überlieferten Form gefährdet.

Dies hat die Kirche offensichtlich bewogen, die Missionsarbeit der Arbeiterpriester abzubrechen. Erfolgreich war diese Art der Mission ohne Zweifel, wenn sich das auch nicht an der Zahl der Kindtaufen oder dem Besuch der Gottesdienste bemerkbar machte. Aber die Befürchtungen, der Kirche werde durch das politische Auftreten ihrer Arbeiterpriester der Ruf politischer Neutralität genommen, mag gewichtiger gewesen sein, als die Freude an seelsorgerischen Erfolgen.

Die Kirche muß jetzt nach einer neuen Form des Priestertums suchen, die der Realität des Proletariats gerecht wird und deshalb nicht an dem Gegensatz zwischen dieser und der überlieferten Form priesterlicher Tätigkeit scheitert.

Eduard Darsen

Gestützt auf eine jahrzehntelange Erfahrung und mit dem Willen zu fortschrittlicher Leistung arbeiten wir an den Aufgaben, die unsere Zeit verlangt.

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning Frankfurt (M.)-Hoechst



# NACHRICHTEN DER VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

## Sehr geehrte Studenteneltern!

Sie können mit Recht stolz darauf sein, daß Ihr Sohn oder Ihre Tochter sich unter den Studierenden der Johann Wolfgang Goethe-Universität befindet. Und stolz sind auch die jungen Bürger dieser Universität, in der geistigen Atmosphäre der Alma mater, der segenspendenden Mutter, weilen und all das Wissensgut empfangen zu können, das sie als Rüstzeug für das Leben und ihren Beruf benötigen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Universität nach dem furchtbaren Zusammenbruch und der Zerstörung eines großen Teiles ihrer Einrichtungen unter großen Opfern aller Beteiligten — des Staates Hessens, der Stadt Frankfurt und ihrer Bürger — bereits soweit wieder aufgebaut worden ist, daß heute, im ganzen gesehen, der Studierende wieder die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium an der Universität Frankfurt am Main vorfindet.

An dieser Wiederaufbauarbeit hat sich auch ein privater Kreis von Freunden der Universität, die

### „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.“

erfolgreich beteiligt. Im Jahre 1918 gegründet und im Jahre 1950 neu ins Leben gerufen, hat sie in den wenigen Jahren ihres Bestehens dank der finanziellen Stärke ihres mehr als 500 Einzelmitglieder und Firmen zählenden Mitgliederbestandes für die Universität und ihre Studierenden Geldmittel von mehr als einer halben Million D-Mark aufgebracht, eine Summe, die von der Universität als ein willkommener Zuschuß zu den staatlichen und städtischen Mitteln gewertet wird.

Mit ihrer Hilfe wurde die alte Mensa neu ausgebaut und ausgestattet, der große Klubraum im neuen Studentenhaus eingerichtet, ein neuer Aufenthaltsraum im Erdgeschoß geschaffen, das neue Heim in Oberreifenberg zum Teil ausgestattet, wurden weitere Betten für das Studentenhaus beschafft, Lehr- und Lernmittel erworben und zahlreiche Verbesserungen, Verschönerungen und Erleichterungen für die Studierenden ermöglicht.

### Alle Studierenden, Söhne und Töchter, nehmen mittelbar oder unmittelbar an diesen Vergünstigungen teil.

Aber nicht nur die praktischen Aufgaben der Gegenwart müssen erfüllt werden, den „Freunden und Förderern“ liegt es besonders am Herzen — über den reinen Zweckverband hinaus — u. a. auch durch Veranstaltungen der verschiedensten Art, den Geist alter Tradition, den Geist echter Verbundenheit und Freundschaft mit der studierenden Jugend aufrecht zu erhalten und zu vertiefen.

Die für die Erfüllung aller dieser Aufgaben erforderlichen Mittel müssen aufgebracht werden durch die Beiträge und Spenden der Mitglieder und Förderer. Um unseren Mitgliederbestand zu erweitern und damit unsere Finanzkraft zu stärken, möchten wir die Bitte aussprechen:

Machen Sie als Eltern Ihres Studenten uns die Freude, Sie in unseren Freundeskreis aufnehmen zu dürfen. Unser Mitgliederverzeichnis, das Ihnen auf Wunsch zugesandt wird, vermittelt Ihnen Kenntnis von dem großen Kreis der kulturell interessierten Bürgerschaft; darunter befindet sich eine stattliche Anzahl alter Frankfurter Namen. Treten Sie diesem Kreis bei im Interesse der jungen Generation und zum Wohle der Frankfurter Universität und ihrer Einrichtungen.

Sollten Sie aber eine feste Mitgliedschaft nicht erwerben wollen, so nehmen wir gerne und dankbar jede Spende entgegen.

Beiträge und Spenden sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften steuerfrei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Vereinigung von Freunden und Förderern  
der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurt am Main e. V.

Der Vorstand  
gez. Dr. Hans Schmidt-Polex



An die Mitglieder der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität!

Das Wintersemester 1953/54 geht mit dem 27. Februar 1954 zu Ende. Die Semesterferien dauern bis zum 3. Mai 1954. Aus den Kreisen der Studentenschaft und des Asta ist der Wunsch laut geworden, während dieser Ferien praktische Arbeit in Betrieben der Wirtschaft leisten zu können. Wir wären unseren Mitgliedern sehr dankbar, wenn sie prüfen wollten, ob es möglich ist, Studenten während dieser Zeit in ihrem Betriebe zu beschäftigen und ihnen die Gelegenheit zu geben, ihre Studien durch praktische Arbeit zu ergänzen.

Die Geschäftsführung

## Hochschulnachrichten

### Frankfurt

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität verlieh am 27. 1. 1954 dem Professor an der New York Universität, Dr. phil. Graf Richard von Coudenhove-Kalergi, Ehrenpräsident der europäischen Bewegung in Anerkennung seiner Verdienste als Philosoph der europäischen Bewegung die Würde eines Ehrenbürgers der Universität.

Dr. iur. Alfred Lotichius, Ehrenbürger der Johann Wolfgang Goethe-Universität wurde vom Vorstand der Frhr. Carl von Rothschild'schen Stiftung Carolinum zum 1. Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Dr. Lotichius gehört seit 1931 dem Vorstand der Stiftung an.

### Rechtswissenschaftliche Fakultät

An Herrn Prof. Dr. Hans Muthesius, Verwaltungsakademie Köln, wurde ein Lehrauftrag für Sorgerecht, Jugendwohlfahrtsrecht und Recht der Sozialversicherung erteilt.

### Medizinische Fakultät

Herr Prof. Dr. de Rudder wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Vorsitzenden der Fachgruppe „Praktische Medizin“ gewählt. Herr Prof. Dr. Walter Laubender ist zum ordentlichen Professor (Persönlicher Ordinarius) ernannt worden.

An Herrn Dr. Hans Frick wurde die *venia legendi* für das Fach der gesamten Anatomie erteilt.

Umhabilitier haben sich: von Rostock nach Frankfurt Dr. Hans Ritter für das Fach der Inneren Medizin, von Freiburg nach Frankfurt Dr. Hugo Ruf für das Fach der Neurochirurgie.

### Philosophische Fakultät

Die *venia legendi* wurde an Herrn Dr. Ernst Friedrich Ohly für das Fach „Deutsche Philologie“ erteilt.

### Naturwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Karl Krejci-Graf (Geologie und Paläontologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Prof. Ernst Beutler, Ordinarius für neuere deutsche Literaturwissenschaft, insbesondere der Goethezeit und Direktor des Freien Deutschen Hochstifts — Frankfurter Goethemuseum — wurden mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Die Auszeichnung wurde Herrn Professor Beutler durch Seine Magnifizienz den Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität am 31. Januar 1954 in seiner Wohnung überreicht.

### Katholische Studentengemeinde

**Werkwoche der KDSE — Region Mitte:** 22.—28. Februar 1954, Oberreifenberg/Ts., Thema: „Der katholische Akademiker, Grundhaltungen und Fehlhaltungen heute“. Referent: P. Freiburg S. J., Göttingen. (3,50 DM)

**Exerzitien für Studentinnen:** 24. Februar bis 1. März 1954, Braunshardt b. Darmstadt, P. Franz zu Löwenstein, Erlangen (15.— DM).

**Exerzitien für Studenten:** 26. Februar bis 1. März 1954, Limburg/L., P. v. Schönfeldt S. J., Pfm. (15.— DM).

**Semesterschlußgottesdienst,** Sonntag, den 21. Februar 1954 in der Aula der Universität.

### Evangelische Studentengemeinde

**Gottesdienste:** Jeden Sonntag 10 Uhr und Mittwoch, 24. 2. 1954, 19.15 Uhr Kapelle im Studentenhaus.

### Technische Hochschule Darmstadt

Prof. Dr.-Ing. Kurt Mayer wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Fördertechnik und Lasthebemaschinen berufen.

Dr. Hans Plieninger erhielt die *venia legendi* für Organische Chemie erteilt.

Auf Antrag der Fakultät für Maschinenbau wurde Herrn Karl Hölzer, Solingen, in Anerkennung seiner ideenreichen und bahnbrechenden Arbeiten zur Verbesserung der Maschinenkonstruktionen für die Kalt- und Warmformung metallischer Werkstoffe die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen.

In Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der konstruktiven und versuchsstechnischen Grundlagen des Stahlbrückenbaues, insbesondere für die Anwendung der neuzeitlichen Schweißtechnik auf Eisenbahn-Fachwerkbauwerke, wurde Ministerialdirigent Dipl.-Ing. Eugen Ernst die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen.

Direktor Dr.-Ing. Paul Antrup, Frankfurt/Main, wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die Einführung elektrischer Filter für die Reinigung von Industriegasen die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Prof. (em.) Dr.-Ing. Emil Kammer erhielt für seine Verdienste auf dem Gebiet der Stabstatik von der Technischen Hochschule München die Würde eines Dr.-Ing. E. h.

### Gießen

Für das Amtsjahr 1954/55 (l. 4.—31. 3.) hat die Naturwissenschaftliche Fakultät den Ordinarius für Zoologie, Professor Dr. W. E. Ankel, zum Dekan gewählt. Sitzungsgemäß übernimmt der derzeitige Dekan, der Ordinarius für Mathematik, Prof. Dr. E. Ullrich, das Amt des Prodekanen.

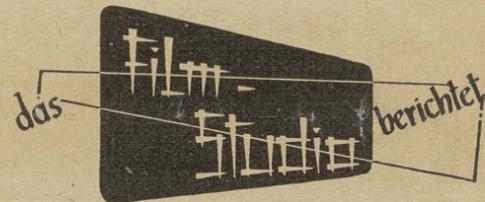
Die Landwirtschaftliche Fakultät hat den Ordinarius für Tierzucht, Prof. Dr. L. Krüger, zum Dekan gewählt und den Ordinarius für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Prof. Dr. M. Rolfes, zum Prodekanen.

Die Veterinärmedizinische Fakultät hat den Ordinarius für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde, Prof. Dr. H. Keller, zum Dekan wiedergewählt. Zum Prodekan wurde der Ordinarius für Veterinärchirurgie, Prof. Dr. E. Berge, gewählt.

Die Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung hat den Ordinarius für Physiologie, Prof. Dr. R. Thauer, zum Dekan wiedergewählt. Zum Prodekan wurde der Ordinarius für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Prof. Dr. R. M. Bohnstedt, gewählt.

Dr. Heinrich Breitenfelder, Privatdozent für Orthopädie, Landesmedizinalrat, Chefarzt der Orthopädischen Landesklinik Kassel, erhielt einen Ruf als Ordinarius für Orthopädie und Direktor der Orthopädischen Klinik der Universität Leipzig. Die Berufung erfolgte *primo et unico loco*. Herr Dr. Breitenfelder hat die Berufung abgelehnt.

Professor Dr. Valentin Horn, Ordinarius für Veterinär-Physiologie und Rektor der Justus Liebig-Hochschule Gießen, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Veterinär-Physiologie an der Tierärztlichen Hochschule Hannover als Nachfolger von Professor Trautmann erhalten.



In den letzten zwei Jahren ist der Name Film-Studio ein Begriff geworden; nicht nur an unserer Universität. Nach dem Frankfurter Vorbild sind an mehreren Universitäten Studios gegründet worden, die sich im vergangenen Sommer zu der „Film-arbeitsgemeinschaft an den deutschen Hochschulen“ zusammenschlossen und Frankfurt mit der Geschäftsführung beauftragt haben.

Den Anstoß gab der Film, den Horst Blüm vom Sommerfest der Universität in St. Goar drehte. Um auch künftig wichtige Ereignisse an unserer Universität im Film festzuhalten, gründete er mit mehreren interessierten Studentinnen und Studenten das Film-Studio. Seine Arbeit begann mit einer regelmäßigen Semeesterschau. Dieses Vorhaben ist auch geglückt; am 12. Januar dieses Jahres wurde die „Pupille IV“ im Festsaal uraufgeführt. Damit ist Frankfurt die erste deutsche Universität, an der neben einer Zeitung auch der Film seine Rolle als Dokument spielt.

Um aber damals die Arbeit aufnehmen zu können, fehlte alles, nämlich: eine Kamera, Rohfilmmaterial, ein Arbeitsraum, Lampen und natürlich Geld. Es ist in erster Linie dem damaligen Rektor, Herrn Professor Dr. Horkheimer zu danken, daß nach und nach diese Dinge angeschafft werden konnten. Nur eins konnte auch er nicht geben — die Erfahrung. Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich mit der Materie „Film“ näher vertraut zu machen, wurden jedem Mitglied fünf Meter Film (gleich 40 Sekunden) für eine kleine Studie zur Verfügung gestellt. Das gemeinsame Thema lautete „Jemand erhält eine Nachricht“. Zehn Studenten verfaßten ein Drehbuch, leuchteten ihre Szenen aus, drehten sie und schnitten sie schließlich zu einer kleinen Handlung zusammen. Im vergangenen Sommer wurde erneut eine Studie gedreht; ihr Thema lautete „Ein Spaziergang“.

An diesen Studien lernten die Mitglieder des Film-Studios so viel, daß sie sich nun schon an größere Aufgaben wagen konnten.

Als während des vergangenen Semesters mehrere Mitglieder des Film-Studios in Paris studierten, entstand dort in Gemeinschaftsproduktion ein Film über die Seinstadt, der in diesem Frühjahr aufgeführt wird. Auch ein wissenschaftlicher Film über die Arbeit des Senckenberg-Museums geht seiner Vollendung entgegen. Bei weiteren Filmen sind die Dreharbeiten bereits im Gange.

Die größten Schwierigkeiten bereitet noch die Synchronisation, da der Lichtton zu teuer ist und für Schmalfilme bisher noch kein anderes brauchbares Verfahren entwickelt wurde. So hilft sich das Film-Studio mit dem Magnetton. Dieses Verfahren hat jedoch den Nachteil, daß der Projektor und das Magnetophongerät getrennt laufen und so Differenzen zwischen Bild und Ton auftreten können. Zur Zeit arbeiten zwei Techniker des Film-Studios getrennt an zwei verschiedenen Systemen, um diese Differenzen auszugleichen. Wenn eines davon zum Erfolg führt, kann auch die Produktion von Spielfilmen in Angriff genommen werden.

Der Filmfreundekreis des Film-Studios hat sich zur Aufgabe gestellt, seinen Mitgliedern selten gewordene gute Filme zu zeigen. Die Mitglieds- und Besucherzahlen der Mittwoch/Donnerstagvorstellungen im Festsaal des Studentenhauses wachsen ständig. Daneben veranstaltet das Film-Studio Vorträge über den Film, seine Geschichte und seine Stellung in der Kunst.

K. H. Hattemer



The British Centre  
„Die Brücke“  
Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48  
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

### Auszug aus unserem Februarprogramm zur Veröffentlichung bestimmt.

#### A) Vorträge:

In Verbindung mit dem englischen Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität im Hörsaal F der Universität.

**Freitag, den 12. Februar 1954, 18 Uhr, „East African Problems“**, Miß Marjorie PERHAM, Fellow in Imperial Government, Nuffield College, Oxford.

**Montag, den 15. Februar 1954, 18.30 Uhr, Lichtbildervortrag**, Dr. Max GROTEWAHL, Leiter des Archivs für Polarforschung, Kiel, „Ein Jahr unter Eskimos“.

**Dienstag, den 16. Februar 1954, 20.00 Uhr, Klavierabend**, Eric HOPE, London spielt Werke von Arne, Debussy, John Field, Arthur Benjamin, Peter Wishart und Liszt.

#### B) Play Readings:

4. Februar 1954, 20.00 Uhr

18. Februar 1954, 20.00 Uhr

#### C) Colloquium:

17. Februar 1954, 18.30 Uhr

on English literature, 24. Februar 1954, 18.30 Uhr

Im Kino finden täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Unsere Play Reading Group trifft sich zweimal monatlich donnerstags in der Bibliothek zum Play Reading.

Bitte, fordern Sie schriftlich oder mündlich unser Monatsprogramm.

# „Ich hab' meine Tante geschlachtet, meine Tante war alt und schwach.“\*

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges schien es so, als ob eine jahrhundertelange währende Gesellschaftsordnung den Zusammenbruch der Besiegten nicht überdauern könnte, als ob diese Gesellschaftsordnung selbst in den Ländern, die aus dem Krieg siegreich hervorgegangen waren, in den Grundfesten erschüttert sei. Es schien, als ob aus dem Zusammenbruch der Besiegten eine neue Gesellschaftsform hervorgehen würde, die sozialistische Gesellschaft. In Rußland ergriffen die Bolschewisten die Macht, und die Vorstellungen, die heute mit dieser Gesellschaftsform verbunden werden, schreckten in jener Zeit nur sehr wenige Menschen ab, die darin vielmehr den ernsthaften und chancenreichen Versuch eines sozialistischen Experiments sahen. In Deutschland schien die sozialistische Idee für eine, wenn auch nur kurze Zeit, endgültig zum Siege zu schreiten. Selbst prominente deutsche Unternehmer, von denen noch heute einige leben, machten sich damals für die Abschaffung des Erbrechts, der Sozialisierung der Kohlenindustrie und der Verstaatlichung der Banken. So weit strahlte der Einfluß sozialistischer Ideen aus, daß das Proletariat plötzlich Unterstützung sogar bei einzelnen Unternehmern fand. Als Hitler die nationalsozialistische Partei gründete, mußte auch er das Wort Sozialismus in seinen Parteinamen aufnehmen. Zwölf Jahre später bewies er seinen Finanzierern, daß nur so Aussicht für seine und ihre Ziele bestand. Daß sein Sozialismus die Perversion dieses Begriffes war, daß er ihn entleerte und diffamierte, hat nichts daran ändern können, daß er im wesentlichen mit dieser Parole in Deutschland an die Regierung gelangt ist.

## Die Idee ist verschollen ...

Heute ist die Idee des Sozialismus verschollen. In Westdeutschland gibt es noch eine Partei, die stark genug wäre, sozialistische Ziele zu formulieren und den Sozialismus im Parlament zu vertreten. Aber die Sozialdemokratie spricht nicht mehr darüber, ob sie noch den Sozialismus will oder nur die Mehrheit im Parlament.

Als jene Idee zum ersten Male sich in politische Aktion umsetzte, formulierte sie ein Ziel: die Umgestaltung der Gesellschaft, die Ablösung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch eine sozialistische. In jener Zeit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhundert wurde die Idee des Sozialismus zur „materiellen Gewalt“, da sie „die Massen ergriff“. Ihre theoretische Formulierung, der wissenschaftliche Sozialismus, galt vor dem ersten Weltkrieg als Gegenwissenschaft gegen die offizielle Wissenschaft. Die Theoretiker dieses Sozialismus waren „renommierte“ Leute; Engels war Fabrikant, Marx Doktor der Philosophie und mit Lassalle hatte selbst Bismarck einmal als koalitionsfähig verhandelt. Zum Vorwurf machte man dem Sozialismus, daß er die Wissenschaft mit Agitation vermischte. Die Kathedersozialisten und nach ihnen der stürmische Privatdozent Werner Sombart versuchten daraufhin, die Agitation zu eliminieren, und schufen so Übergänge zur bürgerlichen Wissenschaft. Aber der wissenschaftliche Sozialismus, mit seinen Voraussagen über den Zusammenbruch einer bürgerlichen Gesellschaft und mit der gefährlichen, in der Tendenz immer revolutionären Ermunterung der Arbeiterbewegung wurde durchaus zu Recht empfunden als eine Bedrohung der bestehenden Gesellschaftsform. Er wurde verstanden und gewollt als eine neue Gesellschaftsform, die die Beseitigung der bestehenden voraussetzte. Allein die Bedrohung, die von ihm ausging, genügte, um ihn in der Diskussion von der Tagesordnung nicht abtreten zu lassen.

Die Diskussion, die nach den Wahlen vom 6. September

1953 in der Sozialdemokratie eingesetzt hat, nimmt von dieser Idee des Sozialismus kaum noch Notiz. Nicht ob, geschweige denn wie die bestehende Gesellschaftsordnung beseitigt werden soll, steht zur Debatte. Vielmehr propagiert sich die SPD als die Partei der „wirtschaftlich Schwachen“ innerhalb dieser Gesellschaftsordnung, denen sie helfen will, ihren Anteil am „Kuchen des Sozialprodukts“ zu erhöhen. Wie er gebacken wird, bleibt außer Diskussion. Die SPD bekennt sich als eine Verfassungspartei und spricht darum nicht mehr von einer Umgestaltung der Gesellschaft.

## ... die Parole gefährlich

Eine Parole „Umgestaltung“ klänge heute aus zwei Gründen gefährlicher als früher. Diese Parole bedeutete ehemals eine Veränderung im Sinne eines prinzipiell möglichen Fortschritts. Diese Hoffnung auf Fortschritt wird heute bestritten, weil sie zweimal bereits — faschistisch und bolschewistisch — widerlegt wurde und diese Erfahrung äußerst korrumpierend gewirkt hat. Zumal die Realität des Bolschewismus wirkt als Gegenbeweis gegen die Möglichkeit des Sozialismus. Um diesen Vorwürfen zu entgehen, hat die Sozialdemokratie aus ihrem Programm nahezu alle sozialistischen Ziele entfernt, vielleicht mit der einen Ausnahme der Planwirtschaft, die kein Privateigentum der Sozialisten mehr ist. Und dieses Ziel ist kaum theoretisch umrissen, denn es gibt so gut wie keine wissenschaftliche Auseinandersetzung zumal über die soziologischen und psychologischen Erfahrungen, die bisher mit der Planwirtschaft, ihren Funktionären und ihren Betreuten gesammelt werden konnten. Für diese nicht mehr vorhandenen sozialistischen Inhalte in ihrem Programm hat die SPD keine anderen Gedanken entwickelt oder propagiert, die eine sozialistische Gesellschaft als möglich erscheinen läßt und die auch als eine klare Alternative zur bolschewistischen Lösung erscheint. Im Gegenteil scheinen alle Thesen, die die Sozialdemokratie vertritt, immer mehr von den ursprünglichen sozialistischen Zielen hinwegzuführen. Heute verläßt sich die SPD schon nicht mehr auf die politische Kraft der Arbeiterklasse, sondern gründet Arbeitsgemeinschaften der „Selbständig Schaffenden“ d. h. der kleinen Unternehmer, innerhalb der Partei und zielt mit ihrer ganzen Politik mehr und mehr darauf ab, die Klassen miteinander zu versöhnen.

Zum anderen ist die Parole des Sozialismus deswegen gefährlicher geworden, weil sich heute niemand vorstellen kann, wie der Gedanke einer Selbstverwaltung der Gesellschaft realisiert werden könnte. Die bisherigen Erfahrungen mit der Planwirtschaft haben zumindest eines bewiesen, daß sie nämlich in der Konkurrenz zu einer privatwirtschaftlichen Wirtschaft nicht unbedingt besser für das allgemeine Wohl funktioniert, und die Funktionäre ebenso wie die Manager nicht für eine abstrakte Gesellschaft handeln, sondern im Interesse kleiner Gruppen, gleichviel ob diese Staat, Betrieb oder Partei heißen, und also die vorhandenen Gegensätze in der Gesellschaft weiterverwalten. Ein anderer Gedanke als der der Planung ist bisher von der Sozialdemokratie nicht entwickelt worden und damit lastet der Mißkredit auf ihr, in den dieser Begriff durch die faschistische und bolschewistische Planung geraten ist. Natürlich ist der Einwand richtig, daß diese Gesellschaftsformen eben keine sozialistischen sind, aber bestehen bleibt doch das Problem, wie eine andere Planung ermöglicht werden soll, die die bitteren Erfahrungen, die bisher damit gesammelt worden sind, vermeidet.

Natürlich sind die Regierungsparteien der Bundesrepublik, vor allem die CDU, davon überzeugt, daß ihre Politik beweise, welche Ideen heute die des Sozialismus abgelöst

haben, und daß es sinnlos sei, einer nicht erfüllten Idee nachzutruern, deren illusorische Natur sich inzwischen herausgestellt habe. Das Wahlergebnis vom 6. September scheint ihnen recht zu geben. Aber wenn man die Parolen anschaut, die diese Politik für sich sprechen läßt, dann findet man, daß in ihnen sehr viele sozialistische oder aus der propagandistischen Konkurrenz gegen den Sozialismus entstandene Ideen versteckt sind: soziale Marktwirtschaft, soziale Partnerschaft, Ausgleich der Klassengegensätze. So gewann der Begriff „sozial“ seine heutige Bedeutung aus einer Konkurrenz dem Sozialismus gegenüber, dessen Einfluß auf die Arbeiter verringert werden mußte. Man hatte erkannt, daß ein bloßes „Dagegensein“ nicht genügte, man mußte dem Sozialismus das Monopol der faszinierenden Idee nehmen, um seine Macht zu brechen. Der Verein für Sozialpolitik und die Arbeit des Bischofs Ketteler sind Beweis für die Bedeutung des „Sozialen“, die in jener Zeit auch von den Gegnern des Sozialismus entdeckt wurde, weil der Sozialismus dazu zwang. Der Begriff des Sozialpartners enthält dagegen nicht nur etwas Soziales, sondern etwas spezifisch Sozialistisches. Denn er bedeutet die Aufgabe des Standpunktes; daß der Unternehmer Herr im Hause ist, und die Durchlöcherung des Eigentumsbegriffs, mit dem die Funktion eines Arbeitsdirektors nicht mehr zu vereinbaren ist.

Aber diese Wirkungen sozialistischer Ideen zeigen doch etwas sehr Merkwürdiges: Sie führten zu einem „preußischen Sozialismus“, der zwar „alles für das Volk, aber nichts mit dem Volk“ zu erreichen sucht, einem Sozialismus, der durch seine Umdeutung und Auslegung von seinem einstigen Sinne alles eingebüßt hat, und so seinen Gegnern Parolen vererbte, die heute mehr politische Wirkung zeitigen als die Parolen der Sozialisten.

Während so die wissenschaftlichen Theorien, die die Grundlage für die heutige Regierungspolitik bilden, sich mitorientieren an ursprünglich sozialistischen Erkenntnissen, nehmen die wissenschaftlichen Thesen, die innerhalb der SPD heute einen immer höheren Kurswert erlangen, wie zum Beispiel die „Marktwirtschaft von links“, ihrerseits Anleihen bei der Wissenschaft ihrer Widersacher, deren Zweck es gerade ist, revolutionäre Situationen zu verhindern und damit die Möglichkeiten einer Umgestaltung der Gesellschaft überhaupt auszuschalten.

## Das umgekehrte Schema

Früher war dieses Schema umgekehrt. Die bürgerliche Wissenschaft argumentierte aus einer Anti-Stellung gegen den Sozialismus, um zu beweisen, daß Sozialismus unmöglich oder verderblich sei. Der Sozialismus bestimmte die Richtung der Diskussion. Gewiß gab es auch damals Perioden, in denen die Ziele des Sozialismus von einigen seiner Anhänger abgeschwächt wurden, in denen man glaubte, seine Ziele auch dann erreichen zu können, wenn man auf eine Umgestaltung der Gesellschaft verzichtete. Aber die Folgen der Krisen, von denen die kapitalistische Wirtschaft immer wieder erschüttert wurde, gingen so tief in das Bewußtsein der von ihnen Betroffenen ein, daß sie, gleichsam aus einem verlängerten Geschichtsbewußtsein heraus, fühlten und ahnten, diese Gesellschaft müsse man ändern, um Krisen und alles das, was damit im Zusammenhang stand, unmöglich zu machen. Das gab immer wieder den Anstoß dazu, die Ziele des Sozialismus in das Bewußtsein der Menschen zurückzurufen.

Seit fast 25 Jahren hat es keine Krise mehr gegeben, die die Menschen in ihren Auswirkungen mit solcher Wucht getroffen hat, wie die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30iger Jahre. Das Bewußtsein darüber, was wirtschaftliche Krisen bedeuten, schwindet mehr und mehr. Die jungen Menschen kennen davon nur vom Hörensagen. Mit dem Schwinden dieses Bewußtseins scheint zu schwinden die Möglichkeit überhaupt, noch heute sozialistische Ziele anzustreben. Heute wird sie geschlachtet, von den einzigen Erben, die diese Idee noch als politische Parole zum Ziel einer Partei machen konnten.



# BETON- UND MONIERBAU

AKTIEN-GESELLSCHAFT

NIEDERLASSUNG FRANKFURT AM MAIN

BEETHOVENSTR. 17

TEL. 77236/37 / 71344

\*) Aus der Ballade „Der Tantenmörder“ von Frank Wedekind.

# "SCHÖNES BILD VON ALTER DEUTSCHER TREUE"

Ein Festkommers der Akademikerverbände in Frankfurt

Zum erstenmal seit 20 Jahren hat die Vereinigung der 18 Akademikerverbände in der Frankfurter Kongreßhalle eine gemeinsame nicht öffentliche Kundgebung veranstaltet. Im vergangenen Jahr war eine ähnliche Veranstaltung nicht zustande gekommen, weil die Stadt Frankfurt und der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Bedenken gegen ein solches Unternehmen erhoben hatten. Jetzt durften die Veranstalter, neben zahlreichen Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, auch einen Dozenten als Vertreter der Frankfurter Universität, nebst den drei Vorsitzenden des Asta als Ehrengäste begrüßen. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Dr. h. c. Kolb, wünschte schriftlich „guten Verlauf“. Er selbst weilte bei den Turnern.

30 Burschen in festlichem Wuchs führten 10 Fahnen ein, einige mit über 100jähriger Tradition, voran eine Kopie der alten Burschenschaftlerfahne des Wartburgfestes von 1817. (Die alte Fahne selbst muß — wie betont wurde — derzeit hinter dem eisernen Vorhang falscher Propaganda dienen). 1800 Alte Herren und Aktive erhoben sich zu Ehren der Toten und Gefangenen, Opfern einer harten Politik, wie der Vorsitzende, Dr. Thüre, es ausdrückte.

Unkenntnis der wahren Dinge sei es, so führte er weiter aus, die zu den schweren Anwürfen von hochschulpolitischer und öffentlicher Seite und Ablehnung der alten studentischen Gemeinschaftsformen durch einen großen Teil von Berufsständen Anlaß gebe. Der Redner sprach dann von seiner Freude über die Einmaligkeit und Geschlossenheit der Veranstaltung in Frankfurt. Er bezeichnete sie als gutes Omen, wünschte aber daß dieses

Zusammenstehen sich nicht in einem Festkommers erschöpfen möge.

Sein besonderer Gruß galt der deutschen Frau — Hüterin von Sitte und Zucht — in absentia, die bei ähnlichen Kommerssen die Galerie schmückte, jetzt aber infolge Raummangels leider nicht anwesend sein könne.

Großer Beifall unterstrich die folgende Feststellung, daß sich die Korporationen ihrer Verpflichtung bewußt seien, eine von höchster sittlicher Verantwortung getragene Erziehungsarbeit zu leisten, die über die Aufgaben der Hochschule hinausgehe. Die Kundgebung stehe unter dem Wahlspruch Ullrich von Huttnus: „Wir träumen nicht von alter Zeiten Glück, wir brechen durch und schauen nicht zurück“.

Symbolisch schloß sich daran ein Liedvortrag von Theodor Körners: „Die Eiche“. Das Gedicht gipfelt in der Strophe:

Schönes Bild von alter deutscher Treue,  
Wie sie befreite Zeiten angeschaut,

Wo in freudig kühner Todesweihe  
Bürger ihre Staaten festgebaut. —

Ach, was hilft's, daß ich den Schmerz erneue?  
Sind doch alle diesem Schmerz vertraut!

Deutsches Volk, du herrlichstes vor allen,  
Deine Eichen stehn, du bist gefallen!

Staatsminister a. D. Dr. Hofmeister (Deutsche Burschenschaft) wandte sich in seiner Festrede gegen die landläufige Auffassung, die Korporationen seien reaktionär. „1954 liegen die Dinge genau so wie 1922“, erklärte er dazu. Nur die Korporationen seien in der Lage, Erziehungsaufgaben zu übernehmen, die sonst der Hochschule zufielen. Beiläufig bemerkte er zu der den Korporationen vorgeworfenen Protektion: „Im Raume der Politik gibt es mehr Protektion“. Wenngleich der Festredner „dies als Politiker und Landtagsabgeordneter durchaus beurteilen kann“, so mag doch bezweifelt werden, ob die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion eine so freimütige Äußerung ihres Mitgliedes billigen würde.

Den unpolitischen oder politisch neutralen Sinn der Korporationen unterstrich die Erklärung, „welch ein Vorteil es doch für die kleinen Hochschulstädte ist, wenn sie in den verschiedensten studentischen Farben und Fahnen prangen, und daß es für den Fremdenverkehr nichts Kostlicheres gibt, als die Mannigfaltigkeit des studentischen Korporationslebens“.

Anschließend stiegen die drei Strophen des Deutschlandliedes.

Als dann die Aktivitas das Präsidium übernahm, wurde die Stimmung weniger vaterländisch. Auch äußerten einige Korporierte dem nicht korporierten Gast gegenüber eine gewisse Enttäuschung, daß der Abend etwas zu sehr unter dem Einfluß und den Intentionen der Altherrenschaft stände, wie auch verschiedene die Art der Durchführung dieses Festkommers durch die Deutsche Burschenschaft, in deren Händen die Gesamtorganisation lag, als etwas zu national gefärbt ansahen. Wieweit diese Ansicht die der Jugend allgemein ist, muß dahingestellt bleiben.

## Das Frankfurter Wahlergebnis

Bei den Wahlen zum Frankfurter Studentenparlament am 10./11. und 12. Februar machten von 5952 Wahlberechtigten 2254 (37,9%) von ihrem Stimmrecht Gebrauch: med. 40,1%, iur. 39,5%, phil. 36,7%, rer. nat. 47,6% und Wiso. 32,2%. Gewählt wurden:

Medizinische Fachschaft: Dorn, Anneliese; Reichel, Klaus;

Juristische Fachschaft: Schweikhardt, Gernot; Weber, Magnus;

Philosophische Fachschaft: Scharfenberg, Christel; Reiningger, Karl Heinz; Schreiner, Hanns; Kutschki, Norbert;

Naturwissenschaftliche Fachschaft: Urbach, Hans; Vollmer, Renate; Brandt, Reinhard; Foecking, Otto;

Wiso-Fachschaft: Berg, Else; Faquhar, David; Wurzel, Hans; Stock, Reinhold; Wilkening, Werner; Weigel, Bernhard; Gebauer, Otto; Gry, Wolfgang.

Vier Barrikaden (Fortsetzung von Seite 2)

meinschaftslebens zu erklären. So wäre es — ich spreche ausdrücklich als Nichtkorporierter — wohl das beste, wenn die de facto nicht mehr angewandten Tübinger Beschlüsse nun auch de jure aufgehoben werden. —

Ein dann beginnendes Gespräch darf sich seine Sache jedoch nicht so leicht machen, wie es die Hinwegräumung der Hindernisse vor seinem Beginn sein könnte. Es ist dann, wie das auch Herr Gruppe tut, die Frage zu stellen nach der Stellung des Akademikers in der Gesellschaft und nach einer richtigen Vorbereitung durch das studentische Gemeinschaftsleben. Mir scheint die These von der feindseligen Außenwelt und der damit zusammenhängenden Aggressivität des Akademikers übertrieben. Daß sich Akademiker in abhängiger Stellung in der Industrie enger zusammenschließen, ist eine durchaus natürliche Erscheinung, denn sie sind weder Arbeitgeber, noch werden ihre Interessen von der die Arbeiter repräsentierenden Gewerkschaft hinreichend vertreten.

Es ist auch nicht richtig, den Studenten immer wieder auf die „ungeheure Vorleistung an Volk und Staat“ hinzuweisen, denn er könnte ja einmal auf den Gedanken kommen, einen Vergleich zu ziehen, was denn der Staat seinerseits für ihn „vorleistet“. Eine solche Bilanz könnte nicht eben günstig für einen Staat ausgehen, der beispielsweise durch Entzug steuerlicher Vergünstigungen die Mensapreise in die Höhe treibt und dann an das idealistische Gefühl der Studenten mit der Bitte um Vorleistung appelliert.

Man soll die Hochschulgemeinschaft nicht bedrohter hinstellen, als sie wirklich ist. Was aber das Treffliche an dem Artikel von Herrn Gruppe ist: seine Schilderung der Situation im studentischen Gemeinschaftsleben. Gewiß, es herrscht doch allmählich eine annehmbare Achtung und Toleranz voneinander. Aber ist eine Toleranz mit dem negativen Kennzeichen einer bloßen „Nicht-Feindseligkeit“ zur Herstellung einer Hochschulgemeinschaft ausreichend? Sie wird genau so unzureichend sein, wie der in der Politik in der letzten Zeit sehr oft zitierte „Kalte Frieden“. Gäbe es dagegen eine echte Verständigung, dann bräuchten „freie“ Studenten nicht „bedrückt“ auf die „Machtergreifung“ der Korporationen zu warten, und diese hätten wiederum keinen Grund zum Triumph.

Wilhelm Hick, Frankfurt

## Hilfe für Flüchtlingsstudenten

Im November 1953 trafen sich in Bonn Vertreter des VDS und aller studentischen Vereinigungen zu einem Gespräch über Hilfsmöglichkeiten für die Flüchtlingsstudenten, die Weihnachten in einem Lager verleben mußten.

Entsprechend einem Beschluß dieser Konferenz wurde an der Universität Frankfurt unter der Regie der evangelischen Studentengemeinde eine Geldsammlung für die Flüchtlingslager Zeilsheim, Griesheim und Hanau durchgeführt.

Der Ertrag von 606,28 DM wurde zu Weihnachten an die dort wohnenden Studenten verteilt.

Auch in Zukunft sollen Sammlungen mit diesem Zweck durchgeführt werden, um diesen Kommilitonen durch die Behebung der größten materiellen Sorgen eine bessere Basis für die oft schwierige geistige Orientierung an den westdeutschen Universitäten zu schaffen.

## Von Frankfurt bis nach Ägypten

Das Frankfurter Komitee des World University Service e. V. (WUS) hat jetzt auch Auslandsreisen in sein Programm aufgenommen, u. a. die traditionellen Parisfahrten des Asta.

Nachstehend eine chronologische Übersicht mit Fahrpreisen:			
bis	19. 4.	Skilager, Kl. Walsertal	12 Tage 125,— DM <sup>1)</sup>
10. 4.—25. 4.	4.	Spanien—Marokko	23 „ 305,— „
19. 4.—25. 4.	4.	Süddeutschland	7 „ 60,— „
29. 4.—3. 5.	5.	Frankreich (Elsaß—Vogesen)	5 „ 65,— „
30. 4.—6. 5.	5.	Frankreich (Paris)	7 „ 45,— „ <sup>2)</sup>
21. 5.—27. 5.	5.	Süddeutschland	7 „ 65,— „
30. 5.—12. 6.	6.	Schweiz—Österreich—Oberitalien	14 „ 110,— „
5. 6.—11. 6.	6.	Frankreich (Paris)	7 „ 45,— „ <sup>2)</sup>
5. 6.—13. 6.	6.	Frankreich (Nordfr. Kathedralen) und Paris	9 „ 95,— „
5. 6.—13. 6.	6.	Wien	9 „ 85,— „
16. 7.—25. 7.	7.	Wien	10 „ 85,— „
31. 7.—13. 8.	8.	England	14 „ 90,— „ <sup>2)</sup>
21. 8.—12. 9.	9.	Italien (Florenz—Rom—Venedig)	23 „ 150,— „
17. 9.—26. 9.	9.	Wien	10 „ 85,— „
18. 9.—9. 10.	10.	Spanien (Balearen—Madrid)	22 „ 245,— „
Dez. 54—Jan. 55	55	Ägypten (geplant)	ca. 25 „ ca. 1500,— „ <sup>1)</sup>

1) Mit Unterkunft und Verpflegung.

2) Sonderpreise für Studenten und Schüler.

Näheres an den Anschlagbrettern im Studentenhaus. Sonderprogramme, Reisebedingungen und Anmeldeformulare können angefordert werden.

Postanschrift: B. Sündermann, Frankfurt I, Postfach 1/501.

Sprechzeiten: Mittwoch 15—16.30 und Freitag 12—13 Uhr im Studentenhaus I, Stock, Zimmer 109 (Internationaler Treffpunkt).  
Telefon: nur über 9 39 08 täglich von 12—13 Uhr.

## Bundesmittel für Studentenheime!

Daß von allen sozialen Problemen das des Wohnungsbaus das vordringlichste und bedeutendste sei, ist uns oft versichert worden. Mit seinen Segnungen sind fast alle Schichten vertraut gemacht worden — bis auf die kleine, zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallende der Studenten, die dafür in Anspruch nehmen kann, am untersten Ende der sozialen Stufenleiter zu stehen. Die letzten Umfragen beweisen das.

Gerade aber weil sie das finanziell schwächste Glied der Gesellschaft sind, leiden sie am allerstärksten unter den hohen Preisen, die heute auf dem freien Wohnungsmarkt üblich geworden sind. Der durchschnittliche Mietpreis für Studentenzimmer beläuft sich augenblicklich hier in Frankfurt auf etwa 55,— DM. Rechnet man dazu noch — wenigstens für die Wintermonate — 12,— DM für Straßenbahn und 15,— DM für Heizung, so bedeutet das, daß für die überwiegende Anzahl unserer Kommilitonen der väterliche Zuschuß gerade ausreicht, die fixen Kosten zu decken. Denn die letzten Umfragen ergaben, daß mehr als die Hälfte mit einem Monatswechsel von weniger als 100,— DM auskommen müssen.

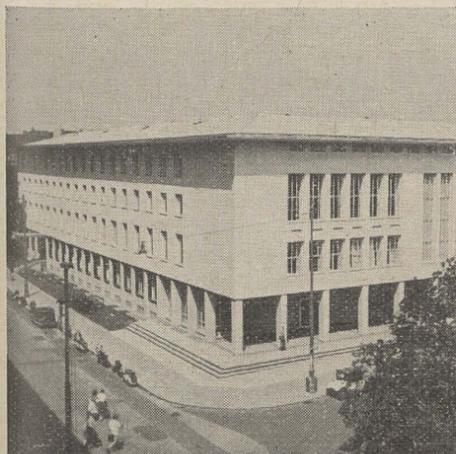
Wenn man bedenkt, daß ein ständig wachsender Teil der Arbeiterschaft in neuerbauten Werkwohnungen untergebracht werden kann, für die der durchschnittliche Mietpreis nicht mehr als 65,— DM beträgt, dann stimmt der Vergleich nachdenklich. Vor allem, wenn man dabei in Betracht zieht, daß die Mietsätze für Altbau-Wohnungen noch ganz erheblich niedriger liegen. In einer norddeutschen Bergarbeitersiedlung protestierten erst kürzlich die Bewohner, weil die Grubenleitung den Mietpreis für eine Vierzimmerwohnung von 12,— auf 24,— DM erhöhen wollte.

Während also ein junger Arbeiter, der das Glück hat, eine Derizimmer-Neubauwohnung beziehen zu können, dafür weniger als 20% seines Monatslohns aufzuwenden braucht, muß man es dem Studenten zu, für ein nicht geschmackvoll oder auch nur zweckentsprechend möbliertes Zimmer mehr als die Hälfte seines festen Zuschusses zu opfern.

Daß dieser Zustand auf die Dauer unerträglich ist, bedarf keiner Diskussion. Auch dann nicht, wenn man etwa einwendet, daß die Studentenzeit ja nur eine Übergangsperiode bedeutet. Es bleibt die Frage, wie das Mißverhältnis zwischen Monatswechsel und Zimmermiete abzustellen ist. Denn solange auf dem freien Wohnungsmarkt die Nachfrage das Angebot übersteigt — und das wird sich wohl in absehbarer Zeit nicht ändern — wird auch noch alles beim alten bleiben.

Eine Änderung wäre allerdings möglich, wenn es gelänge, Bundestag und Wohnungsbauministerium zu bewegen, Mittel des sozialen Wohnungsbaus auch für den Bau von Studentenheimen bereitzustellen. Auf diese Art und Weise — nämlich durch Neubau von Wohnheimen — wäre es möglich, finanziell weniger gut gestellten Kommilitonen zu einer billigen und dennoch menschenwürdigen Unterkunft zu verhelfen.

Wolfgang Kanert



STUDENTENHEIM

# PHILIPP HOLZMANN

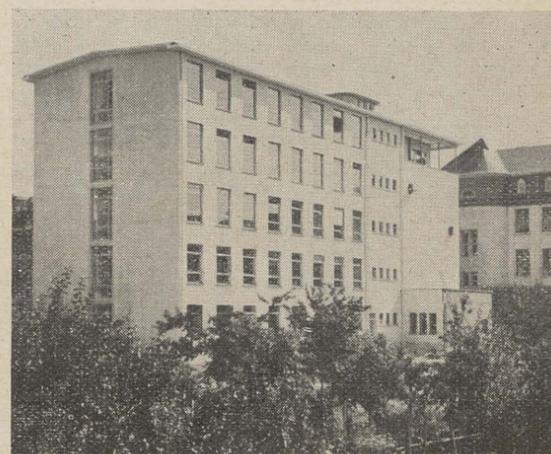
AKTIENGESELLSCHAFT  
FRANKFURT AM MAIN

AUGSBURG · BERLIN  
BIELEFELD · BOCHUM  
BONN · BREMEN  
DÜSSELDORF  
HAMBURG · HANNOVER



KIEL · KOBLENZ  
KÖLN · MAINZ  
MANNHEIM · MÜNCHEN  
MÜNSTER · NÜRNBERG  
STRAUBING · STUTTART

HOCHBAU · TIEFBAU  
STAHLBETONBAU  
STEINMETZBETRIEBE



INSTITUT FÜR PHYS. CHEMIE

# Die Neuordnung der Ruhrindustrie

Wie jede Gegend Deutschlands durch die natürlichen Gegebenheiten und die geschichtliche Entwicklung ihr eigenes Gepräge erhalten hat, so gilt dies auch von dem Ruhrgebiet. Kohle war hier die natürliche Grundlage; und weil sie nicht nur quantitativ ausreichend vorhanden ist, sondern auch qualitativ alle für den Hochofenkoks (und damit zur Eisenerzeugung) notwendigen Vorzüge hat, war die Entwicklung zu Deutschlands wichtigstem Industriegebiet auf eine günstige Standortbedingung gegründet. Eine andere Rohstoffgrundlage, wie etwa die von Frankreich vorteilhaft genutzten Erzvorkommen Lothringens, gibt es an der Ruhr in ausreichendem Maße nicht. Verkehrswirtschaftlich leisten die beiden Wasserstraßen Rhein und Ruhr ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Ausnutzung dieses Gebietes, und so überzog die Ruhrlandschaft in den letzten Jahrzehnten jenes dichte Netz von Zechen, Kokereien, Hochöfen, Stahl- und Walzwerken, aber auch Maschinenfabriken, Gasleitungen und Elektrizitätswerken, welche bis heute charakteristisch für diese Gegend geblieben sind.

Eine solche Vielfalt von Produktionsstufen erhielt ihren sinnvollen wirtschaftlichen Zusammenhang aber erst durch eine unternehmerische Planung und deren Vollzug, die organisatorische Gestaltung. Zwei Grundformen von Unternehmenszusammenfassungen hatten sich heraus gebildet: einmal eine Kombination entlang dem Verlauf des Produktionsprozesses, also über Kohle, Roheisen, Rohstahl bis zu den Walzerzeugnissen und der Weiterverarbeitung (vertikale Kombination), andererseits eine Zusammenfassung durch Ausgleich, Rationalisierung und Abstimmung der Herstellungsprogramme auf gleicher Produktionsstufe (horizontale Kombination). So entstanden die bekannten Ruhrkonzerne, die dann größtenteils die Namen der Unternehmer trugen, die als Erfinder (Mannesmann), als Produzenten (Krupp, Thyssen), oder vom Handel ausgehend (Klöckner, Otto Wolf) die der Betriebe zusammenschlossen. Mancher Konzern war in seinem Aufstieg und Niedergang an die Person seines Schöpfers gebunden (Hugo Stinnes), viele aber haben aus ihren betriebswirtschaftlichen und technischen Gesetzen das Rationale der Konzeption ihres Gründers auch über dessen Tod hinaus bestätigt.

## Entflechtung

Das Potsdamer Abkommen gab 1945 den Alliierten die Möglichkeit, eine „Dekonzentration“ in den Zweigen der deutschen Industrie einzuleiten, in denen sie eine „übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft“ verwirklicht glaubten. Im Dezember 1945 wurden die Bergbaugruppen der Konzerne unter alliierte Kontrolle gestellt, kurze Zeit später begann auf der Eisenseite die „Entflechtung“, d. h. die Ausgliederung der eisen- und stahlerzeugenden Werke aus den bisherigen Unternehmungen. Ein zäher Kampf setzte nun ein, der in seiner Schärfe dem Wiederaufbau der Ruhrindustrie nicht förderlich war. Die früheren Konzerne wandten sich gegen die Entflechtung, weil sie das Völkerrecht verletzte und die betriebswirtschaftlichen und technischen Errungenschaften vergangener Jahrzehnte zunichte mache. Die Gewerkschaften andererseits hielten den Zeitpunkt für gekommen, in das durch alliierte Kontrolle und Entflechtung entstandene Vakuum hineinzustoßen und den Plan vom Ende des ersten Weltkrieges, die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, zu verwirklichen. Die Alliierten selbst, einig in den destruktiven Potsdamer Bestimmungen, verfolgen verschiedene Ziele, die sich aus ihren Entflechtungsmotiven leicht ableiten lassen. Die damalige englische Labour-Regierung war einer Verknüpfung von Entflechtung und Sozialisierung nicht abgeneigt. Die Amerikaner wiederum wollten von Sozialisierung nichts wissen, sie verbanden die Entflechtung mit der Forderung nach Herstellung eines — rein thoretischen — Marktmechanismus, wobei sie nicht nur Konzerne mit Kartellen verwechselten, sondern auch ihre eigenen Stahlkonzerne vergaßen, die in ihrer Unternehmensgröße die Ruhrkonzerne um ein Vielfaches übertrafen. Für die Franzosen war die Ruhr und besonders der Name Krupp der Inbegriff des deutschen Rüstungspotentials, das nachhaltig zerstört werden müsse. Es dauerte geraume Zeit, bis sich bei den Alliierten — im Gefolge der politischen und wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung Westdeutschlands —

die Erkenntnis durchsetzt, daß auch in der Entflechtungspolitik die destruktive Phase abgeschlossen werden müsse zugunsten einer der westdeutschen Wirtschaftsstruktur angemessenen Neuordnung.

## Der Verbund von Kohle und Eisen

Zu den Kernproblemen der Neuordnung gehörte die Frage, inwieweit man den Werken der Eisen- und Stahlindustrie eigene Bergbaubetriebe, also Zechen und auch Kokereien angliedern müsse. Die Standortbedingungen an der Ruhr weisen der Verbundwirtschaft Kohle-Eisen eine bedeutende Rolle zu. Die Qualität des für den Eisenhüttenprozeß benötigten Hochofenkokes muß sichergestellt werden; die vorausgehenden Abbau- und Mischungsprobleme der vorkommenden Kohlenarten und der gewonnenen Kohlenarten bedingen laufende Abstimmungen in betrieblicher Planung und Organisation. Die anfallenden Kuppelprodukte (Gichtgas beim Hochofenprozeß, Koksofengas bei der Verkokung) müssen ihrer qualitativen Kapazität entsprechend verwendet werden, was in diesem Falle einen Gasaustausch zwischen Kokerei und Hüttenwerk zur Folge hat. Hinzu kommt in vielen Fällen eine gemeinsame Elektrizitätswirtschaft zur Verwendung minderwertiger Kohle, gemeinsame Verkehrsbetriebe, Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften. Diese enge Verbindung, die man allgemein als technischen Verbund bezeichnet und die stark von lokalen und werkstofflich-qualitativen Voraussetzungen abhängig ist, wird ergänzt durch die wirtschaftliche Verbindung. Sie geht über die technischen Gegebenheiten hinaus und verbindet die Unternehmen zu einer finanziellen, in Kosten und Ertrag ausbalancierten und (durch bestimmte Privilegien veranlaßten) steuerlichen Einheit. Beide Verbundformen ergeben die Voraussetzungen für die bei Grundstoffindustrien besonders wichtige Investitions- und Produktionsplanung.

Die Verbindung von Kohle und Eisen war am meisten umkämpft. Der hartnäckige Widerstand der Alliierten hat den betroffenen Industriezweigen eine hinreichende Verbundwirtschaft bei den Neuordnungsplänen für die Zukunft versagt. Bloße vertragliche Abmachungen reichen für die Lösung der technischen und wirtschaftlichen Probleme nicht aus.

Ein weiteres Problem der Neuordnung bestand darin, inwieweit ein Konzern der Eisen- und Stahlerzeugung sich in die Weiterverarbeitung erstrecken dürfe. Auch hier machten die Neuordnungspläne einen radikalen Schnitt durch bis-

herige vertikale Kombinationen. Gemessen an den Entflechtungsbestimmungen des alliierten Gesetzes Nr. 75 war natürlich das Neuordnungsgesetz Nr. 27 ein Fortschritt, weil es vertikale Konzernverflechtungen in gewissem Grade wieder gestattet. Aber für eine der heutigen westdeutschen Wirtschaft entsprechende Stahlkapazität reicht das System der Unternehmenseinheiten in ihrem heutigen Umfang nicht mehr aus. Aus technischen und betriebswirtschaftlichen Gründen wäre also eine weitere Annäherung an die früheren Kombinationen anzustreben.

Die grundlegenden Rechtsfragen der Neuordnung wurden auf einfache Weise gelöst, denn die Eigentumsfrage fand auf privatrechtlicher Basis, nämlich durch Aktientausch, ihre Erledigung. Doch auch hier blieben diskriminierende Bestimmungen nicht aus, die Großaktionäre mußten sich teilweise eine Beschränkung ihres Aktienstimmrechts gefallen lassen oder (wie Friedrich Flick und Alfred Krupp) ihren Montanbesitz verkaufen. — Die Gewerkschaften waren von diesem „Eigentumsübergang“ natürlich nicht sehr erfreut. Aber nachdem sie mit ihren Sozialisierungsprojekten nicht zum Zuge gekommen waren, haben sie sich mit einer über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehenden Mitbestimmung begnügt, die ihnen in Anlehnung an die Praxis der Entflechtungszeit Parität im Aufsichtsrat und einen Sitz im Vorstand des Unternehmens (den sogenannten „Arbeitsdirektor“) zusichert.

Mit vielen Unzulänglichkeiten der Kriegs- und Entflechtungszeit behaftet, ist die Ruhrindustrie in die internationalen Verpflichtungen eingetreten, die ihr die europäische Montanunion im Vollzug des Schuman-Planes auferlegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bestimmung, daß Unternehmenszusammenschlüsse der Genehmigung der Hohen Behörde bedürfen — also eine Verschiebung unternehmerischer Konzentrationsbestrebungen auf eine supranationale Verwaltungsstelle.

Ein Überblick über die Startpositionen der verschiedenen Länder zeigt aber, daß die französische Stahlindustrie ihre Konzernzusammenschlüsse gerade in der Zeit vervollständigen konnte, in der die Entflechtung der westdeutschen Unternehmen stattfand. Natürlich liegen dem Schuman-Plan auch starke politische Zielsetzungen zugrunde. Wenn aber große Teile der westdeutschen Montanindustrie mit einem gemäßigten Optimismus die noch unüberschaubare Arena des „Gemeinsamen Marktes“ betraten, so spielte bei ihrer „europäischen Vorleistung“ doch die Hoffnung mit, daß (vielleicht im Gegensatz zu der Entflechtung) nicht alle von der Politik inspirierten Maßnahmen zu ihrem wirtschaftlichen Nachteil ausschlagen müssen. Wilhelm Hick

## Akademische Ehrungen

Im Vorlesungsverzeichnis unserer Universität findet man jeweils mit an erster Stelle eine Aufzählung der Ehrensensoren und Ehrenbürger der Johann Wolfgang Goethe-Universität, aber unklar bleibt vielen, wem derartige hohe Ehrungen zuteil werden können. Ein kurzer Blick in den Entwurf der neuen Universitätsatzung gibt Auskunft: „Der Senat kann Personen, die sich um die Universität besonders verdient gemacht haben, das Ehrenbürgerrecht verleihen. Er kann Persönlichkeiten, die der Universität durch die Förderung ihrer Zeile eng verbunden sind, zu Ehrensensoren berufen; bei feierlichen Anlässen haben sie die gleichen Rechte wie Sensoren.“

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität hat zur Zeit 4 Ehrensensoren und 18 Ehrenbürger. Es hat sich der Brauch herausgebildet, verdiente Persönlichkeiten zuerst zum Ehrenbürger und manchmal als noch höhere Auszeichnung zum Ehrensensoren zu ernennen. Beide sind wie die Universitäts-Lehrer und Studenten akademische Bürger der Universität und genießen die gleichen Rechte. Zuteil geworden ist diese hohe Ehrung vor allem den alten Frankfurter Bürgern, die sich um die Gründung bzw. Stiftung der Universität verdient gemacht haben, besonders verdienten Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Industrie, Handel und Gewerbe, die die Notwendigkeit der Förderung der Wissenschaft erkannt und Mittel und Wege gefunden haben, die Universität besonders zu unterstützen.

Bisher wurden auch mehrfach Persönlichkeiten zu Ehrenbür-

gern der Universität Frankfurt ernannt, die um ihrer wissenschaftlichen Leistung willen ausgezeichnet wurden. Künftighin sollen diese jedoch ausschließlich, wie es auch an den meisten anderen Universitäten der Fall ist, durch die Verleihung des Ehrendokortitels geehrt werden.

Während über die Ernennung zum Ehrenbürger oder Ehrensensoren ausschließlich der Senat entscheidet, ist die Verleihung eines Ehrendoktors Angelegenheit der Fakultäten. Grad und Würde eines Dr. h. c. werden in Anerkennung hervorragender Verdienste um Wissenschaft und Kunst verliehen, wobei die Fakultäten nicht an die Voraussetzungen der allgemeinen Promotionsordnung gebunden sind. Die Ehrenpromotion muß von mindestens zwei Mitgliedern der engeren Fakultät beantragt werden und erfordert den einstimmigen Beschluß aller stimmberechtigten Mitglieder. Sie erfolgt durch Überreichung des hierüber ausgefertigten Diploms, in welchem die Verdienste des Promovierten hervorgehoben werden müssen.

Eine weitere akademische Ehrung ist die Überreichung des „Goldenen Dokortitels“ 50 Jahre nach der ordentlichen Promotion. Dieses Ehrendiplom wird ohne einen besonderen Antrag von der Fakultät, an der der Jubilar promoviert hat, ausgestellt und in der Regel vom Dekan überreicht. Voraussetzung für die Ehrenpromotion ist natürlich, daß der Jubilar mit der Fakultät in Verbindung steht, d. h. daß er die Fakultät über seinen Aufenthaltsort unterrichtet.

Dieses Zeremoniell ist an unserer Universität noch sehr selten vor sich gegangen, da man vor 50 Jahren in Frankfurt noch nicht Doktor werden konnte. Lediglich in Fällen, in denen die ehemalige Promotionsuniversität durch die Ungunst der politischen Verhältnisse ausfiel, verliehen unsere Fakultäten den Goldenen Dokortitel sozusagen vertretungsweise.

**Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B,**  
Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

## Führerschein-Erwerb

in Frankfurt am Main auf Volkswagen-Export.

Auskunft für Interessenten täglich außer sonntags abends in der Zeit von 12<sup>45</sup>–13<sup>15</sup> Uhr am Schulwagen vor dem Studentenhaus, oder rufen Sie 3 26 40 bzw. 1 28 26 an.

**Fahrschule H. SCHÄFERS, Frankfurt-M.**  
Gebeschußstraße 15

## Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

## KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

*Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131*  
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

## Universitätsbuchhandlung

### BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 9 36 33 u. 9 52 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

**Jura, Wirtschaftswissenschaften,**

**Medizin, Technik,**

**Naturwissenschaften**

# Auf der Brücke

Der Mann ließ die Zeitung auf den Tisch sinken. Niemand schaute ihn an. Der Ober stand mit verschränkten Beinen an einem Türpfosten und gähnte, die Hände auf dem Rücken, eine Serviette unter dem Arm. Die wenigen Gäste des Cafés hatten mit sich zu tun. Ein Junge saß auf einem viel zu hohen Stuhl, eine tropfende Eiswaffeln in der einen Hand, die andere in der Hosentasche vergraben. Er starrte auf ein Schild und versuchte, es zu enträtseln: Bediene Dich selbst und zahle sofort. Man hätte hingehen können zu dem Jungen, mit ihm sprechen, — aber niemand erwartete das von ihm. Überhaupt, niemand erwartete etwas von ihm. Alle gingen vorüber.

In einer Ecke saß ein Herr, der viel zu elegant gekleidet war. Er redete leise auf ein Mädchen ein, das müde und uninteressiert neben ihm saß. Sie hatte ein billiges Sommerkleid an und man sah, wie der Herr unter dem kleinen Tisch seine Knie an die ihren gepreßt hatte. „Er will etwas,“ dachte der Mann und legte die Zeitung auf den freien Stuhl neben sich. „Er will etwas, — und er bekommt es, — denn er hat Geld. Ich habe keines, und ich bekomme nichts. Ich will auch nichts, — weil niemand etwas von mir will.“

Er fand Gefallen daran, die Menschen zu betrachten und sich von ihrer Gesellschaft auszuschließen. Er sah sich um. Hinter ihm saß einer und studierte eine Turf-Zeitung. „Ja, warum gab es hier keine Illustrierten?“ Er sah gerne Illustrierte an und blätterte die letzten Seiten immer etwas langsamer um als die ersten, weil er sich davor fürchtete, die Schlußseite in der Hand zu halten und nichts mehr zu lesen zu haben. Es gab hier keine Illustrierten, der Dicke mochte sich seine Zeitung mitgebracht haben. Er wollte gehen. Der Junge ging auch, er stolperte über den Kokostepich und wurde rot. Der Ober lächelte und ging an die Theke. Er sollte auch gehen. Er blieb noch ein wenig. Vielleicht kamen noch andere Gäste. Es war so interessant, — er blieb noch ein wenig.

Er nahm die Zeitung wieder zur Hand. Was hatte er eben gelesen? „Der stellunglose 47jährige K. S. wurde ertrunken aus dem Fluß gezogen...“

Er war noch keine 47 Jahre alt, aber es war so sinnlos, weiterzuleben. Wer würde nach ihm fragen, wenn er nicht mehr da sein würde?

Eine Fliege setzte sich auf sein Knie und er verscheuchte sie gedankenlos. Gleich darauf bereute er es. Sie flog zu dem Dicken und setzte sich auf dessen Glatze, ohne daß der Lesende davon Notiz nahm. Er hätte die Fliege nicht verscheuchen sollen, vielleicht wäre es interessant, jetzt in Gedanken einer Fliege zu folgen. Die Tiere sollten nur einen Tag leben, hatte er mal gehört. „Nicht dumm.“ sagte er halblaut vor sich hin.

Er schaute durch ein Fenster hinaus auf den Hof. Dort hing Wäsche im Wind, — zum Trocknen natürlich. „Unappetitlich,“ dachte er einen Augenblick, aber das störte ihn nicht.

Am großen Fenster hasteten die Leute vorbei. Sie kamen von der Arbeit. Er hatte keine. Er brauchte nicht zu hasten, und ein wenig mitleidig sah er den Menschen nach. Aber irgend etwas regte ihn auf bei diesem Anblick, — irgend etwas beunruhigte ihn —: er war nicht dabei, — er war ausgestoßen aus dem Kreis derer, die hasten mußten, die Lohntüten am 1. oder sogar schon am 29. empfangen, — er empfing nichts. Er brauchte auch nichts, er wollte gar nichts haben, er wollte einsam sein, ganz einsam. So wie der „stellunglose, 47jährige K. S.“

Etwas Warmes stieg in ihm auf. Er wußte, was es war, und er genoß es wie einen Rausch. Es mußte bald sein.

Er ging.

Er ging zum Bahnhof.

Er war gern dort. Man sah so viele Menschen. Alle hatten ein ganz bestimmtes Ziel, — den Zug oder den Ausgang, — alle gingen vorüber und kümmerten sich nicht darum, ob man dastand oder nicht. Er fand das schön, so im Strom zu schwimmen, sich treiben zu lassen, ohne doch dazu zu gehören, — innen zu stehen und doch außen, — unbeteiligt, leer, verzichtend.

Dort nahmen Menschen Abschied voneinander. Wann sie sich wohl kennengelernt hatten? Manche gaben sich einen Kuß. Wann hatte er zum letztenmal...? — er wollte nicht daran denken, es war auch nicht besonders aufregend gewesen. Irgendeine Tante wahrscheinlich, — die Mädchen mochte er nicht. Man versank in ihnen, man verlor die Einsamkeit, — man mußte sich aufgeben, um zu lieben. Er wollte nicht. Er wollte allein sein, — es war nicht gut, von sich zu anderen reden zu müssen, und es war auch nicht gut, andere über sich reden zu hören. Er glaubte nicht an die Liebe, — er glaubte an die Einsamkeit. Und er war einsam, — selbst in dieser Flut von Menschen. Es war ihm fast eine Beglückung, daß dieser Gedanke echt war.

Manchmal weinte auf dem Bahnhof jemand beim Abschiednehmen. Er genoß diese Tränen der anderen. Manchmal folgte er den Frauen, die den Bahnsteig und den Menschen, der diese Tränen wert gewesen war, verließen. Wenn sie aus der Halle kamen, sah ihnen niemand mehr an, daß sie geweint hatten. So empfanden also die anderen Menschen Schmerz. Er mußte lächeln. Schmerz war viel mehr, — etwas Bohrendes, Dauerndes, Einschläferndes, wie die

Tränen eines Kindes. Aber ein Kind wacht wieder fröhlich auf und hat alles vergessen. Er war nicht wie ein Kind. Wohl vergaß er gerne und vieles, was vielleicht wichtig war, — aber den Schmerz vergaß er nicht. Er kam, wie die Sonne jeden Morgen kommt, — und er konnte nicht denken ohne ihn.

Da standen noch andere junge Männer, — sie waren auffallend angezogen und schmutzig. Sie piffen vor sich hin, sahen allen Mädchenbeinen nach, hatten die Hände in den Hosentaschen und sahen sehr selbstbewußt aus. Er zog die



9.6.54

Graphik: G. Oberländer

Hände aus seinen Taschen, ohne es zu wissen: er war nicht so wie die, — er war anders. Auch sie hatten ein Ziel, einen Weg, eine Aufgabe, ein „Morgen“. Er hatte keines von allem. Er wollte nichts, als nur: nicht mit den anderen leben müssen. Er wollte nicht.

Langsam wandte er sich dem Ausgang zu. Eilenden Menschen mußte er aus dem Weg gehen, — er war auch hier im Weg.

Er ging.

Nein, die Brücke war zu hoch.

Er stand am Geländer und schaute hinunter. Das Wasser

war trübe und träge, und etwas weiter ab badeten kleine Menschen in bunten Hosen im Fluß. Von manchen sah man nur den Kopf und ab und zu ein Paar helle Arme.

„Abends wäre es besser,“ dachte er sich. Man sah nicht mehr, wo man hinsprang, es waren weniger Leute auf der Brücke, — es war überhaupt leichter abends. Nicht, daß es ihm jetzt schwer gefallen wäre, — aber abends war es leichter.

Ein Frachtzug kam unter der Brücke hindurch. Er fuhr schnell, denn er trieb stromab. Zwei Jungen eilten von der anderen Brückenseite, von wo sie die Kähne hatten kommen sehen, zu ihm herüber. Einer steckte den Kopf durch das Geländer und spuckte hinunter. Er traf sogar.

Der Mann auf der Brücke lächelte. Was für eine komische Welt: die Jungen spuckten hinunter, und er wollte Schluß machen. Die Buben sausten wieder auf die andere Seite der Brücke, wahrscheinlich, um den nächsten Lastzug abzuspassen. Der Steuermann des einen Kahns drohte nach oben. Drohte er ihm? Nein, ihm drohte niemand, ihm riet niemand, ihn brauchte niemand. Es war gut so.

Plötzlich hatte er das Gefühl, als hörte er mit einemmal den Verkehr hinter sich. Vorher hatte er nichts gehört. Jetzt quietschten Straßenbahnen, und Autos fuhren fast lautlos vorbei. Er sah sich nicht um, er schaute unbewegt in den Fluß.

Nein, die Brücke war zu hoch.

Manchmal streifte ihn einer der Vorübergehenden. Eine schnell gemurmelte Entschuldigung war das Einzige, was ihm galt.

Er sah über die Schulter den Menschen nach, die ihn passierten. Es schien ihm, als seien alle in einer unwirklichen Hast, als sähen alle müde aus, als hätten alle Lügen im Gesicht. Woher kamen sonst diese beschäftigten Gesichter, diese unerschütterlichen Mienen, diese freche Fröhlichkeit, dieses aufreizende Selbstbewußtsein? Er wollte nicht wahrhaben, daß es ein Glück gab in dieser Welt, er wollte nicht die bunten Sommerkleider sehen, die langen Beine der Mädchen, die Sonne, — er wollte nur die Schatten sehen, nur sich selber. Und als er hinunterblickte, da sah er im Fluß sein Bild, ganz klein und ganz verschwommen. Aber es sah ihn an. Das war er dort, — verzerrt, einsam, grau. Der Fluß hatte ihn schon, er brauchte nichts mehr zu tun. Er mußte nur springen.

Es gab kein Glück. Man nannte es nur so. Es gab auch kein Leben. Man nannte es nur so.

Nein, die Brücke war zu hoch. Er richtete sich langsam auf, einen Augenblick lang wurde ihm schwarz vor Augen. Er war müde. Nein jetzt tat er es nicht, vielleicht heute abend, es war ja bald abend. Oder ein ander Mal, — jetzt nicht.

Er ging. Die Brücke war zu hoch.

Gerd-Elgo Lampel

## Hanswurftiade und Schmeichleriana

Die „Historia von Doktor Johann Fausten, dem weitbeschreiten Zauberer und Schwarzkünstler, gedruckt zu Frankfurt am Main durch Johann Spies im Jahre 1587“ fixierte erstmals, vermischt mit anderen Magierlegenden, die Gestalt des Doktor Johann Faust (um 1485—1540). Seitdem geistert er als Schwindler, Prahler und zugleich als genialer Naturphilosoph durch Volkssagen und Legenden des 16. und 17. Jahrhunderts. Volks- und Stammescharaktere bewirkten mannigfache Abwandlungen. Die von dem Volkskundler Richard Kralik vorgenommene Verarbeitung dieser Texte und Fragmente zu einem Volksspiel bleibt damit ästhetisch fragwürdig, das Herausgreifen einiger Szenen nicht minder. Immerhin war die sprunghafte Bilderfolge des gekürzten „Volksspiels“, wie die Neue Bühne in der Inszenierung von Hans Niederführ sie darbot, mit etwas Phantasie zu einer Einheit zu verschmelzen.

Die Komposition entspricht ganz einem Volksspiel. Faust ist das warnende Exempel für jeden, der vom rechten Weg abweicht und sich mit dem Teufel einläßt. Mephisto, Diener Plutos, erscheint als die verkörperte Stimme der Versuchung, und führt Faust den Weg zur Verdammnis. Die Macht des Guten ist recht vergeistigt und bietet sich nur mit schwacher Stimme an.

Gegenspieler und Hauptakteur aber ist der Narr, weise und einfältig genug, sich mit dem Teufel einzulassen. Unverbildet, kennt er nur das Handgreiflich-Reale, weiß nichts von übersinnlichen Mächten. Er tritt nicht aus seinem Kreis heraus, will die Welt nicht beherrschen wie Faust. So können ihm die Mächte der Finsternis nichts anhaben. Die Magie wird bei ihm zum leichtfertigen Spiel, die Beschwörung der Geister ein amüsanter Ulk und die erhabene Formel „Perlippe-Perlapp“ ein Spaß zum Totlachen.

Die Aufführung begann etwas frostig, trotz des Lautsprechergeknatters aus der Unterwelt als modernem Requisit der ‚Maschinen-Comödie‘. Charon (W. Klemm) deklamierte fürs Publikum. Dem Doktor Faust fehlte zunächst der innere Anteil an seiner Rolle. Nur dem Monolog nach war er von einem titanischen Willen beseelt, die Welt zu erforschen und zu beherrschen. So wirkte es grotesk, als er plötzlich aufsprang, sein Buch in die Ecke warf zum Ausdruck des Überdresses — um wieder Platz zu nehmen und den Monolog eintönig weiterzuführen.

Manfred Krohne war als Mephisto stimmlich ausgezeichnet, vielleicht aber mehr Souverän als Verführer der Menschheit, seines Erfolges zu sicher.

In Spannung gehalten wurde die Aufführung allein durch Ulrich Hüls als Hans Wurst, der alle anderen Darsteller über spielte. Zwar hatte er die Lacher eo ipso auf seiner Seite, doch erforderte gerade seine Rolle ein Höchstmaß an mimischem Können, dem er völlig gerecht wurde. Das Dummdreiste seines Späßes, die naive Verwunderung spiegelten sich auf seinen Mienen und bewegten die Glieder.

Gerhard Weber

☆

Studio-Bühne im Dezember. „Das lange Weihnachtsmahl“ von Th. Wilder enttäuschte, weil bei aller Länge die Schauspieler weder Zeit noch Gelegenheit fanden, sich vom Baby zum Ur ahnen zu verwandeln. Es versöhnten „Die Königinnen von Frankreich“ vom gleichen Autor, eine psychologische Studie, nicht mehr, aber gerade deshalb zu spielen und nicht zu deklamieren. Neben den leichtgläubig-sentimentalen Pseudoköniginnen entzückte besonders der trügerisch-schmeichelnde Advokat (Klaus Schlette), Spitzbube mit Akkuratesse, voll Sinn für schickliche Devotionen und gelegentliche Erpressungen.

Das Fazit im Januar: ein Spielstück für Klaus Schlette! Schiller als Gelegenheitsübersetzer machte Reklame für Picards „Parasit“. Herr Selicour beherrschte von Anbeginn die Bühne. Er spielte mit vorzüglicher Gabe für die Nuancen der Mimik. Schleimiges Triefen bestimmte ihn so sehr wie die Eilfertigkeit zu devoten Hofknix oder giftigem Ansnellen des gefürchteten Konkurrenten. Die Stimme schmalzte sich in die geheuchelte Ehrerbietung und markierte den hilflos-Gekränkten da, wo ihm längst schon der Erfolg sicher.

Ihm gegenüber waren die anderen zu bedauern. Freilich war Firmin (Wilfried Berthold) ein vorzüglich hölzerner und treudoof-ehrlicher Amtsschimmel, aber ein wenig zu steif. Dem Herrn Minister (Heinz-Georg Anders), in seiner Haltung liebenswürdig

Raymond Aron, der politische Redakteur der Pariser Tageszeitung ‚Le Figaro‘ und Professor am ‚Institut d’Etudes Politiques‘ und an der ‚Ecole Nationale d’Administration‘, wird in einer Veranstaltung des S. Fischer Verlages, Frankfurt am Main, wo sein neuestes Buch ‚Der permanente Krieg‘ veröffentlicht wurde, am 22. Februar, 20 Uhr, in der Aula der Universität in deutscher Sprache über das Thema ‚Ost-West‘ sprechen. Der Abend wird eingeleitet von Dr. Rudolf Pechel, dem Herausgeber der Zeitschrift ‚Deutsche Rundschau‘, Stuttgart.

Wir empfehlen den Besuch dieses Vortrages des ausgezeichneten Kenners der politischen Lage Deutschlands und Europas. Der Unkostenbeitrag für Studenten beträgt 0,50 DM.

nahm ein eigenartiges Schlingern seines Körpers etwas von der ministerialen Würde.

Der Gegenspieler La Roche (Werner Murawski), seines Zeichens Schreiber, seiner Gebärde mehr tumber Bauer, drohte — laut Text — mehrmals, als Lehrling des Selicour seinem Meister beizukommen. Man hätte es gewünscht, nicht weil Picard es vorschrieb, sondern aus eigener Anstrengung und Nachahmung des Spiels! So drohten nur Fäuste und rollten böse Augen, an-

sonsten stand man, stand sehr beharrlich, vergaß im Eifer des Dialogs alle Möglichkeit der Bewegung. Die Überlistung des Heuchlers war verwunderlich mehr als überzeugend.

Das soll das verdiente Lob nicht schmälern, die Darsteller nicht entmutigen. Auf wunde Stellen und notwendige Heilung zu deuten ist Aufgabe der ‚bösen‘ Kritik. Zum Trost weist sie selbst noch auf das Finale des ‚Parasiten‘: ... die Gerechtigkeit ist nur auf der Bühne!“ A. S.

## Mit Kant über Kant hinaus

Zum 150. Todestag des Philosophen

Nietzsche erledigt Kant, indem er ihn „Chinesen von Königsberg“ nennt. Er glaubt, einen Hinterwälder unter den Philosophen damit beseitigt zu haben. Aber Kant hätte sich in ganz anderem Sinne als ein echter Chinese erwiesen und mit abgründigem Lächeln des Weisen geantwortet: „In einer unbefahrenen Wüste muß einem Denker gleich Reisenden freistehen, seinen Weg nach Gutdünken zu wählen; man muß abwarten, wie es ihm gelingt, und ob er, nachdem er sein Ziel erreicht hat, wohlbehalten wieder zu Hause, d. i. im Sitze der Vernunft, zur rechten Zeit eintreffe und sich also auch Nachfolger versprechen könne“.

Die deutsche Geistesgeschichte rechtfertigt überzeugend den Weg dieses Denkers. Zu seinem 150. Todestag am 12. Februar gedachte in der überfüllten Aula der Johann Wolfgang Goethe-Universität Se. Magnifizenz Prof. Gans der umfassenden Bedeutung Immanuel Kants, und Vertreter der Philosophie, Naturwissenschaft, Jurisprudenz und Theologie würdigten das Lebenswerk im besonderen. Der revolutionäre und neubegründende Charakter seines Denkens und damit dessen Fruchtbarkeit in der wissenschaftlichen Nachfolge bestätigte, daß Kant ‚im Sitze der Vernunft‘ Ausgang und Ende seines Philosophierens gefunden hatte. Mit Recht betonte Professor Sturfels zu Beginn seiner Ausführungen über die drei ‚Kritiken‘ die verpflichtende Gültigkeit dieses Geistes, indem er sich gegen jede historische und soziologische Relativierung wandte.

Zuvor wies Prof. Horkheimer den Auseinanderfall des scholastischen Weltgebäudes und die zunehmende Trennung von Philosophie und Theologie als den Hintergrund des Kantischen Anliegens, die Isolation von Welt und Überwelt durch eine Versöhnung im System der Vernunft zu überwinden. Im Hinblick auf die militante weltmännische Philosophie seiner Tage, auf den heftig befahdeten Dogmatismus der gängigen Metaphysik, wurde der „qualitative Sprung“ dieser Beschränkung auf das Vermögen der Vernunft, die konsequente Absetzung gegen jede Schwärmerei deutlich. Der Welt wurde ihre Absolutheit entzogen, sie erwies sich als vom Denken konstituiert, über welchen Prozeß die Wissenschaft Auskunft zu geben hat. Die Schöpfungstage verwandelten sich in Transzendentes, und die Natur wollte nicht mehr biblisch, sondern wissenschaftlich gedeutet sein.

Das Erkennen selbst wurde damit zum zentralen Problem, und das Philosophieren als Methode forschte, wie Prof. Sturfels ausführte, nach einem System von Grundsätzen, an die es sich band, erschöpfte sich nicht mehr in der bloßen Deskription von Erkenntnisgegenständen. Die Besinnung aber auf den Erkenntnisvorgang selbst führte notwendig von der Empirie zum Apriori, so zwar, daß Erkenntnis definiert blieb als notwendig bezogen auf mögliche Erfahrung. Diese Bindung an das anschaulich Gegebene — die in der Nachfolge viel zu wenig bedacht und kaum zum Problem wurde — verwies die zeitgenössische Metaphysik aus der Philosophie als Wissenschaft und bewahrte vor spekulativem Überschwang.

Der theoretische Physiker Prof. Hund betonte, daß auch für die moderne Quantenmechanik, insofern sie experimentell an die Messung gebunden sei, die Kantischen Anschauungsformen von Raum und Zeit ihre Gültigkeit besäßen. Freilich sei das naturwissenschaftliche Weltbild wesentlich durch Abstraktion von diesen Formen bestimmt und nur noch in mathematischen Symbolen, nicht mehr durch Modelle darstellbar. Als eine neue Kategorie der Naturwissenschaft nannte er die Komplementarität, etwa von Impuls und Ort, d. h. den jeweiligen Entzug des einen bei der Bestimmung des anderen. Im Gegensatz zu manchen Wissenschaftlern seiner Fakultät verzichtete Prof. Hund auf naturphilosophische Spekulationen, implicite echt Kantisches Denken demonstrierend.

Für die Juristen sprach Prof. Coing. Er würdigte Kant als den ersten deutschen Rechtsphilosophen und zeigte, daß rechtsphilosophisches Denken nur in Deutschland, nicht in den westlichen Ländern wirksam geworden sei. Dem Naturrecht gab Kant eine Begründung allein aus den Gesetzen der Vernunft, nicht aus dem empirischen Tatsachen, die in ihrer Zufälligkeit und Unendlichkeit niemals notwendigen und verpflichtenden Charakter haben können. Wesentlich und von zwiefältig weiterwirkender Kraft war die Trennung von Moralität und Legalität. Als sittliches Wesen rechtfertigt allein die Gesinnung den Menschen. Das Recht aber trifft ihn in seinem äußeren Verhalten innerhalb der Gesellschaft und macht sich notwendig als der Schutz der Freiheit des einzelnen vor dieser Freiheit. Das Problem dieser Trennung

zeigte Prof. Coing in der Gefahr, die in der Forderung liegt, der Richter müsse ausschließlich nach dem Recht, nicht in Übereinstimmung mit seiner sittlichen Überzeugung, sein Urteil fällen.

Schließlich beschäftigte sich der Vertreter der protestantischen Theologie, Prof. Steck, mit dem Kantischen Gesetzesbegriff. Gott als heteronomer Gesetzgeber scheint durch die Autonomie des Menschen verdrängt zu sein. Die scharfe Trennung zwischen Wissen und Glauben, die K. Barth einmal das Friedensdiktat an die Theologie und für die Theologie nannte, und die daraus folgende doppelte Wahrheit wurde entschieden abgelehnt. Die Theologie wolle nicht neben der Philosophie einen ihr zugesprochenen Weg gehen, sondern selbständig in der Gemeinsamkeit des Fragens nach der umfassenden Einen Wahrheit beharren.

☆

„Mit Kant über Kant hinaus“ — in dieser Formel zog Prof. Sturfels die kritische Würdigung zusammen. Das darf nicht falsch verstanden werden. Es bedeutet keine Überwindung Kants im Sinne einer historisch begründbaren Verschiebung der Problemlage. Vielmehr erweist sich Philosophie gerade in der Konstanz ihrer Probleme als „exakte“ Wissenschaft. Wenn Kant das philosophische Grundproblem auf die Frage nach der Möglichkeit der Erkenntnis abstellte und damit auf die Struktur des Bewusstseins, so bleibt das aktuell. Mißverstanden in den einseitig idealistischen Konstitutionstheorien, muß die Selbstbestimmung des Ich im Zusammenhang mit der sinnlichen Gegebenheit neu gesehen werden. Rezeptivität und Spontaneität sind in ihren Bedingungen entschiedener zu befragen. In der Beilage des DISKUS wird von Prof. Cramer die Methode solchen radikalen Weiterdenkens vorgeführt. Die Subjektivität erweist sich als eine sich selbst transzendente, d. h. objektive Gesetzmäßigkeit, die die Eine, nichtkonstituierte Welt zur notwendigen Bedingung hat. Das aber führt über Kant hinaus.

☆

Rigoros, kalt, bar allen gesunden Empfindens erscheint Kant im Zerrspiegel der gängigen Meinung. So sah ihn Schiller, der nicht minder verkannt wurde. In beiden aber spannt sich der unversöhnte Gegensatz von Natur und Geist, Gefühl und Gesetz mit bedrängender Gewalt. Pietistischer Gefühlsüberschwang bleibt nicht ohne Wirkung auf den jungen Kant. Sein Leben wird zur leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen den Menschen in seiner Freiheit bedrohenden Mächten, ist Résistance gegen jede Art von Schwärmerei und Afterglauben, die nur scheinbar aus diesem Dilemma herausführen.

Das Faktum des Sittengesetzes aus der Freiheit des Menschen ist ihm ebenso verbindlich wie der Anspruch des Nurtierischen, Triebhaften. Er sieht den „unvermeidlichen Widerstreit“ und bejaht ihn, indem er zur Verteidigung des einen gegen das andere, der schwachen, mühsamen Selbstbestimmung gegen die Urgewalt des Triebes ruft, aber in keiner Weise auf Unterdrückung sinnt. Indem er den Antagonismus als gültiges Seins-

### KINDERLEICHT

wird das Rasieren mit einem BRAUN-Elektro-Trockenrasierer. Stecker in die Steckdose — ein leises Summen und 32 Messer schwingen blitzschnell unter dem hauchdünnen Scherblatt hin und her. Sie erfassen auch das kleinste Haar und in wenigen Minuten ist der härteste Bart sauber rasiert. — Ohne Heißwasser, Klängen, Seife, Pinsel wird das Rasieren zum Vergnügen. Rasieren Sie sich morgen früh einmal nicht und besuchen Sie Ihren Fachhändler. Er wird Ihnen gern die BRAUN-Elektro-Trockenrasierer vorführen.

BRAUN S 50      BRAUN 300 DE LUXE  
in Kunststoff-      in elegantem  
Kassette 39,50      Lederetui 68,—

BRAUN COMMERCIAL GMBH - FRANKFURT AM MAIN



gesetz erkennt, ist er Realist in einer Schärfe, die bestürzt und erschüttert. Im Schmerz des Daseins bleibt er der Wahrheit verbunden. Seine Zeitgenossen retten sich aus diesem grausamen Widerstreit in die schrankenlose Willkür ihrer Triebe oder in Utopien von einem goldenen Zeitalter, in metaphysische Spekulationen. Kant flieht nicht, das Leben anerkennt er als ein Wagnis und die Geschichte ist für ihn ein „ganzes Heer von Mühseligkeiten, die den Menschen erwarten. Es scheint aber der Natur gar nicht darum zu tun gewesen zu sein, daß er wohl lebe; sondern daß er sich so weit hervorarbeite, um sich des Lebens und des Wohlbefindens würdig zu machen“. Daraus fließt Verachtung gegen alle Schwärmerei, die dem Hang zur Faulheit entgegenkommt, wenn sie sich nach einem arkadischen Schäferleben sehnt: „die Menschen, gutartig wie die Schafe, die sie weiden, würden ihrem Dasein kaum einen größeren Wert verschaffen, als dieses ihr Hausvieh hat“. So demaskiert er die Sozialutopien, die nach ihm noch die Massen in Bewegung setzen werden und sie weiter ihrer Freiheit berauben und die Herde vergrößern.

Seine ganze Liebe und Achtung gilt dem Menschen, wie er ist, in der Gebrochenheit des nachparadiesischen Zustands, aber auch in der Größe seiner einmal bewährten Freiheit. „Ob der Mensch durch diese Veränderung gewonnen oder verloren habe, kann nun nicht mehr die Frage sein!“

Nur wer das Ja zum menschlichen Dilemma bei Kant spürt, versteht ganz das nüchterne, klare, aber entschiedene Pathos der Friedensstiftung in seiner gesamten Philosophie. Ihm geht es um das, was Not tut, um die Erhellung der Möglichkeiten, die in der Selbstgesetzgebung des Ich auf eine einstige Versöhnung hindeuten. Indem er den Menschen seiner sittlichen Freiheit versichert, legt er ihm zugleich eine große Verpflichtung und alle Verantwortlichkeit für sein Tun auf. Scharf wendet er sich gegen alle Versuche, die Schuld für das herrschende Übel einem anonymen Schicksal zuzuschreiben.

Kant verzichtet auf weltanschauliche Verbrämungen, die menschliche Einseitigkeiten in ein erträgliches Licht rücken wollen. Er liebt den Menschen, aber er schwärmt nicht, verliert den klaren Blick nicht im Überschwang des Gefühls. Er wahrt in entscheidender Strenge Distanz zu den bedrängenden Mächten (die Polemik mancher Schriften zeigt, daß auch in ihm ein Feuer gefährlich lodert). So erscheint er dem Wesensgesetz des Weisen nicht minder nah als Goethe. Beiden eignet das Pathos der Versöhnung allein aus der Selbstbesinnung, beide sind entschiedene Gegner aller verstiegenen Metaphysik und beide künden den Gedanken einer endlichen Friedensstiftung in einer weltbürgerlichen Verfassung.

Sapere aude! Habe Mut, dich auf dich selbst zu besinnen und ‚besonnen‘ zu handeln — so mahnt Kant und kündigt Goethe wenige Jahre später in seinem „Tasso“.

Ernst Alexander Saupe

Aula der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Donnerstag, den 18. Februar 1954 um 20.00 Uhr

JOHANN SEBASTIAN BACH

Kantate 182 Himmelskönig, sei willkommen  
Kantate 106 Gottes Zeit ist die allerbeste Zeit  
Kantate 172 Erschallet, ihr Lieder

Ausführende: Lisa Kehr, Wiesbaden (Sopran); Annelotte Sieber, Detmold (Alt); Georg Jelden, Heidelberg (Tenor); Willi Blaicher, Heilbronn (Baß); Winfried Kirsch (Cembalo); Annelore Gänsslen (Orgel)  
Studentenchor der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Akademisches Kammerorchester  
Leitung: Jürg Wieber

Studierende der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Musikhochschule haben freien Eintritt

(Freikarten beim Pförtner der Universität)

Öffentliche Generalprobe: 18. Februar 1954 um 15 Uhr  
(für Studenten und Schüler)



PETER NAACHER  
FRANKFURT AM MAIN

gegr. 1909

Bockenheimer Landstraße 133 (Buchhandlung für Universitätswissenschaften)  
bei der Universität  
Steinweg 3 (Das Haus der Bücher)  
Schweizerstraße 57 (Sortiment)  
Schweizerstraße 19 (Antiquariat)  
Ruf: 67644/45, 91712

Soeben sind erschienen und sofort lieferbar:  
Forsthoff E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. I allg. Tl. 3. Auflage, 1954, geb. 25.—  
Henkel H. Hbg., Strafverfahrensrecht, Lehrb., 1954, 515 S. geb. DM 32.—  
Rosenberg L., Lehrbuch des Deutschen Zivilprozessrechts, 6. Auflage, 1954, 1039 S. geb. 38.—  
Schlochauer H. J., Die Idee des ewigen Friedens, 1953, 236 S. kart. 18.80  
Hasenack W., Buchhaltung und Abschluß, Tl. I. Wesen u. Technik, 1954, Kart. 6.80  
Schumpeter J. A., Aufsätze zur Soziologie, 1953, 232 S., brosch. 15.80, geb. 18.80

Alle Neuerscheinungen liegen ständig zur Einsicht aus. Auf Wunsch gewähren wir nach persönlicher Vereinbarung Teilzahlungen.

„Das Haus der Bücher“  
erwartet Ihren Besuch

foto  
WAGNER berät Sie gern in  
allen Fotofragen

BOCKENHEIMER WARTE · RUF 71657

Dieser Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Kohlhammer, Stuttgart, bei, um dessen freundliche Beachtung wir unsere Leser bitten.

# Der Bildhauer Gerhard Marcks



Aus Privatbesitz

Da steht er also, der hochgeschossene Jüngling: gestreckt, den Kopf emporgehoben, mit leise gespannten Gliedern auf beiden Beinen gleichmäßig lastend. So wie er aufschaut, scheint das Profil des Antlitzes betont, noch betonter aber die fast gerade Kehllinie und der weich eingebuchtete Nackenumriß. Die Hände auf die Hüfte gestützt, sind alle seine Organe bereit, Eindrücke aufzunehmen. Das Auge wurde vom Künstler bloß angedeutet. Es sieht so aus, als ob der Jüngling es geschlossen hätte, so wie einer, der an einem warmen Frühlingstag aus dem schattigen Zimmer ins Freie getreten ist, und jetzt — etwas geblendet — den spielenden Sonnenschein genießt, den Geruch der feuchten Erde und die Geräusche des Gartens. Ohne Hast, ohne Sorge scheint er sich nicht mit etwas Bestimmten zu beschäftigen. Er ist wie eine Blume des Gartens, deren Duft er tief einatmet: frisch, fast ohne Bewußtsein. Er gibt sich ganz diesem Augenblick hin. Seine Haltung läßt sich aber noch in einem anderen Sinne deuten. Der Jüngling ist eben vom Dunklen ins Helle ge-

treten, es ist der Moment, als ihn der erste Lichtstrahl des Geistigen, des Erwachens trifft.

Diesem Jüngling sehr verwandt sind auch die beiden, ganz in ihre Lektüre vertieften Mädchen. Die Eine neigt sich mit dem geöffneten Buch zu der ruhig dastehenden Gefährtin. Jede dieser mit langen Gewändern bekleideten, schlanken Figuren stellt gleichsam einen Block für sich dar; ihre Verbindung zu einer geschlossenen Gruppe wird weniger durch eine äußerliche Zueinanderwendung ihrer Körper, als durch ihr gleiches Tun, das Lesen, erreicht. Denn beide sind in die gemeinsame Lektüre versunken, sie scheinen einem besonders feierlichen Text mit ehrfurchtsvoller Hingabe zu folgen. Die Außenwelt existiert für sie gar nicht; die geistige Beschäftigung erfüllt sie ganz und gar.

Beobachten wir nun die künstlerische Handschrift des Bildhauers. Sicher, aber bedächtig, ohne Eile umschreibt der Zeichner den Jüngling. Wieder und wieder wird die Linie abgesetzt wie um Atem zu holen, um Korrekturen einzuschalten. Letzere sowohl, als auch die Anlage von fein abgetönten Flecken erzeugen jene Plastizität, welche die Zeichnung sofort als die Schöpfung eines Bildhauers erkennen läßt. Ähnlich steht es bei der Bronze-Gruppe der lesenden Mädchen. Umriß und Modellierung sind zwar knapp, aber die kleinen Unebenheiten der Oberfläche gestatten keine schwungvolle Bewegung vielmehr verraten alle Formen Ruhe, innere Festigkeit und Neigung zur Kontemplation. Wir sehen: die Ausdrucksmittel entsprechen dem Inhalt.

Die Mädchengruppe mißt 55 cm, ein relativ kleines Format, die Größe einer Statuette. Dieser Maßstab ist bei Marcks kein Ausnahmefall, sondern eher die Regel: er scheint seine Vorstellungswelt bei diesen kleineren Formaten am besten realisieren zu können. Hinzu kommt eine weitere Beobachtung. Überblickt man sein Oeuvre, so lassen sich nur selten bewegte oder heftig agierende Gestalten finden. Seine Figuren sind still, nur vereinzelt wird eine Handlung dargestellt, und auch dann geschieht alles mit Gelassenheit und Behutsamkeit. Selbst sein „Schuhplattler“ hat eher die ruckartige Geste einer Marionette, die plötzlich angehalten scheint. Die Pathetik eines Bourdelle, die Wucht eines Barlach, die Anspannung Marinis und die ausstrahlende Plastizität Maillols fehlen bei Marcks. Vielmehr läßt sich die Verhaltensweise des Künstlers am besten durch seine eigenen Worte kennzeichnen: „Man kann nicht zugleich lauschen und handeln. Wem aber das Lauschen, das Schauen auferlegt ist, der muß auf den Willen verzichten.“<sup>\*)</sup>

Wir sprachen von kleinem Format, von der Stille der Marcks'schen Welt und von seiner Wendung nach innen. All das dürfte wichtig sein, aber besagt immer noch nicht sehr viel. Marcks stellt in überwiegender Mehrzahl junge Menschen dar, und wiederum mit Vorliebe Knaben und Jünglinge. Dies scheint ihm gemäß zu sein; die Welt des wirklichen Mannes interessiert ihn kaum, noch weniger die der Frau. Das Vitale und Sinnliche ist fast gar nicht vorhanden, alles Erotische scheint nicht zu existieren<sup>\*\*)</sup>. Was wir mit bevorzugter Liebe behandelt sehen ist der Ephebe, und junge, fast kindliche Mädchen grad vor dem Erblühen. Bezeichnend sind auch die meisten seiner Themen wie „Mutter und Tochter“, „Geschwister“, „Freundschaft“, ferner solche wie Musizierende, christliche Inhalte, der Prophet, der

<sup>\*)</sup> Aus einer Rede, gehalten anlässlich der Verteilung des Kulturpreises der Stadt Wiesbaden am 10. Mai 1953.

<sup>\*\*)</sup> Große Frauengestalten bleiben bei Marcks Ausnahme und sind nicht immer überzeugend, z. B. „Pomona“ (1930), „Thüringer Venus“ (1930), „Maja“ (1942), „Freya“ (1949).

Engel. Was Marcks zu gestalten sucht, kommt aus dem Seelischen und Geistigen, oft aus dem Bereich einer astralen Welt — „Orion“, „Seraphita“, „Eos“ — einer schwebenden Immanenz, einer gotischen und romantischen Vorstellung. Daß gerade er zur Vollendung des Barlachschen Skulpturenzyklus für die Fassade der Lübecker Katharinenkirche herangezogen wurde, und diese Aufgabe entsprechend löste, darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden.

In Frankfurt soll Marcks eine Skulptur für die Wandelhalle der Universität schaffen. Daß die Wahl auf diesen Künstler fiel, dürfte seinem Vermögen und dem gestellten Thema entsprechen.



Galerie Hoffmann, Hamburg

Denn wer sonst wäre besser geeignet, „das Leitbild“ darzustellen, als jener Künstler, der Reifen und Wachsen nicht im vital-biologischen Sinne begreift, sondern im Ahnen und Einbruch des Geistigen, das hinfort das Handeln und Sein des Menschen bestimmt.

B. Ludwig Döry

## Mikrobibliographisches

Es gibt in den letzten Jahren kaum einen Buchladen, dessen Auslagen nicht von grellfarbigen, Beachtung heischenden Taschenbuchreihen flankiert wären. Sie bestechen durch die Qualität ihrer Autoren einerseits und die Quantität der zum Erwerb erforderlichen Geldmittel andererseits. Sie wirken, wie der Name schon zu verstehen gibt, nur in Reihen, reizen also zum Sammeln.

Diese Serien, soweit sie wie bisher belletristischen Charakters sind, fordern nicht mehr ab, als Freude darüber, daß es nun auch mit wenig Geld möglich, in den Besitz guter Unterhaltungsliteratur zu kommen.

Problematischer ist der Wert einer solchen billigen Serie, wenn sie wissenschaftliche Themen zum Gegenstand hat, wie die Reihe der Urban-Bücher des Kohlhammer-Verlages. Deren einzelne Bände behandeln spezielle Themen der Kunst-, Kultur- und Geistesgeschichte, die miteinander bis auf einen Fall keinen inneren Zusammenhang aufweisen. Man scheint sich nicht entscheiden zu können, ob die Reihe enzyklopädisches Wissen vermitteln oder zeitkritische Analysen geben soll. Das Vorhandensein beider Wesenszüge (Paatz-Holborn) erweckt unwillkürlich Mißtrauen gegenüber einer sorgfältigen Auswahl des Herausgebers. Durch diese Diskontinuität der einzelnen Darstellungen miteinander im Verein mit der finanziellen Erreichbarkeit dieser

Bücher wird eine Entwicklung in starkem Maße gefördert, die man im Taumel des Vielwissens nicht erkennt oder aber nicht erkennen will. Die Urban-Bücher sind prädestiniert, im Bücher-schrank des kleinen Mannes den Platz einzunehmen, den in den Elterngenerationen die Klassiker beanspruchten. Die Freude an den ästhetischen Schriften Lessings ist dem Hunger nach Faktenwissen zum Opfer gefallen. Durch die Lektüre dieser Kohlhammerschen Bücher nun wird der Unvoreingenommene sein Wissensniveau im Speziellen auf eine Höhe schrauben können, in der ihm mangels Ablehnungsmöglichkeit ein Schwindelgefühl ankommt oder — je nach Veranlagung — in der er von der intellektuellen Unzufriedenheit befallen wird.

Es wäre ungerecht, dieser Bedenken gebenden Andeutung allgemeiner Art nicht eine verdiente Würdigung der Urban-Reihe an sich anzuschließen, denn sie ist eine Verlagsleistung ersten Ranges. Wenn die Bücher in die richtigen Hände gelangen, erfüllen sie zweifellos den vom Verleger gedachten Zweck, die Lücke erschwinglicher und trotzdem guter wissenschaftlicher Lektüre zu schließen.

Die bisher erschienenen Bände (Walter Paatz: Die Kunst der Renaissance in Italien; Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen; Sabatino Moscati: Geschichte und Kultur der semi-

tischen Völker; Eberhard Otto: Ägypten) entsprechen, trotz des geringen Preises von 3,60 DM pro Band bzw. 4,80 DM pro Bildband, sowohl in der Auswahl und Konzeption der Autoren als auch in der sachlichen Fundamentierung und Sprache hohen Anforderungen und sind durchaus verwertbare wissenschaftliche Literatur. Die nächsten geplanten Bände (Robert Oertel: Die Frühzeit der italienischen Malerei; Edward Conze; Der Buddhismus und Hajo Holborn: Der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems) werden sich aller Voraussicht nach die gleiche Zustimmung zu verdienen wissen. Mit dem obigen Vorbehalt kann man eine Vermehrung dieser exakten Darstellungen im Hinblick auf die recht schmale Finanzbasis der Studenten nur wünschen.

W. Schaffernicht

### Neue „Akzente“

Im Carl Hanser Verlag, München, erscheint eine neue Zeitschrift für Dichtung, „Akzente“, hrg. von W. Höllerer und H. Bender. Neben der Veröffentlichung bisher unbekannter Lyrik, Epik, Dramatik zeitgenössischer Dichter, dient sie durch Beiträge namhafter Autoren der literaturwissenschaftlichen Forschung.

Der Artikel „Fernsehen als Ideologie“ (DISKUS 1/54) wurde mit der freundlichen Genehmigung des Hans Bredow-Instituts aus dessen Zeitschrift „Rundfunk und Fernsehen“ abgedruckt.

### JEDER BAND DM 1.90

- 44 REINHOLD SCHNEIDER Philipp II.
- 45 STEFAN ZWEIG Phantastische Nacht
- 46 STEFAN ANDRES Die Liebesschaukel
- 47 SIGMUND FREUD Abriss der Psychoanalyse
- 48 JOACHIM ERNST BERENDT Das Jazzbuch
- 49 OPERNFÜHRER Von Monteverdi bis Hindemith
- 50 RUDOLPH WAHL Karl der Große

**FISCHER BÜCHEREI**

1868

85 Jahre

1953

Die Buchhandlung für den Mediziner

**JOHANNES ALT**

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin  
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134,  
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken



Strichätzungen

Farbätzungen

Autotypien

Galvanos

Rotaprintfolien

Matern · Stereos

**RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT/M**  
Mainzer Landstraße 216  
Ruf 34672

# Briefe an die Redaktion

## Studentenselbstmorde

Sicherlich haben viele Kommilitonen die Zeilen gelesen, die Se. Magnifizienz in der Dezember-Nummer des DISKUS über die Todesfälle unter den Studenten geschrieben hat. Dabei fiel ihm besonders die verhältnismäßig große Zahl von Studierenden auf, die sich selbst das Leben nahmen.

Die Entwicklung der letzten Jahre, die die wirtschaftliche Not bei vielen gemildert hat, täuscht und läßt meinen, daß damit auch jede tiefere Not behoben sei. Welche Schwierigkeiten sich aber unter den scheinbar sicheren und geregelten Lebensverhältnissen verbergen, lassen die Selbstmorde ahnen.

Hier handelt es sich zwar immer um private Angelegenheiten, in die man einen anderen Menschen nicht hineinsehen lassen möchte; erfahren aber diese persönlichen Nöte nicht durch einen freiwillig vollzogenen Tod eine viel größere Öffentlichkeit als in der Aussprache mit einem vertrauenswürdigen Menschen?

Daher mögen sich alle Kommilitonen, die sich in einer scheinbar ausweglosen Situation befinden, an einen anderen Menschen wenden. Magnifizienz bot dafür seine Hilfe an. — Die Studenten sollten sich aber auch untereinander helfen; sie sollten für ihre Kommilitonen, mit denen sie Vorlesungen hören und in Seminaren zusammenarbeiten, offen und bereit sein, damit diese sich bei Schwierigkeiten an sie wenden können. Mögen alle daran denken, daß auch ein scheinbar gescheitertes Leben einen Sinn haben und noch zu seiner eigentlichen Erfüllung kommen kann. — Hier haben gerade die christlichen Gemeinden eine Aufgabe.

Peter Hempel  
(ESG)

Hanns Schreiner  
(KSG)

## Schädigung des deutschen Ansehens

Der gute Ruf der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen gilt in der ganzen Welt. Generationen von Gelehrten haben ihn geschaffen und erhalten. Er gehört zu den beständigen Werten des internationalen Ansehens und hat eine ähnliche Bedeutung wie der Begriff „Deutsche Wertarbeit“. Wer das Ansehen der deutschen Hochschulen schädigt, zerstört wertvolles Volkseigentum.

Am 3. Dezember 1953 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ ausführlich über die Unterschlagungen in der Berliner Technischen Universität. „Schon im November 1952 wurden die ersten Unregelmäßigkeiten bekannt ... Im Sommer 1953 entdeckte der Rechnungshof bei der Routineprüfung abermals die gefälschten Rechnungen ... 100 000,— DM erschwindelt ... Danach erst wurde die Angelegenheit der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft übergeben und auch den zuständigen Senatsdienststellen gemeldet. Wochenlang hat sich das Senatsamt für Volksbildung in Schweigen gehüllt.“

Hier ist ein Fehler der Personalpolitik unbemängelt ans Licht der Öffentlichkeit getreten. Wieviele ähnlicher Fehler liegen an dieser und anderen Hochschulen vor, ohne daß wir etwas davon wissen? Wissenschaftliche Qualifikation und charakterliche Eigenschaften sollten die Richtlinien für die Personalpolitik an Universitäten und Technischen Hochschulen bestimmen. Nach dem II. Weltkrieg ließ man sich allzu oft von anderen Momenten leiten. Man hört z. B. manchmal, daß das Parteibuch eines Hochschullehrers eine Rolle spielt? Oder sogenannte Beziehungen?

Was den oben zitierten Fall der Berliner TU angeht, so ist er für uns dreifach schmerzlich:

1. Als Deutsche empfinden wir, daß man etwas von unserem Ansehen zerstört hat.

2. Als Steuerzahler empfinden wir, daß man unser Geld verschwendet hat.
3. Als Freunde der Technischen Universität und der Stadt Berlin empfinden wir, daß man uns mit solchen Vorfällen eine schlechte Lektion über die „Berlinerhilfe“ gegeben hat.

Wir werden Berlin und seine TU weiter unterstützen, weil wir uns davon überzeugt haben, daß dort Anerkennenswertes geleistet wird. Der Verfasser hat z. B. von der Aufbauleistung des „Instituts für Schweißtechnik“, das er erst im Oktober 1953 besuchte, einen hervorragenden Eindruck. Wenn auch noch nicht wieder alle Räume und Einrichtungen nach den enormen Kriegsverwüstungen zur Verfügung stehen, so erkennt man, daß hier Lehrmethode und Forschung schon den Anschluß an das internationale Niveau gefunden haben. Es sind viele junge Menschen an der TU Berlin und an allen anderen deutschen Hochschulen, die sich in Begeisterung und Aufopferung der wissenschaftlichen Arbeit widmen und die aufrichtig und von lauterem Charakter sind. Mit Fleiß und Bescheidenheit tragen sie ihren Teil dazu bei, den Schaden des Ansehens der Berliner TU wieder auszubessern. Wir wollen gerecht sein und diese positiven Werte berücksichtigen. Aber wir erwarten auch, daß die vorgesetzten Behörden eine saubere Personalpolitik betreiben und ihre Aufsichtspflicht sehr ernst nehmen.

Dr. Hans Messer

## Wettbewerb in der Retorte

Herr Friedrichs glaubt in seinem Aufsatz „Wettbewerb in Liquidation“ im Januar-DISKUS die Konkurrenz tot sagen zu können. Zum Glück aber ist Sterben nicht eine Funktion der Todeserklärungen. Der Verfasser macht nämlich den entscheidenden Fehler, daß er Idealtyp mit Realtyp verwechselt. Eine Marktwirtschaft mit der „bedingungslosen Anerkennung des rational-ökonomischen Prinzips“ hat es nur in der Theorie gegeben, in Wirklichkeit hat diese Marktwirtschaft in der Vergangenheit ebensowenig bestanden, wie sie in der Zukunft existieren wird.

Nimmt man den Begriff „Marktwirtschaft“ nicht als eine gedankliche Konstruktion, so wird damit eine bestimmte gesellschaftspolitische Ordnung verstanden, die auf den Grundsätzen des Leistungsprinzips und der Leistungskonkurrenz beruht. Das Beiwort „sozial“ soll den Akzent andeuten, unter dem diese Wettbewerbsordnung stehen soll. Die Eliminierung des irrational (nicht irrational!) „Sozialen“ ist dann auch unzulässig, wenn man unter „sozialer Marktwirtschaft“ nicht ein theoretisches Modell versteht, an dem die Wirtschaftsstudenten ihren intellektuellen Scharfsinn beweisen können, sondern eine politische und gesellschaftliche — freilich mit allen menschlichen Schwächen behaftete — Realität, die das Vertrauen von mehr als  $\frac{2}{3}$  des deutschen Volkes besitzt (siehe 6. September!), und deren Erfolge gerade in den nicht-marktwirtschaftlich orientierten Ländern anerkannt, ja bewundert werden. Was Herr Friedrichs beweist, ist, daß es keinen Zustand vollkommener Konkurrenz gibt, aber dazu hätte es des Friedrichsschen Beweises nicht bedurft. Kein Verständiger hat die Gegenbehauptung je aufgestellt, weil dieser Zustand Prämissen bedingt, die es in praxi gewissermaßen a priori nicht geben kann.

Mit den übrigen Thesen schießt der Verfasser gleichermaßen am Ziel vorbei. Die Tatsache, daß wir oligopolistische Märkte haben, besagt nichts, aber auch gar nichts darüber, ob auf ihnen nicht eine erbitterte Konkurrenz herrscht. — Natürlich ist die Reklame nicht für die ratio gedacht — wiewohl sie immerhin zu der für die Marktwirtschaft notwendigen Aufgabe der Schaffung der Markttransparenz beiträgt — aber haben nicht unsere Urgroßväter genau so mit Suggestivmethoden, ihrer Zeit angemessenen selbstverständlich, gearbeitet?! Glaubt nicht auch Herr Friedrichs, daß die Umsätze eines Geschäftes nur deshalb höher waren, weil dieses eine hübschere Verkäuferin als seine Konkurrenten hatte! Die Reklame schafft also hinsichtlich ihres irrationalen Einflusses auf die Wettbewerbsauslese keine prinzipiell neue Situation, weil die Menschen sich niemals nur von Kategorien der Vernunft leiten ließen, und es hoffentlich auch in Zukunft nicht tun werden.

Die Tendenz der zunehmenden Konzentration in weiten Wirtschaftszweigen, die Beherrschung der Märkte durch einige Großunternehmer, wobei es wiederum für den Wettbewerb völlig belanglos ist, ob der Chef „nur“ Manager oder Eigentümer selbst ist, solange er nur das Wohl „seines“ Betriebes verfolgt, liquidiert nicht den Wettbewerb sondern modifiziert ihn! Außerdem werden bei der zu erwartenden europäischen Wirtschaftsintegration neue Konkurrenten auftauchen, mit denen man jetzt nur auf den Auslandsmärkten zu kämpfen hat.

Welche Ordnungsformen für den Wettbewerb gefunden werden, in welchem Rahmen er als „eine staatliche Veranstaltung“ ablaufen soll, ist eine diskutabile Frage. Aber man sollte nicht die Beseitigung des Wettbewerbs wünschen oder seine Zerstörung dulden, wenn man nicht auf das Niveau einer Zentralverwaltungswirtschaft herabsinken will, in der die Menschen nicht nach ihren Leistungen sondern nach ihren „Bedürfnissen“ entlohnt werden, deren Bestimmung einer allmächtigen Bürokratie überlassen werden muß. Wie gehabt!

Peter Schade

## „Studenten, wählt eure Vertreter!“

Also lasen es die Kollegen Zoologen im Juli 1953. Damals war der Ort, allwo man es lesen konnte, noch warm, und mancher blieb stehen und las selbigen.

Denn ein Plakat hing dort.

Die (Jahres)zeiten änderten sich. Nicht so das Institut. Nur statt des Lichtes und der Sonne fanden der Wind und die Kälte ungehinderten Zutritt zu jener repräsentativen Stelle des Zoologischen Institutes, da das Plakat seine bleibende Ruhestätte fand.

Denn das Plakat hing immer noch da.

Zwar hatte es im Laufe der Zeit ein wenig an Aktualität verloren, außerdem war es an besagter Stelle lausig kalt. Und auch Staub und Trümmerschutt laden nicht zum Verweilen ein. Aber — das Plakat hängt immer noch.

Und wieder naht die Zeit der Astawahl, und siehe: das im Bombenschutt und Trümmerstaub ergraute Plakat wird wieder aktuell. Sehr aktuell sogar, denn es sagt Wort für Wort das gleiche, wie seine um  $\frac{1}{2}$  Jahr jüngeren Geschwister. Nur Farbe und Daten haben sich unauffällig geändert, aber wer merkt das wohl schon!

Nachtrag: Da dort noch ein Plakat hing, brachte die sparsame Fachschaft auch kein neues an. Trotzdem zupfte pietätloser

Biologennachwuchs das Plakat ab, um ihm ein gebrechliches Alter zu ersparen. Wir werden ihn zur Rechenschaft ziehen, und zwar auf der nächsten Fachschaftsversammlung, welche auf selbigem Brett für den ... Juli 53 (in Worten: dreiundfünfzig) angekündigt ist.

Vogl, Steinhilf

## Gruppenegoismus

Es hat den Anschein, als ob die Parlamentswahlen an Aktualität und Bedeutung gewinnen. Wenn dabei die Selbstverwaltung weiter ausgebaut und gefestigt würde, wäre das sicher zum Besten der Studentenschaft. Gerade dies aber ist bei der sich nun abzeichnenden Entwicklung noch sehr in Frage gestellt. Die Kreise, die, wie man hört — und erfahren wird — einen Sturm auf die Parlamentssitze unternehmen, handeln nämlich aus gruppenegoistischen Gründen. Man will Sitze im Parlament gewinnen, um dann mit Hilfe von Parlamentsbeschlüssen gegen das von den Rektoren erlassene Verbot des Farbentragens und Mensurenschlagens vorgehen zu können.

Die Landsmannschaft Frankonia hatte als erste den „Wahlkampf“ für die Februar stattfindende Wahl eröffnet. Sie und ihre Bundesgenossen schienen Oberwasser zu spüren. So kam es besagter Landsmannschaft in den Sinn, kurz vor Beginn der Parlamentswahlen ihren aufrichtigen Willen zur Mitarbeit an der studentischen Selbstverwaltung zu beweisen. Zu diesem Zwecke grub sie — in Ermangelung sonstiger Argumente — eine schon verstaubte Sache aus und servierte sie dem Leserpublikum des DISKUS in der Januarnummer unter der Überschrift „Nochmals: Parlamentswahlen“. Hier soll — obschon sich eine Richtigstellung lohnen würde — nicht mehr auf die Sache selbst eingegangen werden. Es ist ja kein Geheimnis, daß wie bei den meisten vorangegangenen so auch bei der dort angegriffenen Wahl vom Ende des letzten Sommersemesters nicht paragraphenrechtlich verfahren wurde einfach deswegen, weil bis zum offiziellen Schluß der Kandidatenlisten noch so wenig Kandidaten vorhanden waren, daß der Asta froh war, wenn sich noch welche nachmeldeten. Und daß er damit mindestens genauso „im Sinne der gesamten Studentenschaft und auch des Studentenparlaments“ gehandelt hat, wie es die Landsmannschaft Frankonia in jenem Artikel getan zu haben vorgibt, ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Landsmannschaft hat natürlich in diesem Zusammenhang verschweigen müssen, daß sie eigentlich nur aus rein egoistischen Gründen gehandelt hat und ihr an der eigentlichen Selbstverwaltung gar nichts gelegen ist. Das anfechtende Mitglied erklärte nämlich dem Wahlausschuß gegenüber, es werde nur dann anfechten, wenn einer der beiden nachgemeldeten Kandidaten gewählt würde. (Sie gehörten dem SDS bzw. CV an!)

Gerade hier zeigt sich wieder einmal, daß Landsmannschaften eine eigene Begriffswelt haben, an der jede Auseinandersetzung mit ihnen scheitern muß. Vielleicht wird schon das nächste Parlament die Probe aufs Exempel sein. Hoffen wir, daß die eigentliche Arbeit nicht darunter leidet.

Leonhard Schardt

# Handelsblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG

# DER BETRIEB

WOCHENSCHRIFT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT  
STEUERWESEN · WIRTSCHAFTS- U. ARBEITSRECHT

Studentenabonnements zum mehr als 50% ermäßigten Bezugspreis. Verlangen Sie Prospekte und kostenlose Probenummern durch den ASTA oder vom Handelsblatt-Verlag, Düsseldorf, Pressehaus.

## Wir sind stur ...

Wer's nicht glaubt, gehe an die Eingangstür der Universitätsmensa, unterdrücke seinen akademischen Ständedünkel und lese, was schwarz auf weiß geschrieben steht:

„Mit Mappen, Büchern oder dergl. belegte Plätze können sofort von jedermann eingenommen werden.“

Endlich ein Rezept, wie man's machen soll: nur ja keine Hemmungen! Liegt eine Mappe auf dem Stuhl — schieben Sie sie ruhig weg und nehmen Sie Platz: die Dame, die mittlerweile für ihr Essen angestanden hat, wird sich auf dieselbe Weise einen neuen Stuhl erobern.

Leider ist das Plakat von seinem Urheber nicht gezeichnet. Man weiß also nicht, bei wem man sich für den galanten Rat bedanken soll: sei nur taktlos, dann bringst Du's zu etwas, folglich auch zu einem Sitzplatz.

Man wird mit Statistiken winken, nach denen Plätze länger mit Mappen belegt waren als nötig. Man wird uns erzählen, daß sich, wenn nur jeder stur genug ist, alles von selbst reguliert — aber das sind keine Begründungen für eine Aufforderung zur Unhöflichkeit.

Ich kann mir nicht denken, daß jemand seine Mappe stundenlang auf einem Stuhl liegen läßt. Der Betrieb in der Uni-Mensa fordert, daß man erst einen Platz suchen muß, bevor man sich an der Essenholerschlange anreihet. Wird nach dem Plakat gehandelt, dann liest man seine Mappe irgendwo wieder auf, wenn man mit dem Essen jonglierend von der Theke zurückkommt und sucht einen zweiten Platz.

So geht es nicht. Was man verbieten kann, ist: daß jemand mehr als zwei Plätze belegt. Was man wünschen dürfte, ist: daß die Verbindungen vielleicht nicht mehr gerade in der Mittagszeit im Bauernstübchen tagen. Doch so wie das Plakat jetzt ist, taugt es nichts gegen die Übel einer Selbstbedienungsmensa.

Außerdem: es handelt sich zweifellos um eine „studentische Angelegenheit“. Aber weder Asta noch Parlament sind gehört worden. Wenn eine Fakultät Neuerungen beabsichtigt, die uns direkt betreffen, hört sie uns erst an. Aber nicht irgendeinen Studenten, der gerade eine plausible Idee zu haben glaubt, sondern die gewählten Vertreter. Nur die Mensaverwaltung kann es sich leisten freiweg zu dekretieren.

Es lebe also der Ellbogen! Oder darf man etwa hoffen, daß das diese Blankovollmacht für räpelhaftes Betragen bald verwirrt?

K. Flasch, Sprecher der phil. Fachschaft

# Stets

bereit  
schnell  
sauber  
sicher  
billig

# Elektrizität

in jedem Gerät

# Stadtwerke Frankfurt a.M.

# Das Grundproblem der Philosophie

von W. Cramer

## 1. Die Unwissenheit, das Wissen betreffend

Was wir wissen, das lohnt sich nicht zu wissen, und was sich lohnt zu wissen, wissen wir nicht. „Was man nicht weiß, das eben bräuchte man und was man weiß, kann man nicht brauchen.“ Was lohnt sich denn zu wissen? Was ich bin, lohnt sich zu wissen. Was besagt das, dieses mein Dasein? Zu welchem Ende bin ich hier in dieser Welt, zu ihr gekommen? Um zu sterben? Was soll das alles? So selbstverständlich mir es ist, es ist höchst rätselhaft. Naturwissenschaft und Historie lösen mir dies Rätsel nicht. Sie schieben doch nur ihren Stein von Feld zu Feld. Ich habe genug davon. Versuchen will ich, zu ergründen, was ich bin.

Geboren bin ich . . . , Sohn des . . . , aufgewachsen . . . Doch das weiß ich ja. Das will ich gar nicht wissen. Zuvor schon bin ich etwas, indem ich all das weiß, was sich nicht lohnt zu wissen: ein Wissender. Wissen bin ich. Nur deshalb konnte ich werden, der ich bin. Denn eben wissend lernte ich, erfuhr ich, entwickelte ich mich, nahm ich zu an Wissen, weiß ich, wie ich wurde. Was bin ich, indem ich Wissen bin? Ist das noch eine Frage? Nur deshalb, weil ich Wissen bin, jedenfalls weiß ich von der Welt, von anderen, die Wissen sind, kurz alles, was ich weiß. Ich weiß z. B., daß ich auf diesem Papier hier schreibe. Das Papier weiß ich, den Tisch, das Zimmer, das Haus . . . , das Land, die Erde, die Welt. Das ist Ungeheuerlich eigentlich, und gar erst dies, daß ich bei der Welt enden muß. Sei das Papier, sei der Teller, wenn überhaupt so etwas ist, ein Ding nämlich, gleichgültig welches, dann ist es in der Welt. Also ist die Welt kein Ding, ein ganz großes, das größte sozusagen. Ein Ding könnte auch anders sein, oder ein anderes Ding könnte sein. Aber in der Welt muß es sein. Was mag die Welt dann sein? Diese Frage mag schon zu unbescheiden sein. Ich will versuchen, mir Einfacheres klarzumachen, z. B. das Wissen vom Papier.

Das weiß ich, daß das Papier ist, gleichgültig, ob ich's weiß. Schon klarer wird mir damit, was Wissen ist. Ich sehe das Papier, aber ich weiß, daß das Papier auch ist, wenn ich's nicht sehe und nicht weiß. Im Sehen habe ich dieses Wissen mit. Da ich ja das Papier als vorhanden weiß, ob ich es sehe oder nicht, weiß ich jetzt auch, was Sehen ist; ein Richten meiner selbst, meines Bewusstseins auf Papier. — Ein Richten? Das ist doch offenbar Unsinn. Wie denn soll ich mich auf's Papier richten können? Es müßte mir, meinem Bewußtsein ja schon zur Verfügung, zur Wahl stehen. Ich müßte mich schon darauf gerichtet haben.

Folgendes bedenke ich auch. Das Papier ist ein Ding, aber das Sehen nicht. Das Gesehene Ding ist im Raume, aber nicht das Sehen. Wie denn soll beides zusammenkommen, das Sehen und das Gesehene? Wie soll das unräumliche Sehen sich auf Räumliches „richten“, auf Räumliches, d. i., ob das Sehen und Wissen ist oder nicht. Es ist nichts mit dem Richten.

Meine gänzliche Unwissenheit muß ich erklären betreffs des Wissens. Ich weiß wohl, daß ich Wissen bin. Aber was ich bin, indem ich Wissen bin, das weiß ich nicht. Ich weiß nämlich nicht, wie Wissen Wissen v o n ist. Ich darf wohl auch nicht erwarten, so schnell ein Wissender zu werden betreffs des Wissens. Es dürfte einige Mühe kosten, das zu werden. Etwas aber weiß ich schon, folgendes: das, was ich weiß, ist nicht erst da ohne alles Wissen, und danach erst tritt das Wissen zu ihm hinzu und weiß es. So ist das „von“ nicht möglich. Jetzt aber weiß ich doch schon Wesentliches betreffs des Wissens. Das, wovon ich weiß, das, was ich habe, sei es wissend oder sehend, ist ursprünglich d u r c h das Wissen, durch das Haben. Was also ist Wissen? Ein ursprüng-

liches Setzen des Gewußten. Was ist Sehen? Ein ursprüngliches Setzen des Gesehenen.

Das ist des Staunens wert. Ein ganz Außerordentliches bin ich offenbar. Ein solches, das Dinge, Gewußtes, also auch wohl die Welt ursprünglich setzt. Ein Weltursprung bin ich! Ist das wahr?

Es kann nicht wahr sein. Dann wäre es ja unmöglich, daß ich das Papier wüßte als vorhanden, ob ich's sehe oder nicht. Wie kann das Papier ursprünglich Setzung sein, da ich doch weiß, es ist nicht Setzung? Wie komme ich heraus aus dieser Aporie?

## 2. Der Gegenstand und das Transzendente

Ich will meine Gedanken ordnen. Ich habe eingesehen, daß das, wovon ich weiß, ursprünglich durch Wissen ist, Setzung. Das ist nicht zurückzunehmen. Sonst würde Wissen vollkommen unverständlich. Ich muß also fragen: wie kann ich wissen, daß das, was durch Wissen ist, ist, auch wenn es, das Wissen nicht ist. Das ist die Grundfrage offenbar, die entscheidende betreffs des Wissens. In ihr geht's nun um mich, um die „Substanz“ des Ich.

Ich brauche eindeutige Benennungen. Ich nenne ein solches, das ist, ohne ein Bezogenes des Wissens, des Bewußtseins, zu sein, das also ist unabhängig von solchem Bezogenem, nicht als Bezogenes ist, ein Transzendentes. Ein solches aber, das durch das Wissen ist, nenne ich Setzung. Setzung, die gewußt wird als Nichtsetzung, als unabhängig vom Setzen, nenne ich Gegenstand. Ich weiß: der Gegenstand kann nicht ein Transzendentes sein, auf das sich das Bewußtsein nur gerichtet hat. Setzung ist er. Ob es Transzendentes gibt, weiß ich nicht. Vielleicht weiß ich es später. Wie kann das Wissen Wissen vom Gegenstande sein? Das ist die Grundfrage. Der Gegenstand ist durch das Wissen. Das ist festzuhalten. Aber das Wissen weiß ihn so: er ist, ob er gewußt wird oder nicht. Vorläufig ist es mir völlig dunkel, wie das möglich ist. Aber ich habe meine Unwissenheit in einer präzisen Frage konzentriert. Das ist ein Fortschritt.

Was heißt das „Gegenständigkeit“? Offenbar dieses heißt es (jedenfalls gehört dieses Moment wesentlich zum Wissen vom Gegenstande): der Gegenstand ist, sofern er Gegenstand ist, nicht meinem Belieben, meinem Dafürhalten preisgegeben. Er ist aber, das weiß ich ja, grundsätzlich durch das Bewußtsein, Bewußtseinsbezogenes prinzipiell. Was denn hält es ab, wehrt es ab, daß er meinem Belieben preisgegeben ist? Da er nicht zuerst ganz unbezogen und in seiner Unbezogenheit erst bezogen wird, so gibt's nur eine Antwort: eben das Bewußtsein selbst nur, dessen ursprünglich Bezogenes der Gegenstand ist, kann die Abwehr sein. Das Bewußtsein muß also aus sich selbst ein Prinzipium der Abwehr sein, d. i. ein dem individuellen Belieben entziehendes Beziehen. Das Bewußtsein ist demnach im Beziehen des Bezogenen ein ganz ausgezeichnetes Beziehen: Entziehen, Beziehen vom Modus „Entzug“. In solchem entziehenden Beziehen setzt es, stiftet es Gegenständigkeit.

Dies stimmt ja mit der Lehre der Transzendentalphilosophie zusammen. Jenes entziehende Beziehen meinte wohl Kant mit seinem Begriff des Transzendentalen. Der Gegenstand der Erfahrung ist, so lehrte er, durch die transzendente Funktion des Bewußtseins „konstituiert“. Ich darf daher so sagen: in seiner äußeren Erfahrung ist dem Bewußtsein der Gegenstand a l s transzendent, als ihm entzogen bewußt, und eben darin ist das Bewußtsein das diese Als-Transzendenz Begründende, transzendente Funktion. Allerdings, wie diese transzendente Funktion ausgewiesen ist, warum Bewußtsein transzendente Funktion ist, das ist mir noch durchaus dunkel. Auch bei Kant ist es noch dunkel geblieben, wie die Literatur über diese Frage beweist.

Umständen auch (sich unklar) seine Invarianz. Alle Setzung steht unter der Bedingung der Invarianz und Transzendenz „Bewußtsein“. Wodurch ist diese Transzendenz bestimmt? Diese Frage ist unabweisbar. Denn alles irgend Bestimmte ist bestimmt durch . . . In seiner nicht durch es selbst gesetzten Transzendenz ist das Bewußtsein „Beziehen aus sich“. Das ist es, gleichgültig, ob es sich darüber klar ist. Dieses Beziehen aus sich, welches auch Beziehen auf sich ist, sei S i c h b e s t i m m e n genannt. Als was das Bewußtsein sich bestimmt und was es sonst sich bestimmt, das hat es aus sich bezogen und gesetzt. Aber Sichbestimmen zu sein, das hat es nicht gesetzt. Das ist es. Da das Sichbestimmen nicht sich setzt, ist es also nicht durch sich bestimmt. Somit gilt: als Sichbestimmen ist das Bewußtsein nicht durch sich bestimmt. Eine grundlegende Einsicht ist, was sich da ergeben hat. Gerade weil das Bewußtsein Sichbestimmen ist und das nicht setzt, kann es eben diese Einsicht auch aus sich ziehen. Doch wird es damit nicht zu seiner Setzung, weil seine Setzung Herausbezogenes des nicht durch sich bestimmten Sichbestimmens ist. Das Bewußtsein ist in seiner Invarianz ein abhängiges Sichbestimmen.

Es gilt nun das Andere, von dem das nicht durch sich bestimmte Sichbestimmen prinzipiell abhängt, positiv zu bestimmen. Die Invarianz „Bewußtsein“ ist Herausziehen aus sich. Habe diese Invarianz X bezogen, dann muß sie weiter aus sich beziehen, um X festzuhalten oder Y beziehen zu können. Die Invarianz mag X oder Y setzen, die Setzung steht unter der Bedingung, daß sie Beziehen aus sich geblieben ist. Dieses Bleiben oder Gebliebensein setzt sie nicht, dann würde sie sich von Grund aus setzen, würde ihr Sein durch sie selbst verfügt sein. Sie wäre in einem letzten Sinne durch sich. Die Invarianz ist nicht durch sich bestimmt, besagt also: sofern sie bleibt oder geblieben ist, ist sie nicht durch sich bestimmt. Das Andere ist somit positiv eine solche Bestimmung, die es gewährleistet, daß der Ursprung Ursprung bleibt. Diese Bedingung des Bleibens ist eine zeitliche Bedingung. Sie kann aber nicht wie der Ursprung zeitlich sein, da ja der Ursprung dies Beziehens die Zeitlichkeit des Bewußtseins selbst ist. Diese Bedingung muß ein in der zeitlichen Ordnung des Auseinander, Bleibendes von äußerer Zeitlichkeit sein. Als Bestand in der Zeit muß diesem Zeitlichen noch ein anderer Ordnungscharakter zukommen, ohne welchen es nicht Bestand in der Zeit sein könnte: Räumlichkeit. Das Andere ist somit äußerer räumlich-zeitlicher Bestand, auf den bezogen, der Ursprung nur bleiben kann. Dieser äußere Bestand hat darin seine spezifische Äußerlichkeit, daß Bewußtsein von ihm abhängt. Er ist der Organismus. Die Invarianz „Bewußtsein“ ist Bewußtsein eines Lebewesens. Das Lebewesen (der Organismus) wiederum ist spezifisches System im Zusammenhange des Äußeren überhaupt: der Welt. Damit ist klar, daß der Organismus und umsomehr die Welt gegen das Bewußtsein transzendent sind. Denn sie sind weder Bewußtsein noch Herausbezogenes (Setzung). Das Bewußtsein hängt vom Organismus ab, ebenso aber ist der Organismus als spezifisches System mit Bezug auf diese Abhängigkeit gekennzeichnet. Es gilt: die Transzendenz „Bewußtsein“ steht unter der Bedingung der Transzendenz der Welt, die transzendent ist gegen das Bewußtsein. Das abhängige Sichbestimmen im Ganzen seiner Abhängigkeit (vom Organismus) genommen heiße Monade. Die Monade ist (als Organismus) in der einen Welt. Die Monade als Ursprung des Herausziehens und Beziehens von Bezogenem, das Bewußtsein also, ist nicht in der einen Welt, denn der Ursprung ist nicht Äußeres.

Erst die Monade trifft das, was man heute Existenz zu nennen pflegt. Meine Existenz ist abhängiges Sichbestimmen. Die philosophische Frage nach der Existenz aber ist die Frage nach dem Grund der Abhängigkeit. Der Grund der Abhängigkeit ist die transzendente und invariante Struktur „Bewußtsein“. Die Abhängigkeit positiv zu bestimmen, darauf kommt es in der Philosophie an.

Heideggers Existentialanalytik wollte eine Metaphysik des endlichen Daseins sein. Diese Metaphysik, so muß man sagen, hat das Entscheidende übersehen. Nämlich gerade die Abhängigkeit (Endlichkeit), hat Heidegger nicht positiv bestimmt. Das führt in „Sein und Zeit“ zu ganz wesentlichen Unklarheiten. Daß das Seiende, dessen Seinsweise Existenz ist (das Dasein), notwendig Monade, ein Lebewesen in der einen Welt sein muß, ist bei ihm außer acht gelassen. Den Begriff des Beziehens aus sich, das Beziehen aus sich als Transzendenz und erst recht die Transzendenz, die gegen jene noch transzendent und eine Bedingung für sie ist, kennt Heidegger nicht. Der Begriff des Organismus hat in seinem Denken keinen definierten Ort. Damit aber bleibt es mit der Existenz im argen. Zu verwundern ist nur, daß diese wesentliche sachliche Schwäche so gut wie nicht bemerkt worden ist, zu verwundern angesichts der allgemeinen Beachtung, die Heidegger gefunden hat.

Wenn der Ursprung das Bezogene aus sich zieht, wie denn hat er es dann „in sich“? Diese Frage ist noch zu beantworten. Der Ursprung muß ein Ziehen aus sich sein mit Bezug auf seine Abhängigkeit. Eben, weil er abhängig ist vom Organismus, ist er als Herausziehen das Trachten, sich mit Bezug auf seine Abhängigkeit zu bestimmen. Die Monade ist trüchtig. Wieder ist an Leibniz zu erinnern, der sagte: die Gegenwart geht mit der Zukunft schwanger. In ihrer Abhängigkeit ist die Monade bestimmt z. B. durch Sinnesreizung. Mit Bezug auf Sinnesreizung zieht der Ursprung aus sich solches Bestimmte sein-durch heraus, bezieht Bezogenes als gegeben. Eben im Herausziehen von Gegebenem tätigt er den Charakter der Hinnahme. Nicht freilich richtet sich der Ursprung auf seinen Organismus oder auf Sinnesorgane (denn die sind ihm transzendent). Sondern er produziert mit Bezug auf seine Abhängigkeit Bezogenes als empfangen. Da er nur sein kann als abhängig, muß er mit Bezug auf seine Abhängigkeit herausziehen aus sich.

Jetzt ist auch klar, warum die Invarianz sich variant, unklar sein muß. Die Invarianz ist abhängig von ihrem äußeren System, das selbst noch durch den Weltzusammenhang bestimmt ist. Daher kann der Ursprung nicht aus sich ziehen, was er als einen fertigen Vorrat in sich hätte. Es ist kein solcher Vorrat, sondern der Ursprung muß Sinnlichkeit, Ziehen aus sich mit Bezug auf Rezeptivität sein. Deswegen ist er immer nur ein individueller bedingter, varianter Weltaspekt.

Die weitere Theorie des Ursprungs kann hier nicht vorgebracht werden. Sehr wesentliche Momente fehlen noch, vor allem das Herausziehen als Denken, die transzendente Funktion des Ursprungs. Hier wäre vorerst zu fragen, wie das Bewußtsein als Ziehen aus sich überhaupt jene prinzipielle Spontaneität, wie Kant es ausdrückt, „Denken“ sein kann. Das führt in schwierige Untersuchungen. Es stellt sich heraus, daß allein deswegen Bewußtsein als Tatsächlichkeit transzendente prinzipielle Funktion sein kann, weil es die Transzendenz „Beziehen auf sich“ ist. Darin ist es nämlich als Tatsache zugleich die Artung von Zusammenhang, als Tatsache Prinzip. Eine äußere Tatsache ist niemals zugleich Prinzip, sondern in der Welt. Soll Bewußtsein ein Prinzip sein können, dann muß die Tatsache so geartet sein, daß sie Prinzip sein kann! — Jedenfalls würde die weitere Ursprungsergründung zeigen, daß der Ursprung auch denken und Weltursprung ist, Ursprung bezogener, gehabter Welt.

Das Ich ist Welt, Weltursprung, aber abhängiger Weltursprung, muß Welt als gegeben aus sich ziehen. Außerdem ist es als Lebewesen in der (nicht herausgezogenen) Welt und darum abhängig. Das Ursprungsproblem der Philosophie muß daher über den abhängigen Ursprung hinausgreifen, das Problem vom Ursprung noch einmal und dann radikal stellen. Das ist die Frage nach dem letzten, schlechthin durch sich bestimmten Ursprung. Erst in der Antwort auf diese Frage kann der seine Abhängigkeit d e n k e n d e Ursprung zur Ruhe kommen und in seiner Abhängigkeit zu seinem einzigen wahren Glück: sich wissen als abhängig vom letzten Ursprung, dem durch sich bestimmten Sichbestimmen.

### 3. Das Transzendente und die Transzendenz des Bewußtseins

Nichts mehr verstehe ich von dem, was ich da eben so gut verstanden habe. Ich kann es nicht gerade aufgeben. Aber eines macht es mir ganz und gar nicht klar. Der Gegenstand ist nach dem, was ich soeben dachte, prinzipiell vom Bewußtsein Gestiftetes. Von welchem Bewußtsein? Nun, eben von meinem, bzw. dem Bewußtsein, dessen Gegenstand er ist. Mein Bewußtsein oder anderes Bewußtsein, jedenfalls aber allein ein individuelles Bewußtsein, ist dieser Transzendentalfunktion mächtig. Die Abwehr und das Abgewehrte ist ein und dasselbe wirkliche Bewußtsein in verschiedenen Funktionen zwar, aber doch dasselbe. Das transzendente Bewußtsein muß ein einzelnes sein und kann nicht das transzendente Bewußtsein sein, das ein nichtindividuelles, ein von ihm abgetrenntes wäre. Denn dann würde es ja seiner transzendentalen Funktion verlustig gehen, weil es abgetrennt vom Individuellen gar nicht die entziehende Funktion haben könnte. Ich sehe also: wenn die Transzendentalphilosophie aus der transzendentalen Funktion des individuellen Bewußtseins das transzendente Bewußtsein, das transzendente Subjekt gemacht hat, das gleichsam über allem individuellen Bewußtsein schwebt, hat sie die entziehende Funktion des Transzendentalen aufgehoben und damit seinen Begriff. Sie hätte damit auch nur eine neue Dunkelheit erzeugt. Wie das individuelle Bewußtsein an dem transzendentalen Bewußtsein teilhaben sollte, vermöchte sie nicht zu sagen. Also: der Gegenstand ist unbeschadet seiner transzendentalen Konstitution Gegenstand und damit Stiftung meines Bewußtseins. Ich habe ihn, nicht das transzendente Bewußtsein. Er bleibt also prinzipiell Setzung, wenn auch konstituierte.

Nun ist doch folgendes klar: hier der Andere, den ich sehe, er ist mein Gegenstand; aber ich weiß ihn als Nichtgegenstand, ich weiß ihn als mir transzendent. Und er ist es. Die Transzendenz des Anderen ist schlechterdings nicht durch die transzendente Konstitutionslehre legitimiert. Die Transzendentalphilosophie macht mir nicht klar, wie ich den Gegenstand soll als transzendent wissen können. Die gewußte Transzendenz gibt sie nicht her. Sofern der Andere mein Gegenstand ist, muß er wohl transzidental konstituiert sein. Aber er ist, ob er Gegenstand ist oder nicht, und in diesem „nicht“ ist der Andere in seiner Bestimmtheit nicht konstituiert, jedenfalls nicht durch mein Bewußtsein. Hier verläßt mich die Transzendentalphilosophie, überläßt mich der Ratlosigkeit. Es muß etwas Entscheidendes fehlen an ihr. Das Transzendente muß — wie, weiß ich noch nicht — eine ursprüngliche Beziehung auf Transzendenz haben. Diese muß ich ergründen.

Mir kommt ein Gedanke, der mir vielleicht hilft. Die Aporie besteht darin: ich weiß den Gegenstand wesentlich als unbezogen, als Nichtgegenstand; er ist aber wesentlich Bezogenes des Bewußtseins. Das Bezogene, dieses ist mein Gedanke, ist ja durch die Beziehung. Das sagte ich schon früher: das Gewußte ist durch das Wissen, Setzung. Aber hieraus ergibt sich doch: dasjenige, dadurch das Bezogene ist, die Beziehung nämlich, ist nicht selbst Bezogenes. Diese Beziehung ist das Wissen oder das Bewußtsein. Also steht der Gegenstand unter der Bedingung einer Bestimmtheit, der Beziehung, des Bewußtseins selbst, die als solche nicht Gegenstand ist.

Auch die Transzendentalphilosophie steht unter dieser Bedingung. Aus welchen Gründen denn wendet die Transzendentalphilosophie das Gegenstandsproblem transzental? Aus Gründen dessen doch, was Bewußtsein ist, weil Bewußtsein sich nicht auf Transzendentes richten kann. Sie macht also ihrerseits schon von einem Grunde Gebrauch, der nicht Gegenstand ist, von dem, was Bewußtsein ist. Sie hat diese Bestimmtheit nur nicht zum Thema gemacht.

Das Bewußtsein ist ein Sein. Mit Recht nenne ich es ein Sein, denn es ist eine Bestimmtheit nicht-gegenständlicher Natur, nicht Bezogenes, sondern solche, die den Gegenstand bezieht, ihn hat, Realität. Eine Bestimmtheit, die nicht Bezogenes ist, nannte ich transzendent. Also gilt: das Bewußtsein ist sich transzendent. Dieses Einsicht scheint mir von größter Tragweite zu sein. Nicht brauche ich noch jene ursprüngliche Beziehung des Transzendentalen zum Transzendenten suchen. Das Bewußtsein selbst ist Transzendenz. — Nun wird es meine Aufgabe sein, mir diese Transzendenz, die

ich selbst bin, zu durchdenken. Das Licht, so könnte ich sagen, das ich bin, muß ich mir entfachen. Höchst seltsam ist das: ich bin das Licht, das mir leuchtet, und dieses Licht ist zugleich das Dunkel, das ich mir mittels des Lichts erleuchten will.

Das mit dem Licht und dem Dunkel werde ich mir klar machen müssen und das mittels des Lichts. Ein erstaunlicher Zusammenhang! Das besagt doch: die Transzendenz des Bewußtseins sucht sich zu ergründen. Damit tritt die eigentümliche Frage auf, wie das Licht Dunkel erzeugen kann und zugleich doch wieder das Dunkel in sein Licht soll reißen können. Das Dunkel erzeugende und zugleich das das Dunkel erhellende Licht, das ist mein Ich, die Transzendenz, die ich bin. Dunkel ist mir z. B., was Wissen ist. Ich will aber wissend werden und kann es doch nur durch mich werden. Warum nun bin ich nicht gleich wissend betreffs des Wissens, da ich mich doch nur selbst wissend machen kann. Die Frage nach dem Wissen ist damit geradezu auch die Frage geworden: wie kann ich überhaupt unwissend sein? Unwissend bin ich der Gründe dafür, unwissend zu sein. Damit hat sich die Frage gedreht. Jetzt ist sie erst ganz die Frage nach mir selbst geworden. Das muß ein wesentliches Moment des Wissens sein, daß es sich im Gewußten verliert. Vorerst begreife ich das noch nicht. Ich sehe aber, welchen Weg ich gehen muß, diesen Weg: das Licht, das ich bin, mir gleichsam in die Hand zu nehmen, um das Dunkel, das ich mir bin, mir zu durchleuchten. Dann muß ich auch Auskunft darüber bekommen, warum ich mir überhaupt dunkel bin. Mein Ich muß ich mir zum Wege machen zu mir. Jetzt muß ich wahrhaftig staunen über mich. Ich bin eine Zerstreuung und ich bin auch wieder die Sammlung des Zerstreuten.

Die Transzendenz des Bewußtseins ist unbestreitbar. Meine ich z. B., Bewußtsein sei das und das, dann ist Bewußtsein Gewußtes, Bezogenes. Das Bezogene aber ist durch die Beziehung. Es ist gleichgültig, ob ich das weiß. Dieses ist keine Meinung, sondern eine Wahrheit. Es ist auch unschädlich, daß die Beziehung, wenn ich um sie weiß, Gewußtes ist. Dann ist sie nur auch Gewußtes. Aber als solche ist sie nicht Gewußtes, sondern die Realität des Wissens. Die Beziehung als Bezogenes ist selbst nur wieder in der Beziehung. Nur muß ich dann die Beziehung als Bezogenes von der Beziehung, die dieses Bezogene bezieht, unterscheiden. Die Beziehung ist also eine solche, die immer noch des Rückgriffs auf sich selbst mächtig ist, dessen mächtig, sich als Bezogenes zu setzen. Nenne ich jetzt das Gewußte als Bezogenes der Beziehung ein Immanentes, dann gilt: das Immanente ist immanent in und kraft einer Transzendenz.

Bewußtsein kann sich nicht auf Transzendentes beziehen. Das weiß ich. Hierin denke ich offenbar Transzendentes. Wie nun? Sehr sorgfältig muß ich jetzt meinen Weg gehen. Das war doch die Grundfrage, wie Wissen das Gewußte wissen kann als unbezogen, mit dem Index: „so ist es, gleichgültig, ob gewußt oder nicht“. In jenem Wissen „Bewußtsein kann sich nicht auf Transzendentes beziehen“, liegt aber selbst schon solches Wissen vor. Dieses Wissen ist auch ein Begründendes für alle Transzendentalphilosophie. Doch wichtiger ist mir folgendes: ich dachte in jener Wahrheit „Bewußtsein kann sich nicht...“ ja selbst schon Transzendentes. Gezwungen bin ich also aufzuklären, wie sich beides miteinander verträgt. Eine wichtige Entscheidung muß hier fallen. Wie ist das möglich, daß Bewußtsein, das sich nicht auf Transzendentes richten kann, eben dieses denken kann und damit Transzendentes? Das ist die Antwort, die lösende: das, was hier gedacht wird, ist gar nicht gegen das Bewußtsein transzendent, sondern das Bewußtsein gegen es. Das Bewußtsein selbst ist solche Transzendenz, die sich aus sich herauszieht. Es denkt im Herausgezogenen seine Transzendenz gegen das Herausgezogene und darin ist es Transzendenz. Nicht richtet sich das Bewußtsein auf..., sondern sich zieht's heraus aus sich. Das ist weiterer Untersuchung wert. Darum also ist die Methode so erleuchtend, weil das Licht sich leuchtet. Das Ich ist die Methode, so muß ich sagen. Und Philosophie ist das: das Ich als Methode. Ich muß sie weiterverfolgen.

Der Gedankengang ist jetzt so philosophisch, so abstrakt geworden, daß es stört, wenn er weiter in der Ichform vortragen wird. Das ist jetzt aufzugeben.

### 4. Analyse der Transzendenz des Bewußtseins

Zu fragen ist, wie das Bewußtsein zu seinem Bezogenen „kommt“. Diese Frage muß der Frage nach der Gegenständigkeit des Gegenstandes vorausgehen. Auch bei Kant tritt diese Frage auf im Problem des „Gegebenen“. Man sagt z. B., durch Sinne kommt ein äußeres Ding uns zum Bewußtsein. Das ist zunächst nicht zu verstehen. Jedenfalls kann sich Bewußtsein nicht auf Sinnesorgane richten. Denn diese sind (so denken wir jedenfalls) gegen es transzendent. Auch der Sinneseindruck kann nicht etwas, was erst außerhalb des Eindrucks, der Beziehung wäre, in die Beziehung erst hineinbringen. Welcher Art ist die Beziehung des Bezogenen in der Beziehung? Diese Frage ist grundsätzlich, was auch das Bezogene sei, zu stellen. Die Möglichkeit des Bezogenen als Bezogenes steht in Frage.

Die Beziehung ist das Bewußtsein. Also ist sie Tätigkeit der Beziehung, Ausführung ihrer. Diese Tätigkeit ist wesentlich einsinnig und darin zeitlich. Sie ist das Beziehen des Bezogenen, das Haben. Nicht hat das Bezogene das Haben. Ich habe rot, Rot hat nicht Ich. Wovon geht die Beziehung aus? Vom Ich, sagt man. Aber das Ich ist das Beziehen selbst. Denkt man sich das Ich als einen identischen Pol, auf den bloß bezogen wird, dann denkt man falsch. Man denkt in Wahrheit dann, daß eine Beziehung zwischen dem Ich und dem Bezogenen nur bestünde. Man kann nicht mehr sagen, ohne das Bezogene als Treffpunkt des vom Ich ausgehenden Strahls dem Ich vorzusetzen, wie das Ich das Bezogene treffen soll. Das Bezogene wäre im Grunde genommen transzendent gedacht und die Beziehung ein Richten. Das Ich ist das Beziehen. Man darf schon vom Ausgang oder Ursprung des Beziehens sprechen. Nur ist dieser Ursprung kein Ding, das aus sich einen Strahl abschießt, um etwas zu treffen. Der Ursprung ist seinem Wesen nach Ursprung des Beziehens. Darin hat er seine einzigartige Weise, Ursprung zu sein. Er hat das Gewicht in der Beziehung als Ausgang des Beziehens.

Wie nun kann das Bewußtsein zu seinem Bezogenen kommen? Es kann überhaupt nicht „dazu“ kommen. Noch weniger kann das Bezogene zum Ursprung kommen. Da aber das Beziehen wesentlich einsinnig ist und der Ursprung das Gewicht hat, so gibt es nur diese eine Antwort: der Ursprung zieht das Bezogene aus sich. Er ist als Beziehen ein Herausbeziehen aus sich. Eine Einsicht, die früher schon gewonnen wurde, sofern das Bezogene das Bewußtsein selbst ist, hat sich als prinzipiell gültig erwiesen. Das Bewußtsein ist solche Transzendenz, die alles, was es auch immer haben möge, aus sich zieht.

Diese ungeheure Konsequenz dachte schon Leibniz vor fast 300 Jahren: die Monade hat keine Fenster, die Monade entfaltet ihren eigenen Grund.

Wie das Bewußtsein eine sinnliche Mannigfaltigkeit, Dinge, die Welt gar soll aus sich ziehen können, bleibt noch völlig dunkel. Das ist noch nicht zu verstehen. Aber der Weg ist weiter zu gehen. Einen anderen gibt es nicht. Philosophie ist Sache der Konsequenz.

Die Transzendenz „Bewußtsein“ ist diese Struktur: ein Ursprung des Beziehens, der aus sich Bezogenes herauszieht. Es wird zu fragen bleiben, wie er Bezogenes aus sich herausziehen kann, wie also das Bezogene „in ihm“ ist. Die Frage, so sieht es zunächst aus, ist nur verschoben, dem Ursprung zugeschoben. Aber sie ist präzisiert damit. In 5 wird sie weiter beantwortet. Indem der Ursprung das Bezogene aus sich zieht, hat er es vor sich gebracht. Er muß Weiterbeziehen sein, um das Bezogene zu halten. Im Beziehen hält der Ursprung das Bezogene fest, hält das Entfliehende. Er ist dem Bezogenen hinterher. Er bringt also aus sich heraus vor sich, was er „in sich“ hat. Als die Suche muß man ihn bezeichnen, sich sich zur Klarheit zu bringen. Warum er Suche ist und nicht vollendete Klarheit, ist noch nicht klar. Das ist das gewaltige Problem des Denkens.

Als jene genannte Struktur ist das Bewußtsein eine Transzendenz und Invarianz. Die Invarianz ist Herausziehen aus sich. Aber Bezogenes hat sie nur als Herausgezogenes. Würde klar sein, daß der Ursprung Suche ist, dann suchte der

Ursprung sich das unklar Herausgezogene zu klären. Dann wäre die Transzendenz nicht gesättigte Habe ihrer, sondern Denken. Sie würde erst noch Klarheit aus sich ziehen, zu sich kommen. Darin aber wäre sie sich variant. Sie wäre Streben, ihre Varianz zu überwinden. Man sieht: die Varianz steht unter der Bedingung einer Invarianz, welche das Bewußtsein als Realität ist. Sich kann offenbar die Invarianz nur Streben der Überwindung der Varianz sein. Das ist Erkenntnis.

In der Tat ist die bisherige Bestimmung der Invarianz, um deren Ergründung es geht, noch variant, unklar. Diese Bestimmung übrigens steht selbst unter der Bedingung der Invarianz. Denn das bestimmende Bewußtsein ist solche Invarianz, um sich variant sein zu können. Die Transzendenz hat sich nicht ganz aus sich gezogen, nur teilweise. Unklar ist eben noch der Ursprung als die Möglichkeit, aus sich Bezogenes zu ziehen und das nur variant, unklar. Seine Unklarheit ist unklar.

Wenn der Ursprung Bezogenes aus sich zieht, muß er im Bezogenen sich beziehen. Als Beziehen aus sich ist er Beziehen auf sich. Die Transzendentalphilosophie setzt das voraus, wenn man das Transzendente als ein entziehendes Beziehen bzw. als das Prinzip solchen Entzuges faßt. Denn Entziehen ist ein Wegbeziehen vom Beziehen. Auch das, was man das Gegenüber des Gegenstandes nennt, steht unter dieser Bedingung. Es „steht“ dem Bewußtsein nichts gegenüber. Bewußtsein tätigt das Gegenüber, darin „sich gegenüber“, also sich. Das braucht ihm nicht klar zu sein, so wenig, wie ihm die Struktur seiner Invarianz klar zu sein braucht (denn sich ist es variant). Also steht der Gegenstand unter der Bedingung der invarianten Struktur (an der gleichwohl uns noch immer manches unklar sein mag): Beziehen aus sich = Beziehen auf sich.

Die „Subjekt-Objekt-Korrelation“ der Erkenntnistheorie sagt also nichts. Sie hat die Beziehung nicht untersucht. Das hat Heidegger klar gesehen, wenn auch anderes und wesentliches bei ihm unklar ist. Da ist keine Korrelation, sondern es ist Herausbeziehen. Auch Husserl hat mit seinem Begriff von Intensionalität die grundlegenden Fragen liegen gelassen. Wie die cogitatio das cogitatum soll beziehen können, hat er nicht gefragt.

### 5. Das Bewußtsein und die Welt

Wie kann das Bewußtsein „Anderes“, „Sinnliches“, „Dinge“ aus sich ziehen? Wie kann es äußere Erfahrung sein? Das Gewicht dieser Frage ist durch folgendes bestimmt. Schon wie das Bewußtsein „Anderes“, das charakteristisch nicht Bewußtsein ist, aus sich herausziehen soll, ist schwer einzusehen. Außerdem weiß es jenes andere als sich transzendent. Sich selbst mag es gegen sich als Bezogenes transzendent wissen. Aber Äußeres gilt dem Bewußtsein gerade gegen seine eingene Transzendenz transzendent. Muß jetzt nicht der Begriff des Herausbeziehens versagen? Wie kann das Bewußtsein sich solcher Transzendenz gegen es selbst bewußt werden? Darauf richten kann es sich nicht. Sollte das Bewußtsein dieses Bezogene aus sich ziehen, wie kann es dann das Bezogene gegen seine Transzendenz noch transzendent wissen.

Eine Antwort muß es geben. Das Bewußtsein hat ja die Welt und so: sie ist, ob es sie hat oder nicht. Das ist ihm selbstverständlich. Diese Selbstverständlichkeit muß Gründe haben. Dieser Grund ist zu finden. Wo er zu finden sein muß, ist gewiesen. Das Bewußtsein ist ja selbst die Selbstverständlichkeit. Aus dem Selbst also ist es zu ergründen. Das Ich als Methode muß somit die Ergründung leisten. Die Gründe des Selbstverständlichen, das ist das Selbst als Grund. Das ist dasselbe: das Ich als Methode und das Nehmen des Selbst als Grund. Auf das begründete Nehmen aber kommt es an.

Die Transzendenz und Invarianz „Bewußtsein“ ist weiterzuanalysieren. Wenn das Bewußtsein diese Invarianz analysiert, dann setzt es sie, wenn auch aus Gründen. Aber es selbst ist diese Invarianz, solche, die setzt. Die Invarianz, die setzt (gleichgültig, was sie setzt), ist nicht gesetzt. Somit gilt: das Bewußtsein setzt sich nicht. Es setzt nur das Bewußte, unter

nicht. Hat der Berichterstatter die Ablehnung der Arbeit empfohlen, so läßt der Dekan den Mitgliedern der Fakultät eine Mitteilung hierüber zugehen mit dem Bemerken, daß die Arbeit im Dekanat für die Dauer von vier Wochen ausliegt. Die Dissertation gilt als abgelehnt, wenn nach Ablauf der Frist Mitglieder der engeren Fakultät gegen das ablehnende Gutachten keinen Einspruch erhoben haben. Ist ein begünder Einspruch gegen die Ablehnung erfolgt, so entscheidet der Dekan über eine erneute Prüfung der Arbeit, für die er Gutachter außerhalb der Fakultät auffordern darf. Die endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Arbeit nach der erneuten Prüfung trifft der Rektor nach Anhören des Dekans.

Die Fakultät kann die Dissertation zur Umarbeitung binnen einer bestimmten Frist zurückgeben. Wird die Dissertation abgelehnt, so gilt die Doktorprüfung als nicht bestanden. Die abgelehnte Arbeit verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät. Eine bei einer anderen Fakultät zurückgewiesene Dissertation wird zum Zwecke der Promotion nicht angenommen.

Den Prüfungsausschuß bestimmt der Dekan. Er muß indes in allen Fällen den Anreger der Arbeit, soweit er der Fakultät angehört, zur mündlichen Prüfung hinzuziehen. Ist die Arbeit in einem Institut, das nicht der Universität zugehört, angefertigt worden, so ist der Fachvertreter (Ordinarius) an der mündlichen Prüfung zu beteiligen. Die mündliche Prüfung findet in dem Fach, aus dem die Abhandlung entnommen ist, als Hauptfach und zwei Nebenfächern statt. Ein Nebenfach kann auch dem Fachgebiet einer anderen Fakultät entnommen werden. In diesem Falle ist der betreffende Fachvertreter der anderen Fakultät als Prüfer heranzuziehen. Voraussetzung für die Zulassung dieses Nebenfaches durch die Fakultät ist ein sinnvoller innerer Zusammenhang mit dem Hauptfach, den der Promovend in seinem Gesuch zunächst selbst zu begründen hat. Die Entscheidung über die Zulassung trifft der Dekan nach Anhören der Berichterstatter.

Bei der mündlichen Prüfung werden dieselben Noten er-

teilt wie bei der Beurteilung der Dissertation. In das Diplom werden beide Noten aufgenommen. Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann sie frühestens nach sechs Monaten wiederholt werden. Eine zweimalige Wiederholung der Prüfung ist ausgeschlossen. Die Zurücknahme eines Promotionsgesuches ist solange zulässig, als nicht durch ablehnende Entscheidung über die Dissertation das Promotionsverfahren beendet ist oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Nach bestandener mündlicher Prüfung hat der Bewerber seine Abhandlung in der von der Fakultät genehmigten Form vervielfältigen zu lassen und die vorgeschriebene Anzahl Exemplare der Dissertation innerhalb eines Jahres nach bestandener mündlicher Prüfung an die Fakultät abzuliefern. Versäumt der Kandidat diese Frist, so erlöschen alle durch die Prüfung erworbenen Rechte unter Verfall der Gebühren. Auf der Rückseite des Titelblattes der vervielfältigten Abhandlung ist der Name der Gutachter zu vermerken. Außerdem ist der Lebenslauf des Bewerbers anzufügen. Die vorgeschriebene Fassung des Titelblattes ist auf der Dekanatskanzlei zu erfragen. Es sind 200 Exemplare der Dissertation an die Dekanatskanzlei abzuliefern. In geeigneten Fällen kann die Fakultät die Zahl der Pflichtexemplare beschränken, jedoch nur, falls die Arbeit in einer anerkannten wissenschaftlichen Zeitschrift erscheint.

Die Promotionsgebühr kann nur in Ausnahmefällen mit Genehmigung des Universitätskurators ermäßigt oder erlassen werden. Voraussetzung hierfür ist neben besonderer Befähigung zu wissenschaftlichen Arbeiten Bedürftigkeit. Stundungen und Rückerstattungen der Promotionsgebühr sind in keinem Falle möglich.

Die Aushändigung des Doktordiploms kann erst nach Ablieferung der Pflichtexemplare erfolgen. Mit der Aushändigung des Diploms gilt die Promotion als vollzogen. Von diesem Tage ab beginnt das Recht zur Führung des Doktorgrades.

Die Fakultät kann Grad und Würde eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber verleihen.

# Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

4. Fortsetzung

## Zahnärztliche Vorprüfung

Die zahnärztliche Vorprüfung kann bereits nach einem dreisemestrigen Studium abgelegt werden. Zur Prüfung muß der Nachweis der Teilnahme an folgenden Vorlesungen, Praktika und Kursen erbracht werden:

1. Anatomie I (5 Wochenstunden), Anatomie II (5 Wochenstunden), Anatomie des Kopfes (3 Wochenstunden), Histologie (3 Wochenstunden), Physiologie für Zahnmediziner (3 Wochenstunden), Experimentalphysik I (3 Wochenstunden), organische Experimentalchemie (4 Wochenstunden), anorganische Experimentalchemie (4 Wochenstunden), zahnärztliche Materialkunde (1 Wochenstunde), Methodik des Zahnersatzes (1 Wochenstunde) allgemeine Entwicklungsgeschichte (3 Wochenstunden).

2. Präparierübungen (15 Wochenstunden), mikroskopisch-anatomisches Praktikum (5 Wochenstunden), chemisches Praktikum (3 Wochenstunden), zwei Kurse in der Zahnersatzkunde (je 12 Wochenstunden).

Die zahnärztliche Prüfung ist mündlich, die Gebühren in Höhe von 100,— DM sind an die Staatskasse zu zahlen.

## Zahnärztliche Prüfung (Staatsprüfung)

Die zahnärztliche Prüfung kann nach einem Gesamtstudium von sieben Semestern abgelegt werden. Davon können entweder drei Semester in die vorklinische und vier in die klinische, oder aber vier in die vorklinische und drei in die klinische Zeit entfallen. Außer dem Nachweis über die erfolgreich abgelegte zahnärztliche Vorprüfung und die Teilnahme an den dazu erforderlichen Vorlesungen, Kursen etc. muß der Kandidat folgende Kurse regelmäßig und mit Erfolg besucht haben:

Kurs der konservierenden Behandlung der Zähne am Kranken, Kurs in der Zahnersatzkunde, Kurs der klinischen Untersuchungsmethoden. Alle Kurse sind zweisemestrig.

Außerdem muß die Teilnahme an der Poliklinik für Zahn- und Mundkrankheiten (zweisemestrig) und Klinik und Poliklinik für Haut- und syphilitische Krankheiten (einsemestrig) nachgewiesen werden.

Die zahnärztliche Prüfung umfaßt sechs Prüfungsabschnitte, die Prüfung erfolgt mündlich und schriftlich, siehe auch ärztliche Prüfung. Die zahnärztliche Prüfung wird meist in zwei Monaten absolviert. Die Prüfungsgebühren betragen DM 206,50 und sind vor Eintritt in das erste Prüfungsfach an die Staatskasse zu entrichten.

## Promotionsordnung der medizinischen Fakultät

Die medizinische Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main verleiht die akademischen Grade des Doktors der Medizin und des Doktors der Zahnmedizin.

Zur medizinischen Doktorprüfung wird zugelassen, wer im Besitze der ärztlichen Bestallung oder einer Bescheinigung über die bestandene ärztliche Prüfung ist. Ferner müssen mindestens zwei Semester vom Kandidaten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität studiert sein. Hier- von kann nur aus besonderen Gründen abgesehen werden. Die Meldung zur Prüfung geschieht durch ein schriftliches Zulassungsgesuch, das an den Dekan der Fakultät zu richten ist. Mit dem Gesuch sind zu überreichen:

1. der Bestallungsschein oder ein Zeugnis über das vollständige Bestehen der ärztlichen Prüfung,
2. die Dissertation,
3. ein vom Bewerber eigenhändig geschriebener Lebenslauf mit Angabe der Studienorte und -zeiten,
4. eine Erklärung über etwaige frühere Promotionsversuche.

Liegt zwischen der Bestallung und der Meldung zur Doktorprüfung eine Frist von mehr als drei Monaten, so hat der Bewerber noch ein Führungszeugnis von der Polizeibehörde des letzten Aufenthaltsortes beizufügen. Ein Zeugnis ist auch beizufügen, wenn zwischen der Meldung zur Doktorprüfung und der mündlichen Prüfung mehr als drei Monate verstrichen sind. Als Dissertation ist eine in deutscher Sprache geschriebene Abhandlung aus dem Gebiete der Medizin vorzulegen. Durch die Dissertation soll sich der Kandidat darüber ausweisen, daß er die Befähigung erlangt hat, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten. Eine schon im Druck veröffentlichte, in deutscher Sprache geschriebene Abhandlung kann als Dissertation eingereicht werden. Im Falle der Zulassung hat der Bewerber vor dem Beginn der Prüfung die Promotionsgebühren (einschließlich der Druckkosten für das Diplom) in Höhe von 200,— DM an die Universitätskasse zu entrichten und die Bescheinigung darüber dem Dekan der Fakultät abzuliefern. Die Verfasser von preisgekrönten Arbeiten, die als Dissertation angenommen werden, sind von der Zahlung der Promotionsgebühren befreit.

In einem besonderen Schriftstück hat der Bewerber anzugeben, ob und in welcher wissenschaftlichen oder Krankenanstalt er die Dissertation ausgearbeitet, und inwieweit er sich bei ihrer Ausarbeitung fremden Rates bedient hat. Der Dissertation selbst ist ein Verzeichnis der benutzten literarischen und sonstigen Hilfsmittel anzufügen. Am Schluß des Schriftstückes ist folgende „Versicherung an Eides Statt“ wörtlich hinzuzufügen:

„Ich versichere an Eides Statt, daß ich die sämtlichen vorstehenden Angaben über meine Dissertation nach bestem Wissen gemacht habe.“

Die Versicherung ist mit Datum und Namensunterschrift zu versehen.

Der Dekan bestellt zwei Gutachter zur schriftlichen Berichterstattung über die Dissertation. Die Dissertation wird für genehmigt erklärt, wenn die Gutachter die Genehmigung beantragen und der Dekan dem Antrag zustimmt. Im Falle der Zurückweisung der Abhandlung kann die Fakultät dem Bewerber gestatten, frühestens nach drei Monaten, spätestens nach einem Jahre, ohne Einzahlung weiterer Gebühren eine verbesserte oder neue Abhandlung einzureichen. Wird auch diese zurückgewiesen oder wird die Frist von einem Jahr nicht eingehalten, sind die Gebühren verfallen. Bei Dissertationen über Grenzgebiete zwischen zwei Fakultäten kann der zweite Gutachter einer anderen Fakultät angehören.

Haben die Berichterstatter vorgeschlagen, die Arbeit anzunehmen, so veranlaßt der Dekan den Fortgang der Prüfung. Die Dissertation nebst dem Gutachten wird bis zum Vortag der mündlichen Prüfung zur Einsichtnahme der Fakultätsmitglieder ausgelegt, denen Name des Promovenden, Titel der Dissertation, Namen und Noten (genügend, gut, sehr gut, ausgezeichnet) der Berichterstatter, sowie der Termin der mündlichen Prüfung rechtzeitig mitzuteilen ist. Wird gegen die Ablehnung einer Arbeit ein begründeter Einspruch erhoben, so entscheidet der Dekan über die erneute Prüfung der Arbeit, für die er Gutachter außerhalb der Fakultät auffordern darf. Die endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Arbeit nach der erneuten Prüfung trifft der Rektor nach Anhören des Dekans und der für die Arbeit ernannten Gutachter. Eine abgelehnte Arbeit verbleibt mit allen Gutachten bei den Akten der Fakultät.

Ist die Prüfung bestanden, so hat der Bewerber die Abhandlung in der von der Fakultät genehmigten Form drucken zu lassen und die von der Fakultät festgesetzte Zahl von Abzügen innerhalb eines Jahres, falls nicht auf rechtzeitigen Antrag hin ein Aufschub vom Dekan bewilligt wird, an das Dekanat der Fakultät abzuliefern. Auf dem Titelblatt ist die Jahreszahl des Druckes anzugeben, auf der Rückseite des Titelblattes der Name des Dekans und der Gutachter sowie

das Datum der mündlichen Prüfung. Am Schluß der Dissertation ist der eingereichte Lebenslauf zu drucken.

Nach der Genehmigung der Dissertation hat sich der Bewerber der Doktorprüfung zu unterziehen. Die Prüfung besteht in der Beurteilung der Dissertation und der mündlichen Prüfung. Die Zurücknahme eines Promotionsgesuches ist so lange zulässig, wie nicht durch eine ablehnende Entscheidung über die Dissertation das Promotionsverfahren beendet ist oder die mündliche Prüfung begonnen hat. Zur mündlichen Prüfung ist der Bewerber mindestens drei Tage vorher vom Dekan einzuladen. Geprüft wird der Bewerber in drei Fächern und zwar

1. in einem vorklinisch-theoretischen Fach (Anatomie, animalische Physiologie oder vegetative Physiologie),
2. in einem klinisch-theoretischen Fach (Pathologie, Hygiene, Erbbiologie oder Pharmakologie),
3. in einem der klinischen Hauptfächer (Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde) oder in einem anderen Fach, falls die Dissertation aus dem Gebiet dieses Faches stammt.

Das Ergebnis der Prüfung wird nach der mündlichen Prüfung festgestellt und verkündet. Die Prüfung ist bestanden, wenn mindestens zwei Prüfer sich dafür erklären. Der Prüfungsausschuß wird vom Dekan bestimmt. Wenn der Bewerber von der Prüfung zurücktritt oder sich trotz zweimaliger Aufforderung zur mündlichen Prüfung nicht stellt, so gilt die Prüfung bei Gebührenerfall als nicht bestanden. Jeder Prüfer hat den Bewerber eine Viertelstunde zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung mit der Note in das Protokoll einzutragen. Nach bestandener Prüfung setzt der Dekan die Note für die gesamte Prüfung fest. An Noten werden verteilt: genügend (rite), gut (cum laude) und sehr gut (magna cum laude). Ausnahmsweise kann bei besonderen wissenschaftlichen Leistungen die Note ausgezeichnet (summa cum laude) erteilt werden. Ist die Prüfung nicht bestanden, so darf der Bewerber das Zulassungsgesuch einmal wiederholen. Dies kann frühestens nach Ablauf von drei Monaten geschehen. Er hat in diesem Falle nur die Hälfte der Gebühren nochmals zu zahlen. War die Dissertation genehmigt, ist eine neue nicht erforderlich. Die Promotion erfolgt durch Ausstellung des Doktordiploms. Hiermit beginnt das Recht zur Führung des Doktorgrades.

Bei fehlender ärztlicher Bestallung kann aus besonderen Gründen zur medizinischen Doktorprüfung zugelassen werden, wenn das medizinische Examen rigorosum abgelegt wird. Die Zulassung zum Rigorosum erfolgt in jedem Falle nur auf besonderen und einstimmigen Beschluß der Fakultät. Für die Dissertation gelten die üblichen Bestimmungen. Im Falle der Zulassung hat der Bewerber vor dem Beginn der Prüfung die Prüfungsgebühren in Höhe von 300,— DM an die Universitätskasse zu zahlen und die Bescheinigung darüber dem Dekan abzuliefern. Hierauf hat die Fakultät das Urteil über die Dissertation zu fällen. Hat die Fakultät die Dissertation angenommen, so hat der Bewerber das medizinische Examen rigorosum abzulegen. Die Prüfung ist mündlich und zerfällt in einen praktisch-klinischen und einen theoretischen Teil. Der praktisch-klinische geht dem theoretischen Teil voraus. Er besteht aus mündlichen Prüfungen am Krankenbette:

1. in der inneren Medizin,
2. in der Chirurgie,
3. in der Geburtshilfe und Gynäkologie.

Der Kandidat muß alle drei Abschnitte bestanden haben, um zum theoretischen Teil zugelassen zu werden. Die theoretische Prüfung hat sich auf folgende Fächer zu erstrecken:

1. Anatomie (einschl. Histologie und Embryologie),
2. Physiologie,
3. Hygiene,
4. Pharmakologie,
5. Vererbungslehre.

Die Feststellung des Ergebnisses der Prüfung erfolgt durch den Dekan. Zum Bestehen der Prüfung ist erforderlich, daß die Prüfung in allen Fächern bestanden ist. Ist in einem Fach die Prüfung nicht bestanden, so bestimmt der Dekan die Wiederholungsfrist. Hier gelten die Bestimmungen wie für die Ärztliche Prüfung.

Besteht der Bewerber die mündlich Doktorprüfung in mehr als zwei Fächern nicht, so darf er sie nur ganz wiederholen. Er kann sich hierzu nicht früher als nach sechs Monaten melden. In diesem Falle ist die Hälfte der Gebühren nochmals zu zahlen. War die Dissertation genehmigt, ist eine neue nicht erforderlich.

Zur zahnmedizinischen Doktorprüfung wird zugelassen, wer im Besitze der Zahnmedizinischen Approbation ist. Ferner müssen mindestens zwei Semester an der Johann Wolfgang Goethe-Universität studiert worden sein. Hiervon kann nur aus besonderen Gründen abgegangen werden. Die Meldung geschieht durch ein schriftliches Zulassungsgesuch, das an den Dekan zu richten ist und dem folgende Unterlagen beizufügen sind:

1. das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule, 2. der Approbationsschein oder ein Zeugnis über das vollständige Bestehen der zahnärztlichen Prüfung, 3. die Dissertation, 4. ein vom Bewerber eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 5. die schriftliche Erklärung, in welchen Fächern der Bewerber die Prüfung ablegen will. Geprüft wird der Bewerber in vier Fächern und zwar

1. in der Zahnheilkunde, 2. in einem vorklinisch-theoretischen Fach (Pathologie, Hygiene, Erbbiologie oder Pharmakologie), 4. in einem klinischen Fach (innere Medizin, Chirurgie oder Dermatologie). Die Prüfung ist bestanden, wenn mindestens drei Prüfer sich dafür erklären. Im übrigen gelten die Bestimmungen für die medizinische Doktorprüfung.

Bei fehlender zahnärztlicher Approbation kann aus besonderen Gründen zur zahnmedizinischen Doktorprüfung zugelassen werden, wenn das zahnmedizinische Examen rigorosum abgelegt wird. Diese Prüfung ist mündlich und zerfällt in zwei Teile. Der erste, praktisch-klinische Teil besteht aus mündlichen Prüfungen am Kranken:

1. in Zahn- und Mundkrankheiten, 2. in der konservierenden Behandlung der Zähne, in der Chirurgie der Zahn- und Mundkrankheiten, 4. in der Zahnersatzkunde.

Nur beim Bestehen aller vier Abschnitte kann der Kandidat zum theoretischen Teil der Prüfung zugelassen werden. Das Zeugnis wird von jedem der vier Prüfer schriftlich erteilt und dem Vorsitzenden gleich nach der Prüfung zugesandt. In dem Zeugnis werden die Leistungen des Kandidaten nach denselben allgemeinen Grundsätzen beurteilt und zensiert, die bei der zahnärztlichen Staatsprüfung gelten.

Die theoretische Prüfung hat sich auf folgende Fächer zu erstrecken:

1. Anatomie einschließlich Gewebelehre und Entwicklungsgeschichte,
2. Physiologie,
3. Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie,
4. Hygiene oder Pharmakologie,
5. Vererbungslehre.

#### Naturwissenschaftliche Fakultät (Fortsetzung)

#### 7. Diplomprüfungen für Studierende der Mineralogie

Die Prüfung für Mineralogie zerfällt in eine Vor- und eine Hauptprüfung.

**Vorprüfung:** Die Vorprüfung für Studierende der Mineralogie umfaßt vier Fächer:

1. Physik,
2. Chemie,
3. Geologie,
4. Mineralogie.

Die Prüfung ist mündlich und soll in jedem Fach 30 Minuten dauern. Die Prüfungsgebühren für die mineralogische Vorprüfung in Höhe von 30,— DM sind vor Beginn der Prüfung an die Universitätsquästur zu zahlen.

#### Hauptprüfung:

a) Fachrichtung Kristallographie:

Die Fachrichtung a (Kristallographie) stellt es bevorzugt auf eine für verschiedene Industrien erwünschte Ausbildung ab,

die in besonderem Maße Kenntnisse von der Physik und der Chemie des festen kristallisierten Zustandes verlangt.

Dabei gelten als Hauptfächer:

1. Mineralogie,
2. Kristallographie.

Als Nebenfächer:

1. Petrographie mit Lagerstättenkunde und Geochemie,
2. Physikalische Chemie,
3. wahlweise

a) Physik, b) Mathematik, c) Geologie.

Bei der Meldung zum Examen muß der Nachweis von acht an einer Universität absolvierten Semestern, erbracht werden. Der Kandidat muß dabei an folgenden Praktika bzw. Übungen mit Erfolg teilgenommen haben:

Physikalisches Grundpraktikum: das Praktikum ist sechstündig und erstreckt sich über zwei Semester.

Chemisches Praktikum: das Praktikum ist ganztägig und erstreckt sich ebenfalls über zwei Semester.

Physikalisch-chemisches Praktikum: das Praktikum ist halbtägig und erstreckt sich über ein Semester.

Geologische Praktika: zweistündig.

Geologische Exkursionen: die Teilnahme an zwei geologischen Exkursionen dauert durchschnittlich zwei bis drei Tage. Mineralogische Übungen: insgesamt zehnstündig. An der Übung „Anleitung zu wissenschaftlichen Arbeiten“ muß während zweier Semester ganztägig teilgenommen werden.

Mineralogische Exkursionen: die Teilnahme an drei mineralogischen Exkursionen muß nachgewiesen werden. Die Exkursionen dauern durchschnittlich drei bis fünf Tage.

Mathematische Übungen: vierstündig.

b) Fachrichtung Petrographie und Lagerstättenkunde:

Die Fachrichtung b (Petrographie und Lagerstättenkunde) stellt es bevorzugt auf eine für Prospektierung und für wissenschaftliche Kartierung erwünschte Ausbildung ab, die in besonderem Maße Kenntnisse von der Art der substantiellen und genetischen Erforschung der Mineralien und ihrer Vergesellschaftungen verlangt.

Dabei gelten als Hauptfächer:

1. Mineralogie und Petrographie,
2. Lagerstättenkunde und Geochemie.

Als Nebenfächer:

1. Kristallographie,
2. Geologie,
3. wahlweise a) Physikalische Chemie, b) anorganische Chemie,

c) Physik.

Bei der Meldung zum Examen muß der Nachweis von acht an einer Universität absolvierten Semestern erbracht werden. Der Kandidat, der das Examen für die Fachrichtung b (Petrographie und Lagerstättenkunde) ablegen will, muß an denselben Praktika bzw. Übungen teilgenommen haben, die für die Fachrichtung a (Kristallographie) vorgeschrieben sind. Er muß außerdem den Nachweis erbringen, daß er an der vierzehntägig stattfindenden Geologischen Kartierung mit Erfolg teilgenommen hat.

Die Hauptprüfung für Mineralogen zerfällt in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil. Als Hausarbeit ist eine Diplomarbeit anzufertigen, die in drei bis höchstens sechs Monaten erstellt werden muß. Die mündliche Prüfung soll im Hauptfach eine Stunde, in den Nebenfächern je 20 Minuten dauern. Die Prüfungsgebühren für die Hauptprüfung für Studierende der Mineralogie in Höhe von 60,— DM sind vor Eintritt in die Prüfung an die Universitätsquästur zu zahlen.

#### 8. Diplomprüfung für Geophysiker und Meteorologen

Für das Studium der Geophysik und Meteorologie wird im wesentlichen die Prüfungsordnung von 1941 (veröffentlicht in der Zeitschrift für Geophysik, Jahrgang 17, Heft 5/6, 1941/42)

zugrunde gelegt. Eine Neufassung der Prüfungsordnung, die für alle Lehrstühle der Meteorologie und Geophysik im Bereich der Bundesrepublik eine Angleichung der jetzt noch vorhandenen Differenzen anstrebt, wird voraussichtlich im kommenden Jahr erscheinen.

#### Promotionsordnung

der Naturwissenschaftlichen Fakultät

Der akademische Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.) wird verliehen auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten wissenschaftlichen Abhandlung über ein von ihm gewähltes Thema und einer eingehenden mündlichen Prüfung. Die Abhandlung muß wissenschaftlich beachtenswert sein und die Befähigung des Bewerbers dartun, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten. Für die Zulassung zur Promotion ist Voraussetzung das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule und ein mindestens vierjähriges Studium an einer deutschen Universität. Die Studiensemester an Universitäten, Technischen, Landwirtschaftlichen, Forstlichen, Tierärztlichen und Handelshochschulen sowie an Bergakademien werden voll angerechnet, wenn die Studienfächer, für welche die Anrechnung beansprucht wird, an den verschiedenen Hochschulen entsprechend vertreten sind. Die an einer Hochschule für Lehrerbildung verbrachten Semester können im Falle der Promotion in dem Fach Pädagogik als Hauptfach auf die vorgeschriebene Studienzeit voll angerechnet werden. Im Falle der Promotion in einem anderen Fache können zwei Semester angerechnet werden. Der Promovend muß mindestens zwei Semester an derjenigen Universität studiert haben, an der er promovieren will.

Dem Gesuche um Zulassung zur Promotion, das an den Dekan der Fakultät zu richten ist, sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf, der namentlich auch über den Bildungsgang,
2. die Zeugnisse über die Vorbildung;
3. ein Führungszeugnis;
4. eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolge der Bewerber sich bereits einer anderen Doktorprüfung oder einer Staatsprüfung unterzogen hat;
5. die in deutscher Sprache abgefaßte Dissertation (3 Exemplare).

Am Schlusse der Dissertation hat der Bewerber anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung benützt, sowie, ob und inwieweit er sich bei der Ausarbeitung fremder Hilfe bedient hat. Dieser Angabe ist die eidesstattliche Versicherung hinzuzufügen, daß keine unerlaubte Hilfe stattgefunden hat. Der Umstand, daß die Abhandlung bereits von dem Verfasser in einer wissenschaftlichen Zeitschrift durch den Druck vorveröffentlicht worden ist, schließt eine Benutzung als Doktorarbeit dann nicht aus, wenn diese Veröffentlichung mit Genehmigung des Dekans erfolgt ist. Dem Gesuche um Zulassung zur Promotion sind weiter hin die Testierbücher sowie die Quittung über die eingezahlten Gebühren in Höhe von 200,— DM beizufügen.

Der Dekan bestimmt für die Dissertation einen oder mehrere Berichterstatter. Bei Dissertationen über Grenzgebiete zwischen zwei Fakultäten kann der zweite Berichterstatter einer anderen Fakultät angehören. Die Berichterstatter geben ein begründetes Gutachten ab und beantragen entweder die Annahme oder die Ablehnung der Arbeit. Im ersteren Falle ist zugleich das Prädikat der Arbeit vorzuschlagen. Als Noten gelten „ausgezeichnet“ (1), „Sehr gut“ (2), „gut“ (3), „genügend“ (4). Hat der Berichterstatter vorgeschlagen, die Arbeit anzunehmen, so veranlaßt der Dekan den Fortgang der Prüfung. Der Dekan ernennt die Prüfungskommission und übergibt ihr die Dissertation, das Gutachten und sonstige Akten. Nachdem die Mitglieder der Kommission Einsicht genommen haben und der Dekan den Prüfungstermin bestimmt hat, zirkuliert die Arbeit, soweit es möglich ist, unter den Mitgliedern der Fakultät. Jedoch kann diese Zirkulation nicht mehr für den Fortgang der Prüfung hinderlich sein. Den Mitgliedern der Fakultät steht das Recht zu, beim Dekan Einspruch gegen die Beurteilung der Arbeit zu erheben. In diesem Fall entscheidet der Dekan, ob dieser Einspruch auf die weitere Durchführung der Promotion Einfluß gewinnen soll oder

# Konstantinopolitanische working papers

43 Länder waren durch Delegationen vertreten. Dem Namen nach Studenten, doch Rechtsanwälte und Außenhandelsvertreter fanden sich genug in den Reihen der Offiziellen; und es war offiziell. Wie klein die Rolle eines Beobachters einer Studentenzei- tung neben den Vertretern der Agenturen aus Moskau und Washington. Er fühlte sich verlassen, zurückgelassen, wenn die Blitze der großen Presse den Konferenzsaal durchzuckten und die Istanbul Tageszeitungen mit den Bildern des Ereignisses achtlos auf den Boden fielen, damit neue Stöße „working papers“ gehäuft werden konnten.

Unvermeidlich die snack-bar, wenn auch klein wie die Happen — so verhalten sie die Atmosphäre parlamentarischer Geschäftigkeit abzurufen. Eine Flucht von Presse- und sonstigen Büros gab die Geräuschkulisse, wenn nicht müde Stimmen sich im Kopfhörer gleich in 3 oder 4 Sprachen simultan übertönten.

Dazwischen wurde verhandelt, veragt, kurz: nichts unterlassen, was dem kleinen Wähler den Eindruck der Gewissenhaftigkeit seiner Vertreter bestärken könnte. Der Vorwurf vieler Kommilitonen, diese Konferenzen seien ein besseres und zugleich billiges Reisevergnügen ihrer Vertretungen, verfehlt leider ganz die Wirklichkeit. So sehr auch Umgebung und Reise Beachtung verdient hätten — die Offiziellen mißachteten sie um der Sache willen.

## Anerkennung durch Zulassung

Die Reihe der unzähligen Abstimmungen begann mit der Wahl des die Beglaubigungsschreiben prüfenden Ausschusses, dessen Aufgabe die Einstufung der einzelnen Konferenzteilnehmer in eine der 4 möglichen Kategorien ist. Sehr wichtig, denn es gibt Länder, aus denen zwei Delegationen eintreffen und beide den Anspruch, rechtmäßige Vertreter ihrer Studentenschaft zu sein, erheben. Wichtig auch, wenn man den Brief des „Präsidenten eines Nationalverbandes“ und beigelegten Zeitungsausschnitt erhält, die Wahl und seinen Wahlsieg betreffend — nach einigem Betrachten aber die phantastische Entdeckung gemacht wird, daß vor eine Lampe gehalten, unter dem überlebten Kopfteil des Zeitungsausschnittes noch die Jahreszahl lesbar ist — und sich so zeigt, daß es sich um die Wahl im vergangenen Jahre handelt.

In erster Linie aber ist die Arbeit des Credential Committee für die Stimmverteilung, d. h. die Zahl der stimmberechtigten Delegationen von Bedeutung. Jede anerkannte Delegation hat eine Stimme, gleich ob es sich um die Delegation der USA handelt, die 800 000 Studenten vertritt, oder um den Vertreter Maltais, der für 400 Studenten spricht. Je eine Stimme, obgleich in diesem Falle das Verhältnis 2000 : 1 beträgt. Schwierig ist dabei die Situation der Exilstudenten. Ihre Zusammenarbeit ist meist sehr lose, ihre Vertreter können verständlicherweise keine stimmberechtigten Delegierten sein — aber sie bedürfen der Hilfe der großen Nationalverbände. Daraus kann nur die Folgerung gezogen werden, und sie wird auch dem Gesamteindruck der Konferenz gerecht: Es kommt nicht auf die Beschlüsse an; die Bedeutung der Konferenz liegt darin, daß sie eine Plattform wurde, auf der sich Studenten aus allen Teilen der Welt aussprechen können.

## Die Position der Konferenz

Zum Verständnis der Situation der Internationalen Studentenkonzferenz ein kurzer Abriß ihrer Entstehung. Zugleich der Versuch, sie im Zusammenhang mit den Bestrebungen um eine einzige internationale Studentenvereinigung zu sehen. Im April 1946 wurde die „International Union of Students“ (IUS) in Prag gegründet. Diese repräsentative Organisation arbeitete fast zwei Jahre erfolgversprechend, bis 1948 beim Regierungswechsel in der CSR die Meinungen über einen Protest zugunsten der in Prag verhafteten Studenten auseinandergingen. Die IUS, vertreten durch ihr ständiges Sekretariat in Prag, protestierte nicht. In der Kontroverse die darüber entstand, wurde dem Sekretariat der Vorwurf gemacht, einen zu politischen — wenn nicht sogar parteipolitischen Kurs im Sinne der neuen Regierung in Prag eingegangen zu sein. Kurz darauf trat Neuseeland aus der IUS aus. 1950 wurde Jugoslawien als „nicht demokratisch“ ausgeschlossen. In der Folgezeit distanzieren sich mehrere andere Nationalverbände, an der Spitze die Vertreter der Schweiz und der skandinavischen Länder — mit Ausnahme Finnlands, das noch immer zur IUS gehört. Westdeutschland hat nie der IUS angehört, während die FDJ der russischen Besatzungszone eines der ältesten Mitglieder in Prag ist. Die VDS-Delegation stieß auf der ersten Internationalen Studentenkonzferenz in Stockholm zu den bereits international anerkannten Vertretungen aus aller Welt und erhielt auf der 2. ISK die volle Anerkennung als stimmberechtigter Teilnehmer. Die Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) verließ 1951 die IUS, während die Union de Grandes Ecoles (UGE) — das sind die Technischen Hochschulen in Frankreich — noch heute Mitglied ist. Die National Union of Students of England, Wales and Northern Ireland (NUS) hat einen besonderen Status — Associated Union — innerhalb der IUS bekommen, nachdem man dem ehemaligen Mitglied des englischen Nationalverbandes und gleichzeitigigen Sekretär der IUS in Prag, Tom Madden, das Mißtrauen ausgesprochen hatte.

## Nachrichten aus der Bundesrepublik

Zum politischen Thema des Dritten Deutschen Studententages vom 2. bis 4. Mai in München. „Die Verantwortung des Studenten in Volk und Staat“ werden Prof. Dr. Max Horkheimer (Frankfurt), Prof. Dr. Romano Guardini (München), Prof. Dr. Otto von Zwiédneck-Stüdenhorst (München) und der Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“, Walter Dirks, sprechen.

Der Verband Deutscher Studentenschaften hat im Namen des Bundesstudentenringes, in dem 160 000 Studenten zusammengeschlossen sind, gegen eine geplante Tarifierhöhung der Schülerfahrkarten protestiert. Der VDS wies in seinem Protestbrief an Bundesverkehrsminister Seeborn auf die neuste Sozialerhebung des Verbandes Deutscher Studentenwerke hin, aus der hervorgeht, daß sich die soziale Lage der Studentenschaft trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik weiter verschlechtert hat.

Im vergangenen Jahr sind rund 2200 Studenten und 1400 Abiturienten aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik und nach Westberlin geflohen. Etwa die Hälfte der geflohenen Studenten mußte die Sowjetzone aus politischen Gründen verlassen (bei anderen Flüchtlingsgruppen liegen bei etwa 10% politische Zwangsgründe vor). Zur Betreuung der Flüchtlingsstudenten unterhält der Verband Deutscher Studentenschaften eine Flüchtlingsberatungsstelle. Der VDS hofft, allen befähigten Flüchtlingen zum Weiterstudium verhelfen zu können.

Der „Ring politischer und freier Studentenverbände“ faßte auf einer Bundeskonferenz in Berlin einen Beschluß, in dem es heißt, daß die Bundeskonferenz „mit Sorge das Bestreben einiger politischer und sozial restaurativer Korporationsverbände beobachtet, auf den VDS einen beherrschenden Einfluß zu gewinnen. Aus diesem Grunde werden die freien und politischen Verbände dem Vorstand des VDS in seinem Kampf gegen diese Bestrebungen jede nur mögliche Unterstützung gewähren“.

Das Oberverwaltungsgericht Münster entschied in einer Berufungsverhandlung gegen die Universität Bonn, daß die katholische Studentenverbindung Bavaria im CV Farben tragen darf. Die Universität Bonn hatte einigen Verbindungen, darunter der Bavaria, die Lizenz entzogen, weil ihre Mitglieder in Mißachtung eines Senatsbeschlusses in der Öffentlichkeit Farben trugen. Dagegen hatte die Bavaria eine Klage erhoben, die zu ihren Gunsten entschieden wurde. Darauf hatte die Universität Berufung eingelegt, die nun abgewiesen wurde.

Allerdings blieb das Vorstandsmitglied der englischen NUS, John M. Thompson, noch als Administrative Secretary von dem Coordinating Secretariat of National Unions of Students (COSEC) drei Monate gleichzeitig Vizepräsident der IUS in Prag.

Die Studentenvertretungen vieler europäischer Länder wollen einen erneuten Zusammenschluß der aus der IUS ausgeschiedenen Verbände und Organisationen nur in der Form einer „Arbeitsgemeinschaft“ befürworten, es soll keine Gegenorganisation zur IUS entstehen, mit anderen Worten — man will eine endgültige Spaltung verhindern. Auch die 4. ISK faßte am Ende ihrer Sitzungen einen Beschluß, mit dem die anwesenden Delegationen erklärten, keinen neuen Verband gründen zu wollen.

Zahlreiche Sprecher der verschiedenen Delegationen haben im Verlauf der Konferenz ihre Ansicht darüber geäußert, ob sich diese Studentenkonzferenz politisch entscheiden solle, oder sich die Arbeit lediglich auf praktische Fragen der Zusammenarbeit beschränken müsse. Die vornehmlich von der britischen Delegation vertretene Ansicht der „unpolitischen, praktischen Beschlüsse“ gewann die Mehrzahl der Delegationen für sich. So war von Anfang an der Anzahl südamerikanischer Anträge die Ablehnung als „politisch“ beschieden. Dennoch alle Anerkennung, mit welcher Zähigkeit die Delegierten aus Argentinien, Uruguay und Paraguay vornehmlich ihre Anträge vertraten, wie sie durch ihre unermüden Anstrengungen schließlich dennoch den Erfolg holten, daß die Konferenz in letzter Minute, nur dank dem Einschlafen einiger „Unpolitischer“, einen Protest gegen die Schließung von Universitäten durch Regierungen in Südamerika zustimmte.

Schon bei der Eröffnung der Konferenz setzten einige südamerikanische Delegierte die Anwesenden in Erstaunen, als sie bei der Begrüßungsansprache des Gouverneurs von Stadt und Provinz Istanbul, ehemaliger Professor der medizinischen Fakultät der Universität Istanbul, Abgeordneter im türkischen Parlament und Mitglieder des Europarates, den Plenarsaal verließen und bei der Eröffnung der Nachmittagssitzung ihr Handeln damit erklärten, daß sie sich grundsätzlich gegen jeden Eingriff einer staatlichen Behörde in eine Internationale Studentenkonzferenz wehrten. Dies wird nur verständlich, wenn man weiß, was es bedeutet, wenn z. B. in Argentinien sich ein Regierungsvertreter in die Universität begibt und dort das Wort ergreift. Die südamerikanischen Delegationen können sich auf der anderen Seite aber nicht vorstellen, daß dies in Europa noch keine Verhaftungen bedeutet. Gleichzeitig glauben sie durch ihre Handlungsweise gegen die Einmischung des Staates in ihren Ländern zu protestieren.

## Das Ergebnis

Die wertvollste Arbeit wurde durch die Unterkommission geleistet, deren anfängliches Ziel es war, die wirklich brennenden Fragen der Studenten in den unterentwickelten (Kolonial-) Gebieten in Afrika, dem Mittleren und Nahen Osten und Süd-Ost-Asien dem Plenum vorzulegen. Der Delegierte aus Malaya sagte, daß es im Augenblick noch Zeit sei, daß der Europäer — der Weiße — sich dieser nicht nur vernachlässigten Gebiete, sondern auch in ihrer Entwicklung bewußt unterdrückter Erziehungs-möglichkeiten in diesen Gebieten entsinnt und etwas tut, bevor es die Bevölkerung dort selbst übernimmt, sich die Rechte zu verschaffen, die jedem Menschen zustehen.

Wieder tauchte die Frage der politischen Entscheidung auf. Schließlich hängt das Problem der Diskriminierung der farbigen Studenten in Südafrika mit der Rassenpolitik der Regierung Malan zusammen. Und wenn sich in den meisten nicht unabhängigen Universitäten Afrikas und Asiens niemals die Möglich-

keit für ein Rechtswissenschaftliches Studium findet, dann muß das die „große Politik“ streifen, dann muß man auch darüber sprechen und sicher auch dagegen arbeiten — und sei es nur in der Form eines Protestes. Jenseits von Parteipolitik wendet man sich ganz allgemein gegen Unterdrückung.

Das ergibt für die künftige Arbeit der dieser Konferenz zugehörigen Nationalverbände ein breites Feld. Die Prager IUS ist für die Studenten in den Kolonialgebieten jetzt nicht mehr alleiniger Wohltäter. Trotz einiger Widerstände hat die 4. Internationale Studentenkonzferenz die Errichtung einer ständigen Untersuchungskommission für alle Fälle der Unterdrückung akademischer Freiheit eingesetzt. Außerdem wurde in einer Zusatzresolution die Hilfe und Unterstützung für den südafrikanischen Nationalverband gegen die Einmischung der Regierung in die Universitäten zugesagt.

Dieser Bericht der Unterkommission stellt den eigentlichen Erfolg der Konferenz dar. Und es war wohl eine schöne Geste, als der chairman der Unterkommission, Bill Denner (USA), inmitten einer der letzten angestrengten Debatten den Plenarsaal verlassen mußte, wollte er nicht den Zug versäumen, und Rosemarie, die spanisch-englische Dolmetscherin, die die eigentlich als panamensische Delegierte gekommen war, aber dann sofort eingesprungen war, als ihre großen Kolleginnen aus Genf es nicht mehr schafften, als sie aus der Kabine sprang und sich von Bill verabschiedete und damit die Übersetzung unterbrach — da gab es kein böses Wort, keiner der grollenden Rufe von Seiten der temperamentvollen Delegierten aus den spanisch sprechenden Ländern war zu hören, plötzlich war es ein Beifall — ein Bravourrufen in mehreren Sprachen. Beide waren für einen Augenblick Symbole ehrlicher und überzeugter Zusammenarbeit — und wurden auch also solche anerkannt.

## Draußen wurde es wieder hell

Rund 10 Stunden hatte die letzte Plenarsitzung gedauert. Draußen wurde es wieder hell und aus den Riesenfenstern des ehemaligen Sultanspalastes sahen die Delegierten das „Goldene Horn“. Die letzte Stunde der Konferenz hatte begonnen. Der Beobachter begann das Resultat der Konferenz zu ziehen. Er maß es an der Menge der „working papers“ — aber auch in der Zahl der vor Ermattung eingeschlafenen Delegierten — denn, und dies muß gesagt werden: Die meisten haben unermüden gearbeitet, viele können die Stunden des Schlafes zwischen den Tagen der Konferenzen und Besprechungen an beiden Händen abzählen. Der Beobachter sah aber auch — und dies ist ihm nicht zu verwehren — während sich die Delegationen gegenseitig wachrüttelten und sich für die letzte Abstimmung über die Mitgliedschaft im Supervision Committee rüsten, auf seine, die deutsche Delegation. Unbeirrbar machte sie ihre sachlichen Vorschläge, die Zweckmäßigkeit und Fortgang der Konferenz unterstützten. Es klingt wie eine Ironie — aber es geschah in dieser Morgenstunde des letzten Tages, daß bei den letzten entscheidenden Anträgen um die Zusammensetzung des nächsten Supervision Committee ein deutscher Antrag 3 Vertreter der beiden Amerikas, 3 Vertreter Afrikas, des Nahen und Fernen Ostens und 3 Vertreter Europas zu wählen, auf entschiedenem Widerstand u. a. der USA-Delegation und der englischen Delegation stieß und mit Mehrheit abgelehnt wurde. Kurz darauf wählte man: Italien (28), England (24), Norwegen (24), Costarica (23), Kanada (26), Mexico (22), Goldküste (23), Philippinen (23) und Libanon mit 18 Stimmen. Lassen wir das für sich selbst sprechen.

Der Beobachter sah aber auch ein Lächeln über das Gesicht des IUS-Beobachters aus Prag huschen, als Fred Jarvis, Präsident des englischen Nationalverbandes und chairman des Credential Committee, die Zulassung von J. V. Votziska als offiziellem Beobachter für die IUS in Prag bekanntgab. Möge dies ein Beweis dafür sein, daß man in Istanbul wirklich nichts Wichtiges vergessen hat.

Gernot Schweikhardt



Aus „50 Jahre GRIESHEIM-Schweißtechnik“

## KNAPSACK-GRIESHEIM AKTIENGESELLSCHAFT WERK GRIESHEIM-AUTOGEN FRANKFURT AM MAIN

Bei der Metall-Lichtbogens- schweißung wird als Wärme- quelle der elektrische Lichtbogen verwendet, der zwischen Elektrode und Werkstück gezogen wird. Während ursprünglich nur blanke Elektroden verschweißt wurden, führte die Entwicklung sehr bald zu umhüllten oder Mantel-Elektroden. Die Umhüllungen bewirken durch Gasbildung eine Ionisation der Lichtbogenstrecke. Damit wird das Zünden und Halten des Lichtbogens sehr erleichtert, insbesondere gilt dies für Wechselstrom. Die aus der Umhüllungsmasse entstehenden Gase halten den Sauerstoff und Stickstoff der Luft von dem übergehenden Zusatzstoff fern, die entstehende Schlacke deckt die Schweißnaht während des Erkaltes ab.



Die Sommerresidenz des letzten Sultans war für John Mensah von der Goldküste zu dieser Jahreszeit wie ein Eisschrank.



Im Januar trafen sich Studentendelegationen aus 43 Ländern zur 4. Internationalen Studentenkonferenz in Istanbul. Die früheren Konferenzen waren in Stockholm, Edinburgh und Kopenhagen. Siehe auch den Bericht auf Seite 6.

## Internationaler Studentenkongreß in Istanbul

Bildbericht von G. Schweikhardt

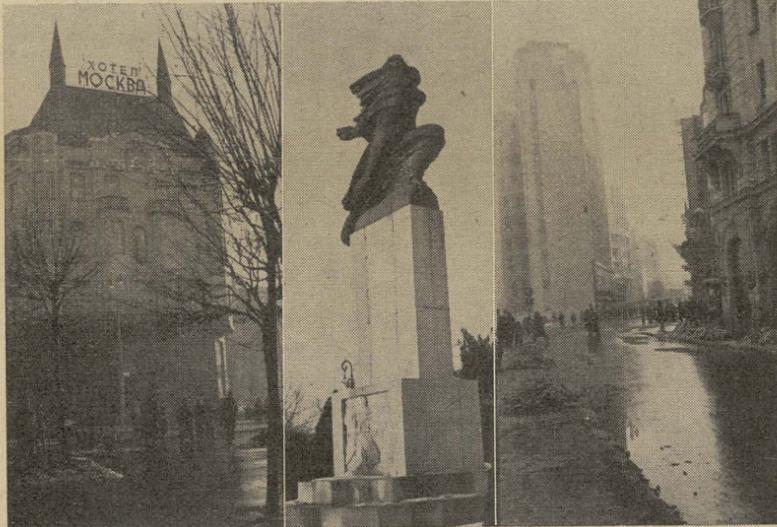
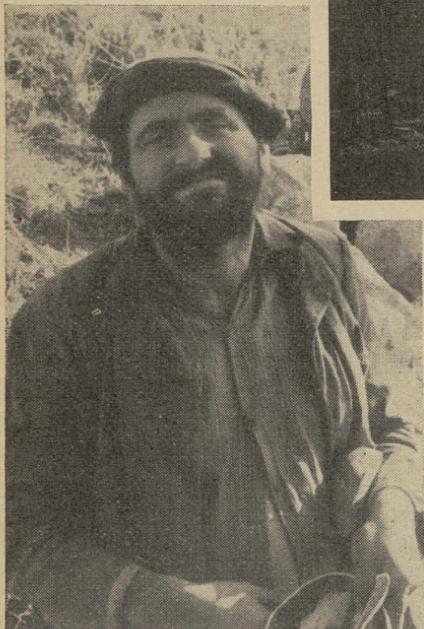


(rechts) Die Weltpolitik ins Kleine übertragen wirkt oft grotesk: das der Sitzordnung zugrunde gelegte englische Alphabet brachte Ägypten wieder in die Nähe von England — dennoch zeigten sie sich die kalte Schulter.



Die Schotten demonstrierten ihre Eigenständigkeit, indem sie sich offiziell streng von den Engländern getrennt hielten. Nur beim Lunch fanden sie sich zu einem Gespräch.

(unten) Dieser nordgriechische Bettler bat nicht um Brot oder Geld, sondern darum, fotografiert zu werden. Nach Auskunft der Einheimischen ist eine Art Ewigkeitsdrang der Grund dazu. Die Bettler hoffen, daß ihre Bilder auch nach ihrem Tode noch vorhanden sind.



Ein Tag Aufenthalt in Belgrad. Erstes Hotel am Platz: Hotel Moskau; das Essen dort war ausgezeichnet. (Mitte): Denkmal im Volkspark. Stürmende Frau. (rechts): Typisches Straßenbild.



Das Plenum bei der Arbeit. Die entscheidenden Probleme waren: das Verhältnis zur IUS der kommunistischen Studentenorganisation und die Unterstützung der Studierenden in den Kolonialstaaten und ehemaligen Kolonien europäischer Mächte.



Noch immer müssen in den nördlichen Gebieten Griechenlands die Bahnstrecken von Militär bewacht werden. Zum Zeichen, daß keine Partisanengefahr besteht, salutieren die Wachen zum Offizier der Zugbegleitmannschaft. Die Männer dieser Wachstelle stehen dabei vor den Gräbern ihrer Vorgänger.



Als der Gouverneur von Stadt und Provinz Istanbul (auf dem Bild in der Mitte), zugleich ordentlicher Professor der Medizin an der dortigen Universität und Mitglied des Europa-Rates die Konferenz eröffnete, verließen einige südamerikanische Delegierte den Sitzungssaal. In ihrer Heimat bedeutet der Besuch von Regierungsvertretern in einer Universität den Beginn einer neuen Säuberung.